



# Vorwort

Der Verfassungsschutz ist ein rechtsstaatliches Organ unseres Staates und keine Institution am Rande der Legalität. Die Väter des Grundgesetzes haben ihn als Instrument einer „abwehrbereiten Demokratie“ ausdrücklich gewollt.

Der Verfassungsschutz hat keine polizeilichen Befugnisse, er klärt vielmehr auf, sammelt Informationen und wertet diese aus. Damit leistet er einen wesentlichen Beitrag zur Abwehr der Gefahren, die unserer freiheitlichen



demokratischen Grundordnung durch den politischen Extremismus, den politisch motivierten Terrorismus und die Spionage drohen.

Mit dem neuen Landesverfassungsschutzgesetz vom 17. Oktober 1978 hat der Landtag von Baden-Württemberg dem Landesamt für Verfassungsschutz einen klaren gesetzlichen Auftrag erteilt. Die Landesregierung sorgt dafür, daß der Verfassungsschutz diesen Auftrag erfüllen kann und daß er ihn rechtsstaatlich korrekt erfüllt. Hierbei ist der Verfassungsschutz auf das Vertrauen und die Unterstützung der Bürger angewiesen. Es darf nicht gelten: Vertrauen zu den Verfassungsfeinden und kein Vertrauen zu den Verfassungsschützern.

Den Mitarbeitern des Landesamts für Verfassungsschutz danke ich für die Erfüllung ihrer schwierigen und verantwortungsvollen Tätigkeit. Ihre Erfolge lassen sich naturgemäß nur in begrenztem Umfang in der Öffentlichkeit darstellen. Umso mehr verdient ihre Arbeit besondere Anerkennung.

*V. J. Kuhn*

# Inhalt

	Seite
<b>A. Rechtliche Grundlagen</b>	
1. Grundgesetz	5
2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg	5
3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes	8
<b>B. Verfassungsschutz durch Aufklärung</b>	11
<b>C. Bericht</b>	
<b>I. Linksextremistische Bestrebungen</b>	13
1. Allgemeiner Überblick	13
1.1 Terrorismus	13
1.2 Linksextreme Gruppierungen	16
2. Deutscher linksextremistischer Terrorismus	17
2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützerbereich	17
2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)	17
2.1.2 Unterstützerbereich der RAF	19
2.1.3 Versuchte „Basiserweiterung“ in Baden-Württemberg	22
2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)	24
3. Organisation der dogmatischen „Neuen Linken“	28
3.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	28
3.1.1 Organisation	30
3.1.2 Mitgliederbewegung	31
3.1.3 Publikationswesen	32
3.1.4 Aktivitäten	33
3.1.5 Die „Massenorganisationen“ des KBW	34
3.2 „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)	35
3.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)	40

	Seite
3.4 „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)	43
3.5 „Kommunistischer Bund“ (KB)	45
3.6 „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)	45
3.7 Aktivitäten trotzkistisch orientierter Organisationen	46
4. Organisationen der „Alten Linken“	47
4.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	47
4.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	53
4.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisationen“ (JP)	55
4.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen	56
5. Zur Situation an den Hochschulen des Landes	57
5.1 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)	57
5.2 „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)	57
5.3 „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)	58
5.4 „Kommunistischer Studentenverband“ (KSV)	58
5.5 „Kommunistische Studentengruppen“ (KSG)	58
5.6 „Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML)	59
<hr/>	
<b>II. Rechtsextremistische Bestrebungen</b>	<b>62</b>
1. Allgemeiner Überblick	62
2. Neonazismus	64
2.1 Allgemeiner Überblick	64
2.2 Neonazistische Aktionen in Baden-Württemberg	71
2.2.1 „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“ (DVG)	72
2.2.2 „Kampfgruppe PRIEM e.V.“ (KGP)	75
2.2.3 „NS-Gruppe Neufeld“	75
3. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	76
3.1 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)	81
4. „National-Freiheitliche Rechte“	83
5. Rechtsextremistische Jugendorganisationen	85

	Seite
5.1 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	85
5.2 Wiking Jugend (WJ)	85
6. Rechtsextremistische Publizistik	86
<hr/>	
<b>III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer</b>	88
1. Allgemeiner Überblick	88
2. Araber	90
3. Türken	93
4. Iraner	95
5. Griechen	96
6. Italiener	97
7. Jugoslawen	98
<hr/>	
<b>IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung</b>	101
1. Allgemeiner Überblick	101
2. Umfang des gegnerischen Agenteneinsatzes, Werbungsverfahren und Werbemittel	101
3. Führungs- und Verbindungswesen	102
4. Briefansprachen	102
5. Aussiedler als Ziel nachrichtendienstlicher Werbung	102
6. Legale Residenturen	103
7. Die Ziele der Spionage	103
<hr/>	
<b>Gruppen- und Organisationsregister</b>	

# A. Rechtliche Grundlagen

## 1. Grundgesetz

### *Art. 73 Nr. 10*

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ... zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) ...

### *Art. 87 Abs. 1 Satz 2*

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

## 2. Gesetz über den Verfassungsschutz in Baden-Württemberg

(Landesverfassungsschutzgesetz – LVSG)  
Vom 17. Oktober 1978 (GBl. S. 553)

### *§ 1*

#### *Zweck des Verfassungsschutzes*

Der Verfassungsschutz dient dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder.

### *§ 2*

#### *Zuständigkeit*

- (1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden vom Landesamt für Verfassungsschutz wahrgenommen. Das Amt hat seinen Sitz in Stuttgart; es untersteht dem Innenministerium und ist ausschließlich für die Wahrnehmung dieser Aufgaben zuständig.
- (2) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Landesamt für Verfassungsschutz tätig werden. Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.
- (3) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

### § 3

#### *Aufgaben des Verfassungsschutzes*

(1) Die Aufgabe des Landesamtes für Verfassungsschutz ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz wirkt mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimzuhaltende Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimzuhaltenden Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte,
4. auf Anforderung der Einstellungsbehörde bei der Überprüfung von Personen, die sich um Einstellung in den öffentlichen Dienst bewerben, sowie auf Anforderung der Beschäftigungsbehörde bei der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst, bei denen der auf Tatsachen beruhende Verdacht besteht, daß sie gegen die Pflicht zur Verfassungstreue verstoßen.

### § 4

#### *Befugnisse des Verfassungsschutzes*

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen oder Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1, ist das Landesamt für

Verfassungsschutz innerhalb der durch das Recht gesetzten Schranken berechtigt, bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die nachrichtendienstlichen Mittel anzuwenden, die nach pflichtgemäßem Ermessen erforderlich erscheinen.

(2) Dem Landesamt für Verfassungsschutz und seinen Angehörigen stehen polizeiliche Befugnisse nicht zu.

#### § 5

##### *Amtshilfe und Auskunftserteilung*

(1) Die Behörden und Einrichtungen des Landes, die Gemeinden, die Gemeindeverbände, die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts sowie die Gerichte des Landes und das Landesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe.

(2) Das Landesamt für Verfassungsschutz kann über alle Angelegenheiten, deren Aufklärung zur Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist, von den in Absatz 1 genannten Stellen Auskünfte und die Übermittlung von Unterlagen verlangen, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(3) Die in Absatz 1 genannten Stellen unterrichten von sich aus das Landesamt für Verfassungsschutz über alle Tatsachen, die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht oder Bestrebungen erkennen lassen, die durch Anwendung von Gewalt oder dahin gehende Vorbereitungshandlungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind; die Polizeidienststellen und -behörden übermitteln darüber hinaus auch alle ihnen bekannten Tatsachen und Unterlagen über Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne des § 3 Abs. 1 Nr. 1.

#### § 6

##### *Weitergabe von Erkenntnissen an Dritte*

Das Landesamt für Verfassungsschutz darf seine Erkenntnisse nicht an andere als staatliche Stellen weitergeben, es sei denn, daß dies zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes erforderlich ist. Die Entscheidung über die Weitergabe trifft der Innenminister oder sein ständiger Vertreter.

#### § 7

##### *Parlamentarische Kontrolle*

(1) Das Innenministerium unterrichtet den Ständigen Ausschuß des Landtags über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes halb-

jährlich sowie auf Verlangen des Ausschusses und aus besonderem Anlaß.

(2) Art und Umfang der Unterrichtung des Ständigen Ausschusses werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzuganges durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die Tätigkeit des Verfassungsschutzes im Ständigen Ausschuß bekannt geworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus dem Ständigen Ausschuß oder aus dem Landtag.

(4) Die Unterrichtung umfaßt nicht Angelegenheiten, über die das Innenministerium das Gremium nach Artikel 10 Grundgesetz zu unterrichten hat.

#### § 8

##### *Inkrafttreten*

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der vorläufigen Regierung über die Errichtung eines Landesamts für Verfassungsschutz vom 10. November 1952 (GBl. S. 49) außer Kraft.

### **3. Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes** vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1380)

#### § 1

(1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.

(2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

#### § 2

(1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.

(2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

### § 3

(1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,
2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.

(3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.

(4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

### § 4

(1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.

(2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.

(3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

#### § 5

(1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.

(2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

#### § 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

## B. Verfassungsschutz durch Aufklärung

### Notwendigkeit der geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus.

Der Schutz unserer Verfassungsordnung wird nicht nur dadurch erreicht, daß die Verfassungsschutzbehörden Aktivitäten verfassungsfeindlicher Parteien und Organisationen beobachten, auswerten und Regierung und Parlament davon unterrichten, sondern insbesondere auch dadurch, daß die Bürger selbst über Strategie und Taktiken extremistischer Vereinigungen informiert werden.

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Extremismus kann auf lange Sicht wirkungsvoll nicht nur repressiv vom Staat, sie muß auch geistig-politisch von den Bürgern geführt werden. Dies setzt qualifizierte Information voraus.

Von dieser Überlegung ausgehend beschloß die Innenministerkonferenz am 9. Dezember 1974 die Konzeption „Verfassungsschutz durch Aufklärung“. Sie umfaßt Information und Aufklärung über

- die Verfassung, insbesondere über die Rechte, Pflichten und politische Beteiligungsmöglichkeiten, die sie den Bürgern einräumt,
- extremistische Strategien und Aktionen, über verfassungsfeindliche und sicherheitsgefährdende Bestrebungen im Sinne der Verfassungsschutzgesetze und ihre ideologischen Hintergründe,
- gesetzliche Grundlagen, Aufgaben, Organisation, Arbeitsweise und Probleme des Verfassungsschutzes.

Die Konzeption wurde durch die Beschlüsse der Innenministerkonferenz vom 1./2. Dezember 1976 und vom 1./2. Februar 1979 fortgeschrieben.

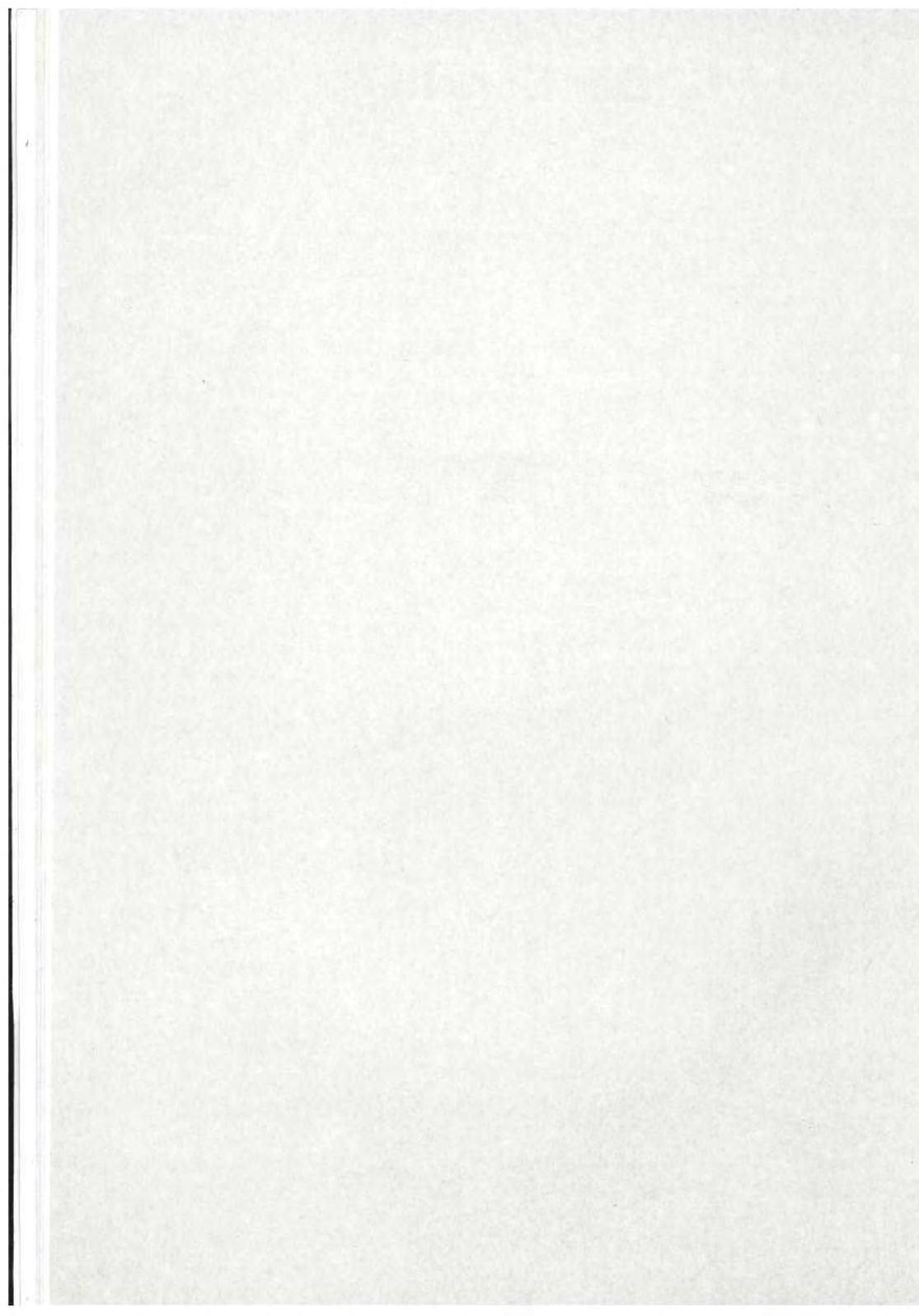
In Baden-Württemberg werden die Aufgaben des Verfassungsschutzes durch Aufklärung vom Referat „Verfassungsschutz“ im Innenministerium wahrgenommen. Seine Arbeit wird ergänzt durch die Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Das Informationsangebot des Innenministeriums richtet sich an alle Träger der politischen Bildungsarbeit, an Lehrer, Studenten und Schüler, an Einrichtungen der Erwachsenen- und Jugendbildung, an politische Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände sowie an kirchliche Institutionen.

Schwerpunkte für Vortragsthemen, die den vorliegenden Verfassungsschutzbericht teils vertiefen, teils darüber hinausreichen, sind:

- Die Konzeption der abwehrbereiten Demokratie im Grundgesetz
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben, Organisation und Arbeitsweise der Ämter für Verfassungsschutz
- Das Landesverfassungsschutzgesetz vom 17. Oktober 1978

- Befugnisse und parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes
- Verfassungsschutz und Datenschutz
- Verfassungsschutz und Staatsschutz
- Extremistenbeschuß: Rechtslage und Durchführung
- Spionageabwehr der Ämter für Verfassungsschutz
- Strategie und Taktiken der einzelnen extremistischen Parteien und Vereinigungen
  - Terrorismus
  - K-Gruppen
  - Undogmatische Neue Linke
  - Orthodoxer Kommunismus
  - Alte Rechte
  - Neonazistische Gruppen
  - Ausländerextremismus.

## **C. Der Bericht**



# I. Linksextreme Bestrebungen

Die Bedrohung der inneren Sicherheit durch terroristische Gewalttäter hält unvermindert an.

## 1. Allgemeiner Überblick

### 1.1 Terrorismus

Das Ausbleiben erneuter schwerer terroristischer Anschläge sowie die Fahndungserfolge im Jahre 1978 dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein zwischenzeitlich wieder gefestigter zahlenmäßig kleiner, aber „harter Kern“ von Terroristen zu jedem Gewaltverbrechen fähig und bereit ist. Dabei haben Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) ihre Gefährlichkeit durch rück-



„Wir werden den feind zwingen, unsere gefangenen freizugeben, die ihn täglich herausfordern, indem sie selbst im Gefängnis nicht aufhören, gegen Unterdrückung zu kämpfen.“

STRUGGLE AGAINST WORLD  
IMPERIALISM ORGANISATION  
13.10.1977 KOMMANDO MARTYR HALIMEH



„Worüber sie nicht lange lachen werden, sind wir. Über die, die das Signal des Kampfes in den Isolationslöchern (den Bunkern, den Foltertischen der Zwangsernährung) verstanden haben am Willen von Gefangenen, dass es möglich ist, frei zu sein.“

3.9.1977

ROTE ARMEE FRAKTION

Solidarität mit der RAF

sichtslosen Schußwaffengebrauch erneut unter Beweis gestellt. Zugleich fielen weitere Belege für die personelle Stärke, die logistische Vorbereitung und die operativen Möglichkeiten dieser terroristischen Gruppierung an.

Eine zuverlässige Lagebeurteilung wird dadurch erschwert, daß die Grenzen zwischen dem sogenannten harten Kern, den Unterstützern und dem terroristischen Umfeld seit längerem in nur schwer zu kontrollierendem Maße fließend sind. Das bedeutet, daß immer wieder Aktivisten aus der Unterstützer- und Sympathisantenzone zum „harten Kern“ vorstoßen und damit diesen „inneren Kreis“ rücksichtsloser und entschlossener Terroristen verstärken.

Eine weitere Komponente erhält der deutsche linksextremistische Terrorismus durch seine enge Verflechtung mit internationalen Terroristengruppen. Die Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut“ durch ein palästinensisches „Kommando Martyr Halimeh“ am 13. Oktober 1977 im Zusammenhang mit dem Anschlag auf den Präsidenten der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Hanns-Martin SCHLEYER, sowie die Festnahme mehrerer deutscher Terroristen im vergangenen Jahre im westlichen, östlichen und außer-europäischen Ausland lassen die Fortsetzung der Bemühungen erkennen, durch „Druck von außen“ das unveränderte taktische Nahziel, die „Befreiung der inhaftierten Kader“, zu erreichen.

Mittelfristig zumindest ebenso gefährlich wie das teilweise blindwütige Vorgehen der RAF erscheint das in seiner Militanz abgestufte taktische Konzept der terroristischen **„Revolutionären Zellen“ (RZ)**. Es hat inzwischen in vielfach publizierten Anleitungen zu „militantem Widerstandsverhalten“ eine weite Verbreitung im Sinne des propagierten Prinzips der „Guerilla als Massensperspektive“ gefunden. Die „Revolutionären Zellen“, die sich trotz konzeptioneller Gemeinsamkeiten strikt von der angeblich nur noch geringen „revolutionären Wirksamkeit“ der RAF abgrenzen, verstehen sich vornehmlich als Teil einer „sozial-revolutionären Bewegung“ und fordern dazu auf, „Aktionen primär unter dem Gesichtspunkt der Vermassung“ durchzuführen. So knüpfen sie mit ihren terroristischen Aktivitäten an vermeintliche „Massenbedürfnisse“ an und versuchen damit zugleich, ihre personelle Basis zu verbreitern. Diesem Ziel soll auch der vielfach propagierte Aufruf „Schafft viele Revolutionäre Zellen!“ dienen. Insgesamt verbinden die „Revolutionären Zellen“ mit ihrer Strategie die Hoffnung,

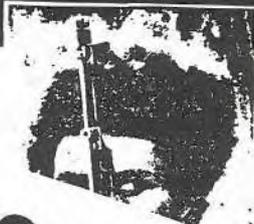
„daß sich Gegenmacht in kleinen Kernen organisiert, die autonom in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, ... die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Und irgendwann einmal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massensperspektive geschaffen“.

Die Anschläge der RZ, deren Zahl erheblich zugenommen hat, richteten sich bisher vor allem gegen Sachobjekte wie Gebäude,

# Revolutionärer Zorn

Jan 78

Zeitung der Revolutionären Zellen



**weitergeben  
nachdrucken  
auchmachen**



en  
in  
en,  
mpfen,

Fahrkartenautomaten und Kraftfahrzeuge. Eine Schädigung von Personen wurde dabei allerdings häufig in Kauf genommen. In den programmatischen Erklärungen der „Revolutionären Zellen“, die in der seit Mai 1975 in fünf Ausgaben erschienenen Zeitung „Revolutionärer Zorn“ publiziert wurden, werden auch schwerste terroristische Gewaltakte als Mittel des „revolutionären Kampfes“ nicht ausgeschlossen.

Nachdem in den vergangenen Jahren das Rhein-Main-Gebiet ein deutlicher Schwerpunkt der Aktivität der weitgehend unabhängig voneinander operierenden terroristischen Zellen war, kam es 1978 auch in Baden-Württemberg zu mehreren Anschlägen. Mit einer Fortsetzung der stark ideologisch motivierten Praxis der „Revolutionären Zellen“ muß schon deshalb gerechnet werden, weil dieses für viele ideologische Strömungen offene terroristische Programm in militanten Bereichen der extremistischen Linken verstärkt Zustimmung findet.

Die Lage auf dem Gebiet des Terrorismus hat sich für die Bundesrepublik Deutschland nach alledem keineswegs entspannt Sie ist stattdessen differenzierter und damit komplizierter geworden.

Die frühzeitige Erkennung und Bekämpfung terroristischer Planungen und Aktionen durch die Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern beansprucht daher weiterhin oberste Priorität. Die von den „Kommandos“ und „Zellen“ ausgehende unmittelbare Gefährdung der inneren Sicherheit wird erst dann unter Kontrolle gebracht und schließlich beseitigt werden können, wenn die Kräftezufuhr für die handelnden Kader aus dem weiterhin schwer zu umgrenzenden Umfeld durch umfassende, teils sofort wirksame, teils mittelfristig angelegte Maßnahmen unterbrochen sein wird.

## 1.2 Linksextreme Gruppierungen

Die dogmatisch fixierten Gruppierungen der „**Neuen Linken**“ bekundeten auch 1978 offen, daß sie dieses Ziel über die gewaltsame „Zerschlagung des Staatsapparates“ und die „soziale Revolution“ ansteuern wollen. Dagegen versuchte die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) als größte Organisation der „**Alten Linken**“ mit Parteieigenschaften erneut, dem auch von ihr unverhohlen angestrebten Ziel, die „Macht- und Besitzverhältnisse revolutionär umzugestalten“, den Anschein der Legalität zu geben. Das neue Parteiprogramm von 1978, das die aus dem Jahre 1969 stammende Grundsatzerklärung abgelöst hat, fordert als Zugeständnis an die derzeitige Kräftesituation zunächst die „soziale Wende“, die dann in die „antimonopolistische Demokratie“ einmünden soll, deren Zweck es ist, die Beteiligung der DKP an einer Koalitionsregierung zu ermöglichen. Die errungene Machtbeteiligung soll dann die Voraussetzung für das unveränderte programmatische Kernziel der DKP schaffen: Die Übernahme der staatlichen Macht als Vorbedingung für die „revolutionäre Umwälzung“.

Die Aktivitäten der DKP im Bundesgebiet wurden 1978 von 46480 Mitgliedern getragen. Obwohl diese – auf parteieigenen Angaben beruhende – Zahl leicht überhöht ist, konnte die Partei die Zahl ihrer Angehörigen gegenüber 1977 geringfügig erhöhen. In den Grundeinheiten der Partei in Baden-Württemberg sind etwa 3150 Mitglieder organisiert. Die DKP ist damit nach wie vor die stärkste linksextreme Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zeigte sich hiervon freilich – wie insbesondere die Ergebnisse der Landtagswahlen 1978 belegen – unbeeindruckt.

Im Gegensatz zu den in ihrem personellen Bestand gefestigten Organisationen der „Alten Linken“ mußten alle dogmatischen Gruppierungen der „Neuen Linken“ trotz der nach wie vor intensiv betriebenen Agitation teilweise erhebliche Mitgliederverluste hinnehmen:

– Die Zahl der Mitglieder des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW), der noch immer stärksten Gruppierung der „Neuen Linken“, sank im Bundesgebiet auf etwa 2300. In Baden-Württemberg ging der Mitgliederbestand der Partei von 800 auf rund 450 zurück. Die übrigen überregional bedeutsamen Organisationen – vor allem die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxi-

**Die im Bundesgebiet agierenden linksextremen Organisationen halten an ihrer erklärten Absicht fest, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland zugunsten einer kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu beseitigen.**

sten-Leninisten“ (KPD/ML) und der „Kommunistische Bund“ (KB) – wurden vom Verlust an personeller Substanz noch stärker getroffen, da ihr Mitgliederbestand gegenüber dem des KBW ohnehin schon immer schwächer war.

– Die Aussichten für den in den vergangenen Jahren mit wechselnder Intensität angestrebten Zusammenschluß mehrerer Organisationen zu einer „Kommunistischen Partei“ haben sich 1978 aus der Sicht der betroffenen Gruppen weiter verschlechtert. Während der KBW und die KPD immerhin noch in der Linientreue gegenüber der Volksrepublik China übereinstimmen, hat die KPD/ML inzwischen mit Peking endgültig gebrochen und sich völlig der ideologischen Position Albaniens untergeordnet. Der „Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) blieb zwar maoistisch orientiert, lehnt aber die Politik der neuen chinesischen Führung grundsätzlich ab. Der „Kommunistische Bund“ (KB) hielt an seiner Distanz gegenüber Peking und Moskau fest.

– Die Lage des organisierten Trotzismus ist unverändert durch die Existenz einer Vielzahl eigenständiger Vereinigungen gekennzeichnet. Obwohl zwischen diesen – im Gegensatz zu den chinesisch und albanisch orientierten Parteien – keine grundsätzlichen ideologischen Meinungsverschiedenheiten bestehen, gelang es auch 1978 nicht, dem erklärten Ziel näher zu kommen, im Wege des Zusammenschlusses größere Einheiten zu bilden. Der bereits im Frühjahr 1978 von der „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM), der noch immer bedeutendsten trotzkistischen Gruppierung, und der „Kommunistischen Liga“ (KL) eingeleitete Vereinigungsprozeß war bis zum Jahresende nicht nennenswert vorangekommen. Die ständige weitere Abspaltung von Fraktionen aus bestehenden Organisationen und deren anschließende Akkumulation in neuen Gruppierungen trug insgesamt eher zu einer weiteren Zersplitterung des trotzkistischen Lagers bei.

## 2. Deutscher linksextremistischer Terrorismus

Trotz gemeinsamer ideologischer Wurzeln, ist eine gemeinsame Strategie aller drei terroristischen Gruppierungen bislang nicht zustande gekommen. Vielmehr unterscheiden sie sich nicht nur in einer Reihe von ideologischen Positionen, etwa in der Frage der sogenannten Massenbezogenheit der terroristischen Praxis, sondern auch in der Struktur und im operativen Vorgehen. Diese weithin ideologisch bedingte tatsächliche Aufspaltung der Terroristenszene in der Bundesrepublik Deutschland kompliziert zugleich auch deren Aufklärung.

### 2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF) und Unterstützerebereich

#### 2.1.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Die „Rote Armee Fraktion“ hat sich in den letzten Jahren von ihrem ursprünglich „revolutionären Konzept“, mit dem sie durch terroristische Aktionen – gleichsam als Initialzündung – eine Soli-

**Hauptträger terroristischer Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland sind unverändert die „Rote Armee Fraktion“ (RAF), die im wesentlichen in Berlin operierende „Bewegung 2. Juni“ und die „Revolutionären Zellen“ (RZ).**

"DER BEWAFFNETE KAMPF IST EINE TECHNISCHE ANGELEGENHEIT UND ERFORDERT DESHALB TECHNISCHE KENNTNISSE: AUSBILDUNG, KAMPFMORAL UND SCHLIESSLICH PRAXIS. AUF DIESEM GEBIET KOSTET DIE IMPROVISATION VIELE MENSCHENLEBEN UND FÜHRT ZU FEHLSCHLÄGEN. DIE "SPONTANERHEIT" MIT DER SICH DIE-JENIGEN BRÜSTEN, DIE VAGE VON DER REVOLU-TION DES VOLKES, DER MASSEN" REDEN IST ENTWEDER EINFACH EINE AUSREDE ODER BESTEHT DARIN, SICH IN DER ENTSCHEIDENDEN PHASE DES KLASSENKAMPFES AUF DIE IMPROVISATION ZU VERLASSEN. JEDE AVANTGARDISTISCHE BEWEGUNG MUSS, WENN SIE IM ENTSCHEIDEN- DEN AUGENBLICK DES KAMPFES SICH SELBST TREU BLEIBEN WILL, EINGREIFEN UND ES VERSTEHEN, DIE GEWALT DES VOLKES GEGEN DIE UNTERDRÜCKUNG TECHNISCHE IN DIE RICHTIGEN BAHNEN ZU LENKEN. DAMIT DAS ZIEL MIT MÖGLICHT WENIG VERLUSTEN ERREICHT WIRD."

## STADTGUERRILLA UND KLASSENKAMPF

darisierung der „Massen“ und schließlich eine Revolutionierung von Staat und Gesellschaft erreichen wollte, immer weiter entfernt. Sie praktiziert stattdessen, wie die Terroranschläge von „RAF-Kommandos“ auf Generalbundesanwalt BUBACK und seine Begleiter (7. April 1977), die Ermordung des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Hans Jürgen PONTO (30. Juli 1977) und der Anschlag auf Dr. Hanns-Martin SCHLEYER und seine Begleitpersonen (5. September 1977) belegen, kaum noch anderes als Aktionen mit dem Ziel, den Staat durch Angriffe gegen wichtige Organe und führende Repräsentanten zu erschüttern. Für diese „Kommando-Aktionen“ hat die RAF eine straff geführte einheitliche Organisation mit – soweit dies in der Vergangenheit erkennbar wurde – teilweise hierarchischen Strukturen entwickelt, die aus der Illegalität heraus operiert. Dem illegalen Aktionsbereich stehen auf der „legalen“ Ebene Unterstützer- und Sympathisantenkreise zur Seite. Diese fördern den Informationsfluß zwischen den inhaftierten „Kadern“ und den „legalen“ Gruppen, initiieren und tragen die publizistische Unterstützungskampagnen und liefern schließlich auch den Nachwuchs für die illegalen „Kader“. Im Jahre 1978 konnten die Sicherheitsbehörden im In- und Ausland 52 Personen unter dem Verdacht, einer terroristischen Vereinigung angehört oder diese unterstützt zu haben, festnehmen.

Darunter waren 11 Personen, die aus Baden-Württemberg stammen oder die längere Zeit in unserem Lande gelebt haben. Ende 1978 waren 99 dem terroristischen Bereich zuzuordnende Aktivisten inhaftiert, davon 16 in Baden-Württemberg. Zum gleichen Zeitpunkt wurden 45 mutmaßliche Terroristen mit Haftbefehl gesucht, darunter erstmals auch 5, die den „Revolutionären Zellen“ zugeordnet werden müssen.

### 2.1.2 Unterstützerebereich der RAF

Die „legale Ebene“ des vorgeblich „antiimperialistischen Kampfes“ der RAF wird gegenwärtig weitgehend von den sogenannten Antifaschistischen (Antifa-)Gruppen repräsentiert. Als Informationsmittler zwischen den „Gefangenen aus der Guerilla“ und

**Die Grenzen zwischen dem sog. „harten Kern“, den Unterstützern und dem terroristischen Umfeld sind zunehmend fließend geworden.**



dem militanten „Teil der linken und antifaschistischen Bewegung in der BRD“ rufen diese Gruppen offen dazu auf, „den Kampf der gefangenen Kämpfer draußen aufzugreifen“ und die „Politik (zu) bewaffnen“.

Den „Antifa“-Gruppen ist ein nur schwer zu umgrenzender, auf mehreren Ebenen arbeitender Personenkreis unter anderem in

den Städten Hamburg, Berlin, Frankfurt/Wiesbaden, Kaiserslautern, Stuttgart und Heidelberg/Mannheim zuzurechnen. Ihre Argumentation wird erkennbar militanter. Neben die bisherige „politische Arbeit“ – vor allem die Betreuung inhaftierter RAF-Angehöriger und das ständige Bemühen, deren angeblich unmenschliche Haftsituation („Isolationsfolter“) einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln – tritt in wachsendem Maße die Forderung, eine „neue Front als Teil des antiimperialistischen Kampfes (zu) eröffnen“ und den „Kampf offensiv (zu) führen“.

Beispielhaft für diese neue Taktik des RAF-Unterstützerbereichs war die Besetzung des Frankfurter dpa-Büros am 6. November durch mindestens 15 Angehörige verschiedener „Antifa“-Gruppen. Mit dieser Aktion wollten die Besetzer auf die angeblich drohende „physische Vernichtung ... der Gefangenen aus der RAF ... Karl Heinz DELLWO und Werner HOPPE“ durch den „Staatschutzvollzug“ hinweisen, um damit

„das staatlich sanktionierte schweigen, die informationsperre, die als feste einrichtung die bedingungen für jederzeit vollstreckbare hinrichtung schafft (zu) brechen“.

In einer „Erklärung zur dpa-Aktion“ der RAF-„Kommandos Michael KNOLL und Willy Peter STOLL“ bekennen die Besetzer, von denen 11 festgenommen werden konnten:

„... unsere aktion geht aus von der einheit des widerstandes  
... der widerstand der gefangenen ist unser kampf. unsere aktion zum schutz der gefangenen meint den imperialistischen staat als ganzes, ist teil des antiimperialistischen kampfes, in dem sich für uns die notwendigkeit stellt, die angriffe der guerrilla auf allen ebenern mit allen denkbaren formen des offensiven widerstands aufzugreifen und weiterzuentwickeln. den antiimperialistischen kampf offensiv führen – die politik bewaffnen!  
den kampf der gefangenen kämpfer draußen aufgreifen – die guerrilla aufbauen.“

Die Aktion wurde innerhalb des Unterstützerbereiches allgemein als „Signal“ für den beginnenden „offensiven Widerstand“ gewertet. So heißt es in einem im Dezember 1978 in Heidelberg verteilten Flugblatt „Solidarität mit den dpa-Besetzer-Kommandos“:

„... der angriff auf die dpa-zentrale ist ein signal für uns alle – ein politischer sieg, daß es möglich ist, auch für uns, überall da, wo flugblätter, veranstaltungen und parolen keine wirkung mehr haben, die grenzen, die der staat uns gesetzt hat, offensiv zu durchbrechen.“

**Solidarität mit den DPA-Besetzern  
ihren Kampf  
aufnehmen und  
offensiv weiterführen**



**Freilassung  
der 11 und  
Werner Hoppe!**



**Der Kampf der Guerilla ist  
auch unser Kampf**

**keine  
Infos  
an die  
Bullen**



**Sabotiert  
die  
Fahndung  
!**

Diese wachsende Militanz des „Antifa“-Bereiches, gekennzeichnet unter anderem durch den Aufruf zum „offensiven Widerstand gegen das Schweinesystem“ und gestützt durch Hunger- und Durststreikaktionen der inhaftierten „Kämpfer aus der RAF“, weist diese Gruppen in besonderem Maße als den in der „Legalität“ operierenden Teil der „Roten Armee Fraktion“ aus. Sie setzen damit die Tätigkeit der Anfang der siebziger Jahre aktiv gewesenen Gruppen der autonomen „Roten Hilfe“ und der seit etwa 1972/73 virulent gewordenen „Komitees gegen die Folter an politischen Gefangenen in der BRD“ fort, aus deren Reihen in den vergangenen Jahren zahlreiche Angehörige zum „harten Kern“ der terroristischen „Kommandos“ abgetaucht sind. Mehrere der im vergangenen Jahr wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung festgenommenen Personen sind dem Bereich der „Antifa“-Gruppen zuzurechnen, die damit das eigentliche Rekrutierungspotential für die illegale Ebene der RAF darstellen.

### 2.1.3 Versuchte „Basiserweiterung“ in Baden-Württemberg

Mit unverminderter Intensität wurde von den dem terroristischen Umfeld zuzurechnenden Gruppierungen die publizistische Unterstützungskampagne für den „bewaffneten antiimperialistischen Kampf“ betrieben. Nachdem die vom Büro Dr. CROISSANT/MÜLLER/NEWERLA bis 1977 wahrgenommene Steuerungsfunktion der offenen, „politischen Arbeit“ der RAF nach der Verhaftung der Anwälte nicht mehr weiter ausgeübt werden konnte, kam dem um die Druckerei „Fantasia“ in Stuttgart sich gruppierenden Personenkreis wachsende Bedeutung zu. Mehrere Angehörige dieses Wohnobjektes, von denen einige enge Kontakte zum Büro Dr. CROISSANT und den früher dort tätigen, teilweise abgetauchten, teilweise verhafteten Personen unterhalten hatten, übernahmen in der Folgezeit Funktionen in der Öffentlichkeitsarbeit der RAF. In einer Selbstdarstellung heißt es:

„... wir von fantasia begreifen uns als teil der linken und antifaschistischen bewegung in der brd ...  
wir arbeiten als kollektiv nicht nur in der druckerei zusammen, sondern machen auch öffentlichkeitsarbeit zu den gefangenen aus dem legalen und dem bewaffneten, antiimperialistischen widerstand. dazu gehört auch, daß wir erklärungen von diesen gefangenen drucken ...“

Am 18. Mai 1978 wurden auf Antrag der Bundesanwaltschaft die Räume der „Fantasia“-Druckerei durchsucht und gegen drei Angehörige des „Druck-Kollektivs“ wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung Haftbefehle erlassen. Dies wie auch die Beschlagnahme einer Druckmaschine am 17. August 1978 führte zu einer mehrere Monate andauernden Solidaritätskampagne „mit den Leuten von Fantasia-Druck“. Bereits unmittelbar nach der Durchsuchung der Druckerei hatte sich ein „Fantasia-Solidaritätskomitee“ gebildet, das von einigen sogenannten Alternativzeitungen unterstützt wurde und das die Durchsuchung der Räume und die Verhaftung mehrerer Personen als den „vorläufigen Höhepunkt ... in einer ganzen Reihe von Schikanen und Repressionen seitens der Behörden gegen die Druckerei Fantasia“ kritisierte. Damit war es der Stuttgarter Gruppe gelungen, unter geschickter Einengung der Argumentation wenigstens zeitweise Unterstützung aus dem Bereich der sogenannten Alternativbewegung zu erlangen und so dem immer wieder propagierten Ziel der „Basiserweiterung“ einen Schritt näher zu kommen.

Einen ähnlichen Einfluß wie auf das „Fantasia-Solidaritätskomitee“ hatte der Personenkreis um die „Fantasia“-Druckerei vorher bereits auf die „Antirepressionsgruppe Stuttgart“ gewonnen. Seit Ende des Jahres 1977 griff die Gruppe in teilweise öffentlichen Veranstaltungen Themen auf wie:

- „Morde und Folterungen in den bundesdeutschen Vollzugsanstalten an politischen Gefangenen“
- „Zerschlagung des Büros CROISSANT“

- „Kampf gegen das Kontaktsperregesetz“
  - „Verhinderung der Verteidigung politischer Gefangener“.
- In einem vor allem im Großraum Stuttgart verteilten „Merkblatt zu Hausdurchsuchungen im Rahmen der ‚Terroristenfahndung‘“ gab die „Antirepressionsgruppe“ Verhaltensempfehlungen bei polizeilichen Durchsuchungen:

„... macht euch klar, daß die beamteten sich über sämtliche Vorschriften hinwegsetzen und versuchen werden, euch angst und unsicherheit einzujagen, euch zu provozieren und zu demütigen. verhaltet euch in diesem fall ganz ruhig. beobachtet alles so genau wie möglich. sagt absolut nichts...“

Ähnlich wie im Stuttgarter Bereich ist es Gruppen des terroristischen Umfeldes auch in anderen Städten Baden-Württembergs, so in Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, im Verlauf des Jahres 1978 gelungen, „Alternativzeitungen“ als Forum für Angriffe gegen den freiheitlichen Rechtsstaat und seine Organe zu mißbrauchen. Neben heftiger Kritik an tatsächlichen oder vermeintlichen Arbeitsmethoden der Sicherheitsbehörden finden sich Anleitungen zu Gegenobservationen und zu konspirativem Verhalten. In wachsendem Maße werden auch Beiträge zum „bewaffneten antiimperialistischen Kampf“ und Bekennerschreiben terroristischer „Kommandos“ oder „Zellen“ abgedruckt.

## 2.2 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Mit der teilweise deutlichen Kritik an der immer schwächer ausgeprägten „revolutionären Wirksamkeit“ der RAF verbinden die „Revolutionären Zellen“ ihr eigenes Konzept der „Stadtguerilla als Massenperspektive“. Dieses Konzept prägt auch die Organisationsform dieser terroristischen Gruppierung:

Im Gegensatz zur RAF vereinen die Mitglieder der offensichtlich nur durch lose Kontakte miteinander verbundenen – im übrigen aber selbständig operierenden – „Zellen“ die „legale“ bürgerliche Existenz mit der illegalen terroristischen Praxis. Das bedeutet zugleich, daß bei den RZ ein dem RAF-Organisationsprinzip vergleichbarer „legaler“ Unterstützerebereich fehlt. Demzufolge sind die Träger der „legalen“ und der illegalen Tätigkeit – zumindest nach derzeitigem Erkenntnisstand – identisch.

Die „Revolutionären Zellen“ agieren damit seit Jahren nach dem Prinzip, das die führenden „Kader“ der RAF zunächst ebenfalls propagiert, bereits 1971 aber wieder aufgegeben hatten:

„... Unser ursprüngliches Organisationskonzept beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Wir wollten, daß jeder von uns gleichzeitig im Stadtteil oder im Betrieb in den dort bestehenden sozialistischen Gruppen mitarbeitet, den Diskussionsprozeß mit beeinflusst, Erfahrungen macht, lernt. Es hat sich gezeigt, daß das nicht geht... Daß der einzelne die legale Arbeit nicht mit der illegalen verbinden kann.“

So hieß es in der 1971 erschienenen RAF-Kampfschrift „Das Konzept Stadtguerilla“, und damit war die immer größer werdende Distanz der RAF zur „Massenbasis“ bereits vorgezeichnet.

Den Angehörigen der „Revolutionären Zellen“ ist es dagegen inzwischen in Ansätzen gelungen, ihrem Ziel einen Schritt weit näherzukommen, einen möglichst engen ideologischen und personellen Kontakt zu einem erhofften „revolutionären Potential“ herzustellen. Die mehrfach erklärte Absicht, die „Stadtguerilla“ als „Massenbasis“ in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verankern, spiegelt sich erneut in der im Januar 1978 auch in Baden-Württemberg verbreiteten 4. Ausgabe der im Untergrund hergestellten „Zeitung“ der RZ, „Revolutionärer Zorn“ wider:

„... Zur Lösung des Widerspruchs gehört weiterhin, daß wir in der Anti-AKW-Front, der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen und Betriebsgruppen mitkämpfen. Nicht zum Zwecke der ‚Rekrutierung‘, denn es kann nicht darum gehen, die Militanten aus allen Bereichen abziehen und sie gesondert zu organisieren, sondern sie in ihren Bereichen zu unterstützen und zusammen wie die Hefe im Teig zu wirken. Das meint auch die Parole ‚Schafft viele Revolutionäre Zellen‘...“

Dabei hat dieses taktische Konzept des „verdeckten, klandestinen Kampfes“ nicht nur – so die Verfasser – eine politische, son-

**Konzept der „Stadtguerilla als Massenperspektive“.**

Sie haben den  
**'REVOLUTIONÄREN ZORN'** mitgenommen...  
 und den  
**revolutionären Zorn zurückgelassen**



Wie wird der Meinung, daß wir  
 haben. Sicher und in  
 Richtungen, so wie  
 heute...

**JEDER, DER ES WISSEN WILL,  
 WEISS, WAS DAS BEDEUTET**



dem auch eine sicherheitspolitische Dimension. Denn nur eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen aufbaue, habe in einem totalitären Überwachungsstaat die Chance, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden. „Dafür liefern wir seit 5 Jahren den Beweis.“

Das von den „Revolutionären Zellen“ propagierte Modell terroristischer Praxis sieht damit – im Unterschied etwa zum Konzept der RAF – vor, daß die „Militanten“ nicht aus der Illegalität des Untergrundes herausoperieren, sondern von einer „sicheren Ebene“ aus, mit legaler Verankerung – etwa durch einen bürgerlichen Beruf. Für die „terroristische Praxis“ bedeutet dies in der Sprache der „Szene“:

„... Man kann also ohne großartige Beschaffungsaktionen, Logistik usw. allein, zu zweit, zu dritt mit dem Widerstand anfangen... Der Widerstand fängt nicht beim Bombenlegen an. Er kennt tausend Ebenen...“

Dieses Prinzip der „tausend Ebenen“ heißt auch – je nach individueller Bereitschaft des einzelnen Aktivisten – die Anwendung graduell abgestufter Militanz. Auf diese Weise wird, je nach „Eigeninitiative und Eigenverantwortlichkeit“, ein Weg in die Guerilla vorgezeichnet, der über einen „leichten Einstieg“ in einfache militante Aktionen bis zur Ausübung schwerster terroristischer Gewalt führen kann.

Als Beispiel für eine Aktion mit niedriger Einstiegsschwelle kann der in der Nacht zum 2. Dezember 1978 im Stadtgebiet von Stuttgart durchgeführte Anschlag auf etwa 50 Fahrkartenautomaten des städtischen Verkehrsverbundes gewertet werden.

#### NULLTARIF FÜR ALLE !

kaputtgarter hört mal alle her  
dann sache ist der teure straßenbahnverkehr  
das fahren kostet uns zu viel  
wir durchschauen euer profitspiel  
für euren üblen automatenschrott  
verdient ihr nur unseren ksg sott  
deshalb wird geklebt und geschmiert  
weiß ihr nur nach der kohle gliert  
ihr bosse vom verkehrsverbund  
jetzt fahrn wir schwarz dann gehts mal rund  
wenns alle machen das wär toll  
dann pißt ihr euch die hosen voll  
ihr lieben kontrolleure eh ichs vergesse  
hört schleunigst auf sonst gibts in die fresse



revolutionäre grüße von der  
krach und spaß guerilla

Durch Verkleben der Geldeinwurfsschlitze und Einsprühen einer klebrigen Flüssigkeit wurden die Geräte unbrauchbar gemacht, was hohen Sachschaden verursachte. Am 4. Dezember 1978 ging beim dpa-Büro in Stuttgart ein – für die RZ typisches – sogenanntes Bekennergutachten ein, die sich als „RZ – krach und spaß guerilla“ bezeichnete. In Form eines Gedichtes mit dem Motto „Nulltarif für alle!“ versuchten die Verantwortlichen, ihre angeblich politische Motivation sowie die mit der Aktion erstrebten Ziele zu rechtfertigen.

Insgesamt haben die „Revolutionären Zellen“ mit ihrem in Theorie und Praxis für Anhänger verschiedenster ideologischer Strömungen einleuchtenden und „nachmachbaren“ terroristischen Programm in jüngster Zeit in militanten Bereichen insbesondere der **undogmatischen „Neuen Linken“**, also in einem Teil der Sponti- und der Alternativbewegung, verstärkt Zustimmung gefunden. Der teilweise Abdruck von Schriften und „Bekennerschreiben“ der RZ in mehreren „Alternativzeitungen“ zeigt, daß das Konzept dieser terroristischen Gruppen aufgegriffen und weiterverbreitet wird und daß der Aufruf „Schafft viele Revolutionäre Zellen!“ bereits zunehmend seine Wirkung entfaltet.

### 3. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“

#### 3.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)

Der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) hat sich in den wenigen Jahren seit seiner Gründung im Juni 1973 zur aktivsten, mitglieder- und finanzstärksten Organisation im Bereich der dogmatischen „Neuen Linken“ entwickelt. Sein Mitgliederbestand im Bundesgebiet betrug Ende 1978 – trotz zahlreicher Austritte als Folge parteiinterner Auseinandersetzungen – noch immer etwa 2300 Personen (1977: 2500).

Mitgliederentwicklung des KBW im Bundesgebiet

1973	1974	1975	1976	1977	1978
900	1700	2000	2500	2500	2300

Der rasche Aufbau der heutigen Partei war um so bemerkenswerter, als an der Konstituierung zunächst lediglich sechs örtlich tätige maoistisch orientierte „Zirkel“ – darunter in Baden-Württemberg die „Kommunistische Gruppe/Neues Rotes Forum“ (KG/NRF) Mannheim – Heidelberg und der „Bund Kommunistischer Arbeiter“ (BKA) Freiburg – beteiligt waren.

Bis heute hat der KBW zwar an seiner von Anfang an proklamierten Auffassung festgehalten, nur „Parteiensatz“ sein zu wollen, dem – etwa durch Förderung der Kooperation mit anderen kommunistischen Organisationen – die Aufgabe gestellt ist, die „Vereinigung der westdeutschen Kommunisten in **einer** Partei“ voranzutreiben und dadurch erst den „Wiederaufbau der Kommunistischen Partei“ in die Wege zu leiten. Andererseits ließ der KBW nie Zweifel darüber aufkommen, daß er sich als marxistisch-leninistische „Avantgarde“-Organisation versteht, die willens und imstande ist, die „westdeutsche Arbeiterklasse“ auf der Grundlage ihres Programms zur „sozialen Revolution (zu) führen“.

Trotz diesem programmatisch-ideologischen Selbstverständnis begreift sich der KBW als politische Partei im Sinne des Parteiengesetzes. Dies dürfte vorrangig taktisch bedingt sein, um in den Genuß des Parteienprivilegs – insbesondere wegen der gegenüber der Regelung im Vereinsgesetz wesentlich strengeren Voraussetzungen für ein Verbot – zu gelangen. Seit seiner Gründung propagiert der KBW in betont aggressiver Weise die Forderung, den „bürgerlichen Staat“ im Wege einer „sozialen Revolution“ zu beseitigen. Voraussetzung für den offen angestrebten Umsturz ist danach die „Zerschlagung des Staatsapparates“, die den Weg freimacht für die „Eroberung der politischen Macht“.

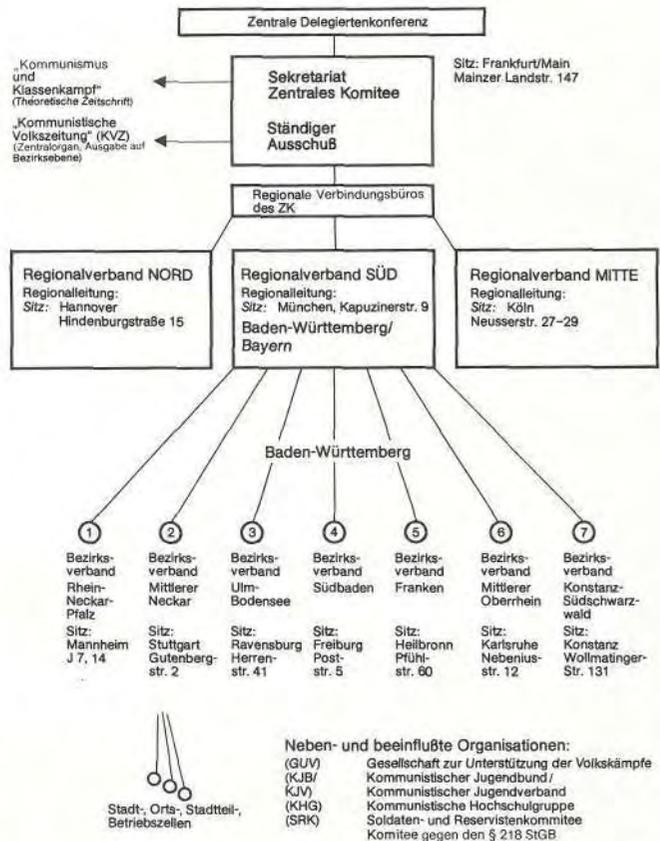
In dieser Phase wird es nach Auffassung des KBW notwendig sein, den noch vorhandenen „Widerstand der Ausbeuter“ auch unter Anwendung von Gewalt zu brechen. Im Parteiprogramm wird hierzu unzweideutig erklärt:

**KBW – bedeutendste Organisation der dogmatischen „Neuen Linken“.**

„... Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.“

Auf dieses langfristige Ziel waren auch 1978 die – teilweise erfolglosen – Bemühungen des KBW abgestellt, die Organisationskraft der Partei auf Bundesebene weiter zu festigen, die Zahl der Mitglieder und Anhänger zu erhöhen sowie mit erheblichem agitatorischem Aufwand möglichst große Teile der „Massen“ zu erreichen. Hierbei beschränkte sich der KBW – wie bereits in den Vorjahren – nicht auf die Mittel bloßer Propaganda, Indoktrination und Werbung. Die Partei bedient sich vielmehr unverändert auch aggressiver Kampfformen, die inzwischen fester Bestandteil ihrer zielgerichteten kämpferischen Strategie geworden sind. Der KBW – wie auch die übrigen Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“ – befürwortet im Grundsatz nahezu jedes Mittel zur Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

### Strukturelle Gliederung des KBW



### 3.1.1 Organisation

Die Grundeinheiten des KBW sind die **Zellen**, die jeweils einem **Bezirksverband** als nächsthöherer Führungseinheit zugeordnet sind. Die derzeit in der Bundesrepublik Deutschland agierenden 39 Bezirksverbände sind in den drei **Regionalverbänden** „Nord“ mit Sitz in Hannover, „Mitte“ mit Sitz in Köln und „Süd“ mit Sitz in München zusammengefaßt. In Baden-Württemberg, das mit Bayern und mit Gebietsteilen von Rheinland-Pfalz die Region „Süd“ des KBW bildet, bestehen 7 Bezirksverbände. Die Füh-



KBW-Bezirksverbände in Baden-Württemberg

● Sitz des Bezirksverbandes

rungsgremien der Partei, das **Zentrale Komitee (ZK)** und der **Ständige Ausschuß** des ZK, dessen Sekretär seit 1973 unverändert Hans Gerhart SCHMIERER ist, befinden sich seit 1977 in Frankfurt/Main in einem vom KBW-Verlag „Kühl KG“ für 2,7 Millionen DM erworbenen sechsstöckigen Gebäude. Seit dem Jahre 1977 ist die Parteizentrale mit einem Teil der Leitungsgremien der KBW-Bezirksverbände über ein modernes Nachrichtenübermittlungssystem (Text- und Datenfernübertragung) verbunden. Im Jahre 1978 wurden die 10 im Bundesgebiet eingerichteten „Geschäftsstellen“, die vor allem mit der Herstellung und Verbreitung des Zentralorgans „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) befaßt sind, ebenfalls an das System der Text- und Datenfernübertragung angeschlossen. Die Höhe der Kosten, die dem KBW durch den Kauf der modernen Redactron- und Compugraphik-Geräte

sowie durch die Einrichtung von vier „Auslandsbüros“ in Brüssel, Rom, Wien und London entstanden sind, belaufen sich auf nahezu 2 Millionen DM. Erhebliche Beträge waren außerdem aufzubringen für die Ausstattung der 1976/1977 gebildeten Bezirks- und Regionalverbände der Partei. Die Finanzierung dieses Aufwands erfolgte zum Teil über die monatlich abzuführenden Beiträge der Mitglieder, deren Höhe häufig den Mindestsatz von 30 DM pro Monat um ein Vielfaches übersteigt. Weitere Einnahmen ergeben sich regelmäßig aus Spenden. Sie werden von Parteiangehörigen erwartet und darüber hinaus – nach öffentlichen Aufrufen – auch von Nichtmitgliedern erhofft. Außerdem veranlaßte der KBW seine Mitglieder, Sparbücher und Bausparverträge aufzulösen und die Geldbeträge sowie die Erträge aus Erbschaften und aus dem Verkauf von Immobilien der Partei zu überlassen. In besonderen Situationen werden Mitglieder auch aufgefordert, persönliche Kredite aufzunehmen und der Partei zur Verfügung zu stellen.

### *3.1.2 Mitgliederbewegung*

Die im Jahre 1978 allgemein deutlich gewordene rückläufige Mitgliederbewegung des KBW war in Baden-Württemberg aus mehrerlei Gründen spürbarer als in den meisten anderen Bundesländern. In den in unserem Lande bestehenden 7 KBW-Bezirksverbänden waren Ende 1978 noch rund 450 Mitglieder organisiert – davon allein 200 im Bezirksverband Rhein-Neckar-Pfalz (Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen) – gegenüber etwa 800 im Jahre 1977. Den Neben- und Hilfsorganisationen der Partei gehörten noch ungefähr 250 Personen an. Für diese Entwicklung waren unter anderen die folgenden parteiinternen Gründe maßgeblich: Der ideologisch orientierte „Kampf zweier Linien“, der in den Jahren 1976 und 1977 innerhalb der Organisation erhebliche Unruhe ausgelöst hatte, wirkte auch 1978 noch fort. Zahlreiche, teilweise langjährige Parteiangehörige wurden „revisionistischer Abweichungen“ beschuldigt und aus dem KBW ausgeschlossen. Andere resignierten und verließen die Partei in der Überzeugung, daß insbesondere das Zentrale Komitee des KBW nicht willens sei, einmal gefaßte Grundsatzbeschlüsse, die sich – ihrer Auffassung nach – als nicht realisierbar herausgestellt hatten, zu revidieren. Ein ehemaliger Funktionär erhob in diesem Zusammenhang sogar den Vorwurf, der KBW unterdrücke die Diskussion und behindere damit die Meinungsbildung in der Organisation. Die ständig abverlangte Einsatzbereitschaft, die geforderten erheblichen finanziellen Opfer sowie die Reglementierung und Disziplinierung des einzelnen Parteimitglieds bis in den privaten Bereich hinein, veranlaßten zudem viele Mitglieder, der Partei den Rücken zu kehren. Andererseits „verlor“ die Parteiorganisation in Baden-Württemberg auch deshalb Mitglieder, weil diese aufgrund der von den Führungsgremien angeordneten „Kräfteverteilung“ an Bezirksverbände außerhalb des Landes, insbesondere in Bayern, oder zur Stärkung der personellen Ausstattung der Führungsgremien in Frankfurt/Main abgegeben werden mußten.

### 3.1.3 Publikationswesen

Der KBW hat in den vergangenen Jahren sein breit gefächertes Publikationswesen erheblich modernisiert und rationalisiert. Die gesamte Parteipublizistik sowie die Nachdrucke kommunistischer



„Klassiker“ werden in der Firma „Kühl KG“ gedruckt und über die „Hager Buchvertrieb GmbH“ verbreitet. Beide KBW-Firmen befinden sich in Frankfurt/Main. Die wichtigste Partei-Publikation, das wöchentlich herausgegebene Zentralorgan „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ), das in 39 Bezirksausgaben erscheint, konnte trotz der Anwendung moderner Drucktechniken und einer aktuelleren Gestaltung des vierseitigen Bezirksteils seine bereits seit Jahren bei 32000 Exemplaren liegende Auflage nicht weiter steigern. Die Auflage der monatlich erscheinenden theoretischen Zeitschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ (KuK) blieb mit 10000 Exemplaren ebenfalls konstant. Zur Unterstützung seiner Betriebsarbeit gab der KBW wiederum zahlreiche Betriebszeitun-

gen heraus. Mit „Extrablättern“ und „Eilnachrichten“ versuchte die Partei außerdem, aktuelle Probleme rasch aufzugreifen und agitatorisch umzusetzen.

### 3.1.4 Aktivitäten

Zu den Agitationsschwerpunkten des KBW gehörten im Jahre 1978 vor allem Probleme im Zusammenhang mit Tarifaueinandersetzungen, Fragen der Bildungspolitik, die angebliche „Entrechtung im öffentlichen Dienst“ und die „Ausplünderung durch das gegenwärtige Steuersystem“. Ferner setzte der KBW seine Polemik gegen die Sicherheitsorgane in Bund und Ländern unvermindert heftig fort. So wurden der im Sicherheitsplan II vorgesehene Ausbau der Polizei in Baden-Württemberg als „hektische Aufrüstung der Bürgerkriegsarmee“, die Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz als „Teil der staatlichen Unterdrückung“ bezeichnet. Dem vom Landtag von Baden-Württemberg verabschiedeten Staatshaushaltsplan für das Jahr 1978 apostrophierte der KBW als „großes Plünderungsprogramm“.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

## Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

### Lohnsenkung und Einreißen aller Schranken des Normalarbeitstages für den Höchstprofit

**Akkordtette in Westdeutschland – Hungerlöhne für afrikanische Arbeiter**

Ma  
für  
den  
Reha

5000  
4000  
3000  
2000

1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11 12

1977

1978

1979

1980

1981

1982

1983

1984

1985

1986

1987

1988

1989

1990

1991

1992

1993

1994

1995

1996

1997

1998

1999

2000

2001

2002

2003

2004

2005

2006

2007

2008

2009

2010

2011

2012

2013

2014

2015

2016

2017

2018

2019

2020

2021

2022

2023

2024

2025

2026

2027

2028

2029

2030

**Entwicklung Profite und Profitorientierung**  
Dariusz Nowak

100  
80  
60  
40  
20  
0

1960 1961 1962 1963 1964 1965 1966 1967 1968 1969 1970 1971 1972 1973 1974 1975 1976

Spalte 1: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 2: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 3: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 4: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 5: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 6: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 7: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 8: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 9: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 10: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 11: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 12: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 13: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 14: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 15: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 16: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 17: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 18: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 19: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 20: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 21: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 22: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 23: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 24: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 25: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 26: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 27: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 28: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 29: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 30: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 31: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 32: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 33: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 34: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 35: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 36: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 37: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 38: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 39: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 40: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 41: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 42: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 43: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 44: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 45: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 46: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 47: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 48: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 49: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 50: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 51: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 52: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 53: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 54: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 55: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 56: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 57: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 58: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 59: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 60: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 61: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 62: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 63: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 64: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 65: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 66: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 67: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 68: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 69: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 70: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 71: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 72: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 73: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 74: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 75: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 76: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 77: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 78: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 79: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 80: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 81: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 82: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 83: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 84: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 85: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 86: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 87: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 88: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 89: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 90: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 91: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 92: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 93: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 94: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 95: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 96: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 97: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 98: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 99: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

Spalte 100: Die im Bild abgebildeten Arbeiter sind in der Fabrik in der Stadt...

**Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen!  
Verbot von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit!  
1500 DM Steuerfreibetrag!**

# KBW

Kommunistischer  
Bund  
Westdeutschland

Während der Arbeitskämpfe in der Metallindustrie sowie im Druck- und Verlagsgewerbe, in die sich die Partei mit in hoher Auflage verbreiteten Flugblättern einzuschalten versuchte, attackierte der KBW die „Regierungssozialdemokraten“ und die „reformistischen Gewerkschaftsfürsten“ und forderte die „Arbeiterklasse“ zum organisierten Streik auf.

Die mit großem publizistischem Aufwand betriebene Agitation des KBW setzte sich in einer Vielzahl von Kundgebungen und Demonstrationen sowie in zahlreichen, teilweise nicht angemeldeten Informationsständen fort. Häufig kam es im Verlauf dieser Aktionen zu Widerstandshandlungen gegen einschreitende Polizeibeamte. Wiederholt mußte der KBW allerdings auch feststellen, daß – trotz intensiver öffentlicher Werbung – seinen Aufrufen nicht mehr in dem in früheren Jahren üblich gewesenen Umfang Folge geleistet wurde. So blieb beispielsweise die Aufforderung an die „Besetzer“ des Collegium Academicum in Heidelberg, der polizeilichen Räumung am 28. Februar 1978 „massiven Widerstand“ entgegenzusetzen, praktisch ohne Wirkung. Auch im Zusammenhang mit den Vorbereitungen zur beabsichtigten Verteilung des NPD-Landesparteitages am 17. September 1978 in Mannheim konnte der KBW nicht verhindern, daß sich die Mehrzahl der linksextremen Organisationen zu einer „Aktionseinheit“ ohne ihn zusammenfand. Bei der „Gegendemonstration“, in deren Verlauf es zu schweren Ausschreitungen kam, konnte die „Aktionseinheit“ mit fast 3000 Personen weit mehr Anhänger mobilisieren als der getrennt marschierende KBW.

Auch im Jahre 1978 unterstützte die Partei wieder intensiv „revolutionäre Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt. Nach eigenen Angaben wurden rund 1 Million DM an Spenden für die afrikanische Untergrundorganisation ZANU in Rhodesien aufgebracht. Die vom KBW und anderen linksextremen Gruppierungen durchgeführte Sammlung zugunsten der „Ausrüstung einer vollmotorisierten Kompanie der ZANU“ wurde vom Regierungspräsidium Tübingen mit Verfügung vom 7. März 1978 untersagt. An das zugleich ausgesprochene Verbot, die Sammelaktion fortzuführen, hielt sich die Partei nicht.

### 3.1.5 Die „Massenorganisationen“ des KBW

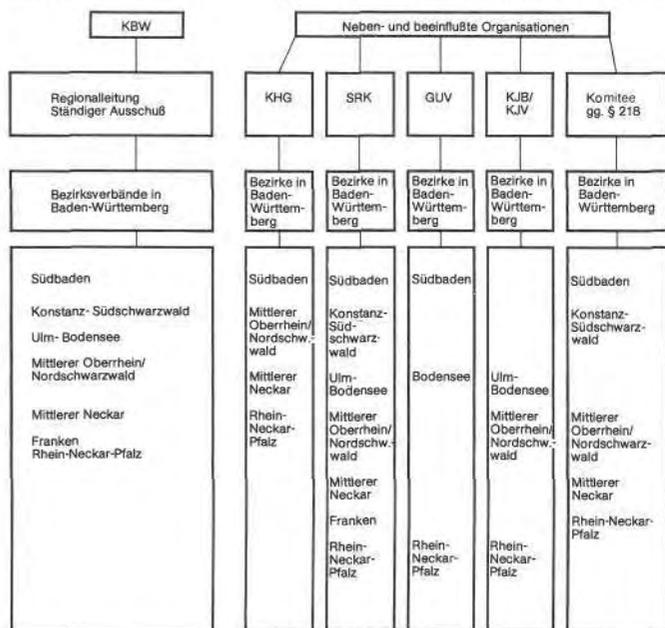
Der KBW bedient sich seit Jahren mehrerer Neben- und Hilfsorganisationen, deren Zweck es ist, einerseits durch vielfältige Aktivitäten den eigenen politischen Aktionsradius zu vergrößern und zum anderen durch Beteiligung an KBW-Aktionen die Partei selbst nachhaltig zu unterstützen. Es handelt sich um folgende überregional tätige, zumeist in Bezirksverbänden organisierte Vereinigungen:

- „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)
- „Kommunistischer Jugendbund“ (KJB)
- „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV)
- „Komitee gegen den § 218“
- „Soldaten- und Reservistenkomitee“ (SRK).

Wie die übrigen „Massenorganisationen“ bereits im Jahre 1977,

Strukturelle Gliederung  
des KBW-Regionalver-  
bandes Süd

so mußten 1978 auch die „Soldaten- und Reservistenkomitees“ feststellen, daß eine weitere personelle und organisatorische Stärkung gegenwärtig nicht zu erreichen ist. Die sieben in Baden-Württemberg bestehenden SRK-Bezirksverbände konnten die Mitgliederzahlen ihrer örtlichen Stützpunkte nicht weiter erhöhen. Die Bemühungen um die Erfüllung der den „Komitees“ vom



KBW gestellten Aufgabe, „Polizei, stehendes Heer, bewaffnete Geheim- und Spitzelorganisationen zu zerschlagen“ und die „bewaffnete Volksmacht“ aufzubauen, blieben erfolglos.

Größere Veranstaltungen führten die „Soldaten- und Reservistenkomitees“ lediglich im Zusammenhang mit den vom 26. bis 31. Dezember 1978 veranstalteten „Musiktagen“ in Berlin, Mainz und München (mit 200 Teilnehmern aus Baden-Württemberg und Bayern) durch.

### 3.2 „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)

Die am 31. Dezember 1968 auf Initiative des ehemaligen Funktionärs der „alten“ KPD und heutigen Parteivorsitzenden Ernst AUST in Hamburg gegründete KPD/ML – die älteste Gruppe der „Neuen Linken“ – bekennt sich zu den Lehren von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN, seit 1978 jedoch nur noch eingeschränkt zu den theoretischen Grundsätzen und Positionen MAO TSE-TUNGS. Die bereits im Jahre 1977 sich abzeichnende Belastung der Beziehungen zur Volksrepublik China unter der Führung von HUA KUO-FENG führte 1978 zum völligen Bruch und gleichzeitig zu einer bedingungslosen Anlehnung der KPD/ML an die „Partei der Arbeit Albanien“ (PAA). Ausschlaggebend für den grundsätzlichen Kurswechsel der KPD/ML dürfte letztlich der Entzug jegli-

**KPD/ML –  
militante Kadergruppe  
mit albanischer Aus-  
richtung.**

cher politischer und wirtschaftlicher Unterstützung Albaniens durch die Volksrepublik China gewesen sein. Auch wird die von MAO entwickelte und von Peking unverändert vertretene „Theorie der 3 Welten“ von der KPD/ML mittlerweile als „konterrevolutionär“ und „revisionistisch“ abgelehnt. Die offene Kritik der ehemals maoistisch orientierten Partei an MAO TSE-TUNG gipfelte in dem Beschluß des Zentralkomitees der KPD/ML, ihn nicht mehr als „Klassiker des Marxismus-Leninismus“ zu betrachten. Seinen äußerlichen Niederschlag fand dieser Kurswechsel in der Änderung der Titelleiste des Zentralorgans „Roter Morgen“, aus der das Bildnis MAOs, das über Jahre hinweg neben denen von MARX, ENGELS, LENIN und STALIN zu sehen war, entfernt wurde.

Die Distanzierung von den Lehren MAO TSE-TUNGs wurde schließlich von der Partei auch dadurch verdeutlicht, daß auf dem Ende des Jahres 1978 unter weitgehender Geheimhaltung durchgeführten 4. Parteitag ein neues Programm verabschiedet wurde, dessen Text gegenüber den bisherigen Aussagen – unter „Beibehaltung des korrekten marxistisch-leninistischen Inhalts“ – von den „Einflüssen der MAO TSE-TUNG-Ideen und des chinesischen Revisionismus“ befreit wurde. Ähnliche Korrekturen erfuhr das Parteistatut. Die von der KPD/ML vollzogene Abwendung von China und die Anlehnung an Albanien änderte jedoch nichts an der verfassungsfeindlichen Zielsetzung der Partei. Nach wie vor setzt sie sich unzweideutig für den „gewaltsamen Sturz der Bougeoisie“ und für die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ ein.

Mit Beginn des Jahres 1978 hat die KPD/ML – wie der KBW bereits 1976/77 – eine Neuorganisation ihrer neben den Sektionen „Westberlin“ und „DDR“ bestehenden Sektion „Deutsche Bundesrepublik“ vorgenommen. Anstelle der bisherigen, nunmehr aufgelösten sechs Landesverbände sind jetzt flächenmäßig größere Landesverbände Nord, Mitte und Süd gebildet worden. Dem Landesverband Süd unterstehen dabei die örtlichen Parteigruppen in Baden-Württemberg, Bayern, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Dem inzwischen organisierten Landesbezirksverband Baden-Württemberg, dessen Sitz in Stuttgart ist, obliegt die Anleitung der 10 Orts- und Stützpunkte in unserem Bundesland. Die Gründe für die Neugliederung dürften hauptsächlich in dem Willen der Partei zu suchen sein, die Organisation noch mehr als bisher zu straffen. Trotz der Umorganisation konnte die KPD/ML allerdings nicht verhindern, daß auch ihre Mitgliederzahl im Jahre 1978 bundesweit rückläufig war und der Partei Ende 1978 nur noch etwa 600 Personen gegenüber 800 im Jahre 1977 angehörten. Hinzu kommen noch mehrere hundert Mitglieder der Neben- und Hilfsorganisationen, deren Bestand ebenfalls zurückgegangen ist. In Baden-Württemberg verfügen KPD/ML und ihre Neben- und Hilfsorganisationen noch über ein Mitgliederpotential von insgesamt etwa 130 Personen (1977: 150–180).

Nach eigenen Angaben geben die KPD/ML und die von ihr gesteuerten Organisationen im Bundesgebiet insgesamt 140 Publikationen heraus, darunter 64 Betriebs-, 27 Stadt-, Stadtteil- und Jugendzeitungen sowie 33 Schul- und Hochschulzeitungen. Ver-

stärkte Anstrengungen zur Steigerung der Auflage des wöchentlich erscheinenden Zentralorgans „Roter Morgen“ blieben erfolglos. Nach wie vor werden etwa 10 000 Exemplare gedruckt. Zur Finanzierung ihrer Tätigkeit standen der Partei wie im Vorjahr etwa 900 000 DM zur Verfügung; allein mehr als die Hälfte davon stammte aus den sehr hohen Mitgliedsbeiträgen, deren Höhe vom Einkommen der Parteiangehörigen abhängig ist. Im Rechen-

Publikationen der „Neuen Linken“, insbesondere der KPD/ML und ihrer Nebenorganisationen



schaftsbericht für das Jahr 1977 hatte die Partei ihre Gesamteinnahmen auf 935 190,67 DM (1976: 827 342,44 DM) beziffert. Gegenüber dem Jahr 1976 war dabei der Anteil der Mitgliedsbeiträge um 23% auf 564 573,- DM gestiegen, während sich das Spendenaufkommen um 4,2% auf 341 408,- DM verringert hatte. Die Parteizentrale in Dortmund erhielt von den Gesamteinnahmen des Jahres 1977 544 811,- DM (58%).

Auch im Jahre 1978 stützte sich die KPD/ML wieder bundesweit auf eine Reihe von Neben- und Hilfsorganisationen:

- „Rote Garde“
- „Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML)  
die Mitglieder dieses Verbandes wurden im Frühjahr 1978 in die „Rote Garde“ überführt.



# 1. KONGRESS DER ROTEN GARDE

KOMMT ZUR **GROSS-**  
**VERANSTALTUNG**

SAMSTAG 13. MAI 10 UHR

STADTHALLE

DÜSSELDORF



- „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD)
- „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO)
- „Revolutionäre Landvolkbewegung“ (RLB)

Der Jugendverband „Rote Garde“ verabschiedete auf seinem „I. ordentlichen Kongress“ im Mai 1978 ein „Kampfprogramm“ sowie ein Statut, das formal die organisatorische Unabhängigkeit feststellt. Politisch identifiziert sich die „Rote Garde“ jedoch nach wie vor mit der revolutionären Zielsetzung der KPD/ML.

Die 1975 gegründete „Rote Hilfe Deutschlands“ (RHD) war bestrebt, mit der Verabschiedung einer neuen Satzung, die den Beitritt zur Organisation „erleichtern“ soll, ihrer sinkenden Anziehungskraft entgegenzuwirken. Diesem Ziel sollen auch die „in einfachen Worten“ abgefaßten „Leitsätze“ dienen, die das bislang geltende Programm ablösen.

Besondere Beachtung widmete die KPD/ML wieder der Tätigkeit der gegen die Gewerkschaften gerichteten „Revolutionären Gewerkschaftsopposition“ (RGO). Die weitgehend publizistischen Aktivitäten der RGO waren in den vergangenen Jahren direkt von der Partei getragen worden, weil die Organisation zunächst über keinen eigenen Apparat verfügte. Erst im November 1978 kam es dann auf Betreiben der KPD/ML zur überregionalen Gründung der RGO. Nach eigenen Angaben haben an dem Gründungskongreß angeblich 100 Delegierte aus 50 RGO-Betriebsgruppen teilgenommen. Die nunmehr bundesweit operierende Vereinigung bezeichnet sich als „gewerkschaftliche Kampforganisation“, deren erklärtes Nahziel es ist, in den Gewerkschaften gegen die „reaktionäre DGB-Führung“ zu kämpfen. Langfristig sieht sie – so heißt es in der Satzung – ihren Zweck darin, durch Errichtung einer „sozialistischen Gesellschaft“ die „Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse völlig zu beseitigen“. Die KPD/ML hatte sich offenbar zum raschen Aufbau der RGO entschlossen, nachdem im Frühjahr 1978 bei den Betriebsratswahlen RGO-Listen und der Partei nahestehende Tarn-Listen teilweise erhebliche Stimmengewinne erzielen konnten. So erreichte ein KPD/ML-Angehöriger in einem Heilbronner Betrieb 62,4% der Stimmen.

In Anlehnung an die bereits in der Weimarer Republik bestehende Organisation betrieb die KPD/ML 1978 den Aufbau einer „Revolutionären Landvolkbewegung“ (RLB), in der sie „Bauern, Winzer, Gärtner und Fischer“ organisieren will. Einen Programmmentwurf für die RLB hat die Partei bereits vorgelegt, als RLB-Organ erscheint inzwischen die Zeitung „Freies Landvolk“.

Die öffentliche Aktivität der KPD/ML in Baden-Württemberg war auch im Jahre 1978 gering. Die wenigen von der Partei und ihren Hilfs- und Nebenorganisationen durchgeführten Veranstaltungen, Plakataktionen und Informationsstände konzentrierten sich erneut auf die Räume Stuttgart, Reutlingen und Singen. Größere Versammlungen, für die die KPD/ML vor Jahren noch bis zu 400 Personen aktivieren konnte, waren 1978 nicht mehr zu verzeichnen. An den zentralen Kundgebungen der Partei zum 1. Mai 1978 in Stuttgart und Mannheim haben nur etwa 200 beziehungsweise 60 Personen teilgenommen.

Trotz der massiven Agitation gegen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und dem ständigen Versprechen, die Lage der Arbeiterklasse durch die „sozialistische Revolution“ mit Sicherheit zu verbessern, mußte die KPD/ML feststellen, daß ihre Resonanz in der Bevölkerung erheblich schwächer geworden ist. Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im Juni 1978 erhielt sie nur noch 911 Stimmen gegenüber 3001 im Jahre 1974.



### KPD und KPD/ML in Baden-Württemberg

- KPD-Ortsleitungen (Partei Komitees)
- KPD-Stützpunkte
- KPD/ML-Ortsgruppen bzw. -zellen

### 3.3 „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)

Die KPD ist im Juli 1971 aus der von ehemaligen Funktionären des „Sozialistischen Deutschen Studentenbundes“ (SDS) gegründeten „KPD-Aufbauorganisation“ (KPD/AO) hervorgegangen. Sie erhebt seit Beginn ihrer Tätigkeit den Anspruch, „die Partei in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin“ zu sein, deren grundlegendes Ziel es ist, im Bundesgebiet sowie – nach der erwarteten Wiedervereinigung – in ganz Deutschland die „klassenlose, kommunistische Gesellschaft“ einzuführen.

Dies setzt – so bekennt die KPD freimütig – zunächst die Auslösung der „proletarischen Revolution“ voraus, um dann über die „Diktatur des Proletariats“ in den Besitz des staatlichen Gewaltmonopols zu gelangen. Die Partei verhehlt dabei nicht, daß die von ihr angestrebte Umwälzung auch nach ihrer Vorstellung nur mit Gewalt möglich ist. In ihrem Programm erklärt sie hierzu:

„Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne Gewalt nicht möglich.“

Die KPD gehört zu den maoistisch-orientierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Im Gegensatz zu der im Jahre 1956 verbotenen „alten“ KPD bekennt sie sich zum Marxismus-Leninismus chinesischer Prägung und lehnt jede Zusammenarbeit mit deutschen und ausländischen orthodox-kommunistischen Par-

**Die „neue“ KPD – nach Peking orientierte Kaderpartei.**

teien, etwa der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) und der „Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ (KPdSU), ab. Die stattdessen seit Jahren enger werdende politische Anlehnung der KPD an die chinesische Führung wurde insbesondere dadurch erneut unterstrichen, daß im Juni 1978 eine Delegation des Zentralkomitees (ZK) bei ihrem Besuch der Volksrepublik China sogar vom Vorsitzenden der KP Chinas, HUA KUO-FENG, empfangen wurde. Der Delegation gehörten unter anderen der KPD-Vorsitzende Christian SEMLER und der Vorsitzende des Regionalkomitees Baden-Württemberg, Dr. Dietrich KREIDT, Stuttgart, an. Organisatorisch ist die KPD seit Jahren in sechs Regionalkomitees gegliedert, denen 18 Ortsleitungen und etwa 60 Zellen ange-

Publikationen der „Neuen Linken“, insbesondere der KPD und ihrer Nebenorganisationen



schlossen sind. Die zentralen Führungsgremien der Partei, das Zentralkomitee und das Politbüro, befinden sich in Köln. Zur Durchsetzung ihrer Politik bedient sich die Partei folgender ebenfalls überregional tätiger Neben- und Hilfsorganisationen:

- „Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD) mit dem Organ „Kämpfende Jugend“
- „Kommunistischer Studentenverband“ (KSV) mit dem Organ „Dem Volke dienen“
- „Liga gegen den Imperialismus“ mit dem Organ „Internationale Solidarität“, dessen Vertrieb Ende 1978 eingestellt wurde
- „Rote Hilfe e. V.“ (RH) mit dem Organ „Rote Hilfe“
- „Vereinigung Kultur und Volk“ (VKV) mit dem Organ „Spuren“
- „Forum neue Erziehung“ mit dem Organ „Neue Erziehung“.

Die KPD konnte ihre Organisation im Bundesgebiet auch 1978 nicht weiter ausbauen. Ähnlich wie beim KBW war die Mitgliederentwicklung sogar deutlich rückläufig: Ende 1978 zählte die KPD noch etwa 550 Angehörige (1977: 700). Von einem teilweise erheblichen Mitgliederschwund waren auch die Neben- und Hilfsorganisationen der Partei betroffen; zwei von ihnen, die „Liga gegen den Imperialismus“ und die „Rote Hilfe e. V.“, sind sogar der Auflösung nahe. Die 1978 eingetretene Schwächung der Partei machte sich auch in Baden-Württemberg bemerkbar: Dem Regionalkomitee der KPD in Stuttgart, dem die Bezirksleitung in Freiburg sowie acht Orts- beziehungsweise Sympathisantengruppen unterstellt sind, gehören gegenwärtig – einschließlich der Neben- und Hilfsorganisationen – noch etwas mehr als 100 Mitglieder an (1977 rund 200). Einzelne Veranstaltungen der Partei fanden jedoch noch immer das Interesse von mehreren hundert Personen.

Im Mittelpunkt der vor allem publizistisch geführten Agitation der KPD stand unverändert das Bemühen, durch Aufgreifen aktueller Probleme das „Interesse der Werktätigen“ zu wecken. Diesem Ziel diene beispielsweise die während der Tarifverhandlungen in der Metallindustrie und im Druckgewerbe massiv geführte Kampagne gegen die Arbeitgebervertreter und die Gewerkschaftsführer. Ferner hoffte die KPD, von der in der Öffentlichkeit überaus kontrovers geführten Diskussion über Vor- und Nachteile des Baus von Atomkraftwerken dadurch zu profitieren, daß sie das Energieprogramm der Bundesregierung fortwährend als „volksfeindlich“ anprangerte. Der Entschluß der Volksrepublik China, Kernkraftwerke zu bauen, löste jedoch Unsicherheit unter den Mitgliedern aus, ob die Partei ihren ablehnenden Standpunkt noch weiter aufrecht erhalten könne. Die interne Diskussion hierüber ist offenbar noch nicht abgeschlossen.

Darüber hinaus kritisierte die KPD alle Maßnahmen, mit der die staatlichen Organe die Bedrohung der inneren Sicherheit abzuwehren versuchten und stellte diese als rechtswidrigen „Abbau demokratischer Rechte“ dar. So unterstellte sie der Polizei, willkürlich zu handeln. Der Tod des mutmaßlichen terroristischen Gewalttäters Willy Peter STOLL am 6. September 1978 wurde im Parteiorgan „Rote Fahne“ vom 13. September 1978 wie folgt kommentiert:

„Das ganze riecht nach Hinrichtung... Wenn irgendwo ein Flick oder ein Krupp von ‚terroristischen Entführungsplänen‘ bedroht erscheint, heißt es nunmehr, ‚Feuer frei!‘“

Das bereits gewohnte Bild der öffentlichen Veranstaltungen, Kundgebungen und Demonstrationen machte wiederum einen nicht unwesentlichen Teil der Partei-Aktivitäten aus. Anlaß hierzu boten etwa der 10. Jahrestag der Besetzung der CSSR durch die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten, der 40. Jahrestag des Münchner Abkommens und der Besuch des sowjetischen Parteichefs BRESCHNEW in der Bundesrepublik Deutschland. Die 1. Mai-Veranstaltung der KPD in Stuttgart besuchten immerhin noch rund 500 Personen. An den Versammlungen, die von der KPD und der von ihr beeinflussten „Vereinigung Kultur und Volk“ zum 10. Jahrestag der Besetzung der CSSR in Karlsruhe, Mannheim, Stuttgart und Tübingen durchgeführt oder mitgetragen wurden, nahmen insgesamt etwa 600 Personen teil. Im Vergleich zu früheren Jahren hat die KPD unverkennbar an Wirkung eingebüßt. Ansätze für einen erneuten politischen Aufschwung sind gegenwärtig nicht erkennbar.

### **3.4 „Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD)**

Der maoistisch orientierte, der derzeitigen politischen Führung der Volksrepublik China jedoch distanziert gegenüberstehende KABD wurde im August 1972 durch Zusammenschluß der bis dahin selbständigen Organisationen „Kommunistischer Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten“ – KAB/ML – und „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Revolutionärer Weg)“ – KPD/ML (RW) – gegründet. Der KABD läßt sich vom Marxismus-Leninismus und – unbeschadet seiner Kritik an der neuen chinesischen Führung – von den Ideen MAO TSE-TUNGs leiten und sieht sich als „politische Vorhutorganisation der deutschen Arbeiterklasse“, deren „grundlegendes Ziel“ der „Sturz des kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückersystems“ und die „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ ist.

Bundesweit verfügt der KABD über etwa 400 Mitglieder (1977: 500), die überwiegend im süd- und südwestdeutschen Raum sowie in Nordrhein-Westfalen organisiert sind. Dem Landesverband Baden-Württemberg, dem mehrere Ortsgruppen unterstehen, gehören etwa 80 Personen an. Schwerpunktmäßig tritt die Organisation in Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Reutlingen und Böblingen auf. Die Führungsgremien des KABD befinden sich in Haan (Nordrhein-Westfalen), das Zentralorgan „Rote Fahne“, das vierzehntägig erscheint, wird nach wie vor im Verlag „Neuer Weg“ in Stuttgart herausgegeben.

Der KABD, dessen Jugendorganisation „Revolutionärer Jugendverband Deutschlands“ (RJVD) und die ihm eng verbundenen „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG) gehörten auch 1978 zu den am konspirativsten auftretenden Organisationen der „Neuen Linken“ im Bundesgebiet. Nahezu alle von diesen Vereinigungen verbreiteten Publikationen enthielten ein falsches Impressum. Die Gruppen hielten ferner an der Praxis fest, die personelle Zusammensetzung der zentralen und regionalen Führungsgremien geheim zu halten. Diese Verhaltensweise war – neben

**KABD –  
maoistisch ausgerichte-  
te, besonders konspira-  
tiv agierende Funktio-  
närsguppe**

# Jetzt gemeinsam handeln!

## KOLLEGEN!

Die Unternehmer wollen mit allen Mitteln die Metaller in die Knie zwingen. Nach der Aussperrung in Nordbaden/Nordwürttemberg wird mit offenen Repressalien gegen streikende Arbeiter vorgegangen:

- Streikposten werden gefilmt
- Zum Streikbruch werden Angestellte aufgehetzt
- Streikposten werden mit Gerichtsklagen bedroht und mit Fahrzeugen angegriffen.

## Das ist eine Provokation!

Hinter diesen Angriffen verbirgt sich die wirtschaftliche und politische Macht einer kleinen Handvoll Monopolherren, die in den Unternehmensverbänden ihre Schaltzentrale haben. In unserem theoretischen Organ REVOLUTIONÄRER WEG Nr. 17 „Der staatsmonopolistische Kapitalismus in der BRD“ haben wir zur wirtschaftlichen Machtkonzentration festgestellt:

„Während von 1970 – 75 der Umsatzanteil der Gruppe der Unternehmen mit einem Umsatz bis 1 Milliarde DM von 22,9 auf 15,1 % und die der zweiten Gruppe mit einem Umsatz zwischen 1 und 5 Milliarden DM von 29,2 auf 24,6 % zurückging, erhöhte sich der Umsatzanteil der größten Konzerne mit über 5 Milliarden DM Umsatz von 47,9 auf 60,3 % des gesamten Umsatzes der 250 Monopogesellschaften.“

Diese Großkonzerne sind die eigentlichen Drahtzieher der Monopoloﬀensive. Wir schrieben weiter:

„Diese Zahlen zeigen nicht nur das starke Übergewicht der Großbetriebe, sondern auch die wirtschaftliche Machtzusammenballung einer Handvoll Monopole mit ihren Entscheidungszentren in der Wirtschaft.“

**KOMMUNISTISCHER  
ARBEITERBUND  
DEUTSCHLANDS**



anderen gleichfalls taktischen Erwägungen – der Grund, warum der KABD auch 1978 sich nicht zur Teilnahme an Landtags- oder Kommunalwahlen entschließen konnte und nur selten größere öffentliche Veranstaltungen durchführte. Zu den wenigen Ausnahmen gehörten die im November 1978 in Dortmund und Nürnberg aus Anlaß des 10jährigen Erscheinens des RJVD-Organs „Rebell“ veranstalteten Kundgebungen. Unter den etwa 1000 Personen, die nach Nürnberg gekommen waren, befanden sich auch zahlreiche KABD-, RJVD- und KSG-Angehörige aus Baden-Württemberg. Damit konnten diese Organisationen, wie bereits in früheren Jahren, erneut einen Personenkreis mobilisieren, der an Zahl den eigenen Mitgliederbestand bei weitem übertrifft.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aktivität des KABD und des RJVD stand wiederum die im „Interesse der Arbeiterklasse“ betriebene Agitation gegen die Gewerkschaftsführung und die Wirtschaft. Diese wurde auch 1978 begleitet von der Aufforderung beider Organisationen an ihre Mitglieder und Anhänger, sich aktiv – jedoch

in weitgehend verdeckter Form – in den Gewerkschaften und Betrieben zu betätigen, um damit die Betriebsarbeit zu intensivieren.

### **3.5 „Kommunistischer Bund“ (KB)**

Der 1971 von maoistischen Gruppen in Norddeutschland, Berlin und Frankfurt/M. gegründete „Kommunistische Bund“ (KB), der bisher über kein geschriebenes Programm verfügt, beruft sich in seinem Status auf den Marxismus-Leninismus und dessen Weiterentwicklung durch MAO TSE-TUNG. Dies hinderte ihn jedoch nicht daran, die chinesische Theorie vom „Sozialimperialismus der Sowjetunion“ und die außenpolitische Annäherung der Volksrepublik China an die USA heftig zu kritisieren. Der KB steht aber auch der Sowjetunion und den von ihr abhängigen osteuropäischen Staaten distanziert gegenüber.

Wie alle Gruppen der „Neuen Linken“ betrachtet der „Kommunistische Bund“ den Einsatz von Gewalt als legitimes Mittel des politischen Kampfes. Seine Anhänger waren wiederholt in vorderster Reihe an militanten Aktionen im Rahmen der teilweise von linksextremen Gruppen mitbeeinflussten Kampagne gegen den Bau von Kernkraftwerken beteiligt.

Trotz breiter Aktivität mußte auch der KB im Jahre 1978 personelle Verluste hinnehmen: Ende des Jahres zählte er bundesweit noch etwa 1400 tätige Anhänger gegenüber 1700 im Vorjahr. Die Mehrzahl seiner Aktivisten ist noch immer in Norddeutschland, vor allem in Hamburg, organisiert. In Baden-Württemberg verfügt die Vereinigung über fünf Stützpunkte und Kontaktadressen in Freiburg, Stuttgart, Heidelberg, Pforzheim und Karlsruhe, denen höchstens 30 Personen zuzurechnen sind. Der KB ist allerdings bemüht, seine Organisation in Baden-Württemberg künftig verstärkt auszubauen. Um dies zu erreichen ist beabsichtigt, zunächst den Verkauf des Zentralorgans „Arbeiterkampf“ zu steigern, um dadurch weitere Interessenten zu gewinnen.

### **3.6 „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB)**

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB) entstand 1973 aus dem Zusammenschluß mehrerer örtlich tätiger maoistisch-orientierter Zirkel in Bayern.

Er bekennt sich in seinen programmatischen Erklärungen zum Marxismus-Leninismus und zu den Lehren von MAO TSE-TUNG. Er will – wie die übrigen dogmatisch fixierten linksextremen Organisationen – im „revolutionären Kampf“ gegen die „herrschende Ausbeuterklasse“ die Diktatur des Proletariats errichten. Die Tätigkeit dieser Gruppe konzentriert sich noch immer überwiegend auf Bayern. Versuche, in anderen Bundesländern organisatorisch Fuß zu fassen, blieben auch 1978 weitgehend erfolglos; dies gilt auch für Baden-Württemberg. Zwar führte der „Arbeiterbund“ aus Anlaß seines 10jährigen Bestehens eine durch eine landesweite Plakataktion vorbereitete Veranstaltung in Stuttgart sowie Diskussionsabende in weiteren Städten des Landes durch; der Aufbau von Stützpunkten gelang jedoch bisher nicht.

### 3.7 Aktivitäten trotzkistisch orientierter Organisationen

„Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) und  
„Kommunistische Liga“ (KL)

Der Bereich des organisierten Trotzkismus in der Bundesrepublik Deutschland ist seit vielen Jahren durch die Existenz einer Vielzahl von in der Regel mitgliederschwachen Vereinigungen gekennzeichnet, deren Konkurrenz untereinander meist auf taktische und weniger auf ideologische Auffassungsunterschiede zurückgeht. Im Jahre 1978 wurde erneut versucht, durch eine engere Kooperation wenigstens zweier Organisationen der Zersplitterung entgegenzuwirken: Im April haben sich die seit 1968 bundesweit tätige „Gruppe Internationale Marxisten“ (GIM) und die erst im März 1978 gegründete „Kommunistische Liga“ (KL), die sich hauptsächlich aus ehemaligen Mitgliedern einer 1977 vom ebenfalls trotzkistischen „Spartacusbund“ abgespaltenen Fraktion zusammensetzt, zunächst auf die „Einleitung eines Vereinigungsprozesses mit dem Ziel der Bildung einer einheitlichen gemeinsamen Organisation“ geeinigt. Beide Gruppierungen gehen dabei übereinstimmend von der „Notwendigkeit... einer Weltpartei der sozialistischen Revolution“ aus und machen sich damit vorbehaltlos die von TROTZKI entwickelte Lehre von der „permanenten Revolution“, deren Endziel die Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ in der Staatsform einer Räteherrschaft ist, zu eigen. Die GIM ist mit etwa 450 Mitgliedern (1977 : 500) nach wie vor mit Abstand die bedeutendste trotzkistische Organisation im Bundesgebiet. Die Führungsgremien, die sich in Frankfurt/M. befinden, geben das wöchentlich erscheinende Organ „was tun“ sowie die theoretische Zeitschrift „die internationale“ heraus. Hergestellt werden diese und andere Veröffentlichungen der Organisation im Verlag „Internationale Sozialistische Publikationen“ (ISP), Frankfurt/M., dessen Gesellschafter GIM-Funktionäre sind. In Baden-Württemberg dürfte die Vereinigung ihren Mitgliederbestand des Vorjahres von etwa 80 Angehörigen, die in 8 unterschiedlich starken Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert sind, im wesentlichen gehalten haben. Die örtlichen Aktivitäten dieser Gruppen beschränkten sich weitgehend auf die Verbreitung von Publikationen und die gelegentliche Durchführung öffentlicher Veranstaltungen. Deutlicher trat auch 1978 wiederum die GIM an den Universitäten Tübingen, Freiburg und Heidelberg in Erscheinung. Im Mittelpunkt der vor allem publizistisch geführten Agitation standen Probleme der „Massenarbeitslosigkeit“ und die angeblich zunehmende „staatliche Repression“, die nach Auffassung der GIM vor allem in den „Berufsverboten“ zum Ausdruck kommt. In diesem Zusammenhang setzte sich die GIM auch intensiv für die Durchführung des „III. Internationalen RUSSELL-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in der BRD“ Ende März 1978 in Frankfurt/M. ein. Die Bemühungen der GIM, wenigstens auf örtlicher Ebene verdeckt Einfluß auf Gewerkschaften und Betriebe zu gewinnen, blieben auch weiterhin ohne nennenswerten Erfolg.

**Trotzkistische Gruppierungen mit dem Ziel der „Diktatur des Proletariats“ in der Staatsform einer Räteherrschaft.**

### *Sonstige trotzkistische Vereinigungen*

Der 1974 gegründete trotzkistische „Spartacusbund“, der noch im Jahre 1976 an den Landtagswahlen in Baden-Württemberg teilgenommen hatte, hat zwischenzeitlich seine Tätigkeit im Bundesgebiet fast völlig eingestellt. Die Ursachen dafür waren unüberbrückbare politische Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Organisation, die zunächst zur Abspaltung von Fraktionen führten, deren Anhänger sich schließlich in neuen Vereinigungen und Gruppierungen zusammenschlossen. Aus einer dieser Fraktionen entstand 1978 die „Kommunistische Liga“ (KL), die bisher in Baden-Württemberg nur in Karlsruhe mit ersten Flugblattaktionen in Erscheinung trat.

Der in mehreren Bundesländern tätige „Bund Sozialistischer Arbeiter“ (BSA) und dessen Jugendgruppe „Sozialistischer Jugendbund“ (SJB), die zusammen etwa 150–200 Mitglieder zählen, waren 1978 in Baden-Württemberg nicht mehr aktiv. Die früheren Stützpunkte in Reutlingen und Stuttgart dürften aufgelöst sein. Neu Fuß fassen in Baden-Württemberg will dagegen die trotzkistische „Sozialistische Arbeitergruppe“ (SAG). Nach Hinweisen in ihrem Zentralorgan „Sozialistische Arbeiterzeitung“ (SAZ) verfügt sie – von Zellen im norddeutschen Raum abgesehen – auch über Kontaktstellen im Raum Mannheim/Ludwigshafen/Heidelberg und in Heilbronn. Außer der gelegentlichen Verteilung des Zentralorgans sind jedoch bis Ende 1978 keine weiteren Aktivitäten dieser Organisation im Lande festgestellt worden.

## **4. Organisationen der „Alten Linken“**

### **4.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)**

Unmittelbar nach dem Verbot der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) durch das Bundesverfassungsgericht am 17. August 1956 begann der auf die Illegalität vorbereitete „Apparat“ der „alten“ KPD mit der verdeckten Arbeit, die in den folgenden Jahren in enger Einbindung in die Direktiven aus Ost-Berlin weitergeführt wurde. Mit Beginn des Jahres 1967 glaubte die sich in der DDR aufhaltende Führung der illegalen Partei einen für sie

und die unverändert weiter erhobene Forderung nach Wiederauflassung der KPD günstigen Trend in der öffentlichen Meinung der Bundesrepublik Deutschland feststellen zu können. Sie reagierte daher offiziell zunächst noch ablehnend auf die zunehmende Diskussion um die Neugründung einer Kommunistischen Partei. Um so überraschender war es, daß man im September 1968, vor allem wohl aufgrund der bei führenden Funktionären inzwischen gereiften Erkenntnis, die Aufhebung des Verbots der KPD werde nicht zu erreichen sein, die „Neukonstituierung“ der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) beschloß, deren organisatori-

**Deutsche  
Kommunistische  
Partei**

**DKP**

**Festveranstaltung**

**60 JAHRE November  
revolution**

**60 JAHRE KPD**

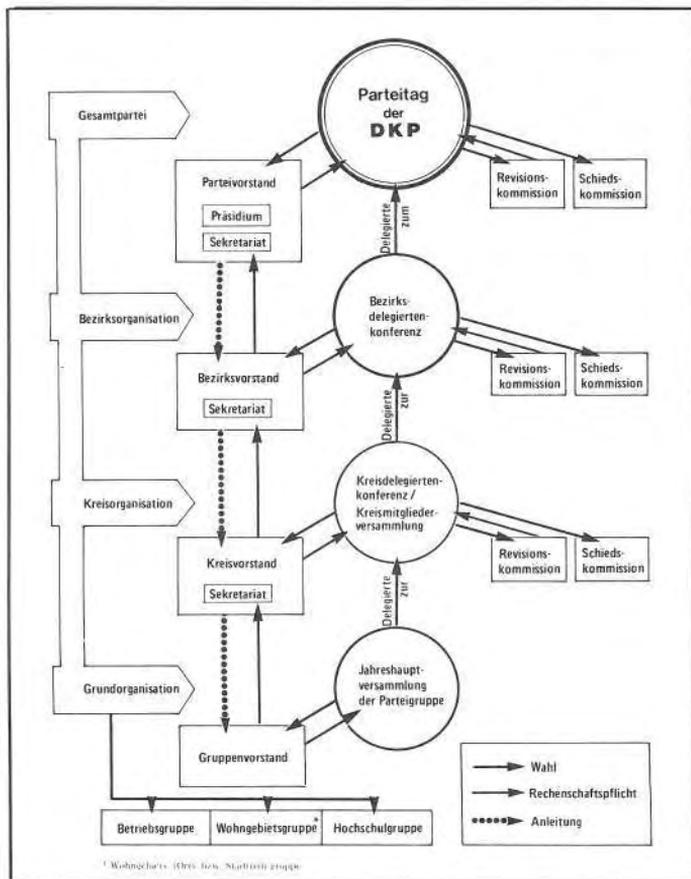
**10 JAHRE DKP**

scher Aufbau in den Bundesländern rasch in Angriff genommen wurde.

Die orthodox-kommunistisch ausgerichtete DKP konnte sich seitdem – nicht zuletzt aufgrund der zum Zeitpunkt ihrer Gründung noch vorhandenen „Kaderreserve“ aus der „illegalen“ Zeit – zur mitglieder- und finanzstärksten linksextremen Organisation in der Bundesrepublik Deutschland entwickeln, die von Düsseldorf aus vom Parteivorstand und dessen Präsidium straff geführt wird. In wenigen Jahren konnte sie im Bundesgebiet 12 Bezirksorganisationen bilden, die in zahlreiche Kreisorganisationen untergliedert sind, denen wiederum mit den Wohngebiets-, Betriebs- und Hochschulgruppen die eigentlichen Grundeinheiten der DKP unterstehen. Nach eigenen Angaben zählte die Partei im Bundesgebiet zum Zeitpunkt des Parteitages im Oktober 1978 46480 Mitglieder, das sind 4027 mehr als im Jahre 1976. Allein im Jahre

1977 will sie durch eine mit erheblichem Aufwand betriebene Werbekampagne rund 5000 neue Mitglieder gewonnen haben. Tatsächlich dürften in der Partei gegenwärtig etwa 42 000–43 000 Mitglieder organisiert sein, nur wenig mehr als im Jahre 1977. Die DKP vermied es auch 1978 sorgfältig der von ihr regelmäßig bekanntgegebenen Zahl der Neuaufnahmen jene der Parteiaustritte

Der Organisationsaufbau der DKP



und -ausschlüsse gegenüberzustellen. Denn seit 1976 sieht sie sich in einigen Grundeinheiten immer wieder kritischen, die strikte Parteidisziplin ignorierenden Mitgliedern gegenüber, deren Aktivität die Partei teilweise nur noch durch Ausschlüsse unterbinden konnte. Ein im Januar 1978 in Heidelberg ausgeschlossenes Mitglied veröffentlichte in diesem Zusammenhang folgende Kritik an der Partei:

„Die DKP ist kein monolithischer Block... Die dogmatische Minderheit hat fast alle Leitungsgremien okkupiert und jedes Mittel ist ihr recht, diese Positionen zu halten: Selektive Information der Parteibasis, massives Durchpeitschen von oben

gemachter Wahlvorschläge, Diffamierung von Kritikern. Neueste Zeichen von Schwäche sind die zahlreichen Parteausschlüsse von Kritikern...

... Kritikunfähige Kommunisten machen aus dem wissenschaftlich-sozialistischen Gedankengebäude eine Leichenhalle..."

Die in einigen DKP-Grundeinheiten in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr erfolgten Austritte und Ausschlüsse von Mitgliedern konnte die Partei jedoch durch eine intensiv geführte Werbung insgesamt wieder wettmachen. Ihr Mitgliederbestand hat sogar leicht zugenommen und dürfte sich nunmehr auf etwa 3 150 Personen (1977: 3 000) belaufen. Diese sind in 120, den 23 Kreisorganisationen nachgeordneten Grundeinheiten organisiert:

Zahl der Grundeinheiten der DKP in Baden-Württemberg (Zahlen in Klammern: Stand 1977)		
Wohngebietsgruppen	Betriebsgruppen	Hochschulgruppen
89 (80)	18 (11)	13 (13)

Die Zunahme der Zahl der DKP-Grundeinheiten in unserem Bundesland von 104 auf 120 ist teils auf Neugründungen, teils auf die Aufspaltung mitgliederstarker Ortsgruppen zurückzuführen. Ferner sind mehrere Betriebsgruppen, die 1977 untätig waren, reaktiviert worden. Dagegen gelang es der Partei nicht, die Zahl ihrer Orts-, Stadt-, Betriebs- und Hochschulzeitungen in Baden-Württemberg weiter zu steigern. Dies lag vor allem daran, daß mehrere Stadtteilzeitungen zugunsten der Herausgabe einer einheitlichen Stadtzeitung eingestellt wurden:

Zahl der DKP-Zeitungen in Baden-Württemberg (Zahlen in Klammern: Stand 1977)		
Orts- und Stadtzeitungen	Betriebszeitungen	Hochschulzeitungen
24 (33)	14 (14)	9 (9)

Zu den wichtigsten auch in Baden-Württemberg verbreiteten Parteipublikationen zählt unverändert das Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ), das täglich erscheint und dessen Wochenendausgabe eine Auflage von rund 60 000 Exemplaren erreicht. Die DKP ist jedoch mit der verkauften Auflage der UZ noch immer unzufrieden; denn selbst Parteimitglieder sind den wiederholten Aufforderungen führender Funktionäre, die Zeitung zu abonnieren, nicht oder nur zögernd nachgekommen.



Die DKP versuchte auch im Jahre 1978 – wie indessen die Wahlergebnisse bei Bundestags- und Landtagswahlen zeigen, weitgehend erfolglos – durch Aufgreifen aktueller politischer, wirtschaftlicher und sozialer Probleme sich als „echte Interessenvertreterin der Werktätigen“ darzustellen. Die intensive Beschäftigung der Partei mit kommunalen Problemen diente gleichfalls diesem Ziel. Den Schwerpunkt ihrer nach außen sichtbaren Tätigkeit widmete die Partei bundesweit den sogenannten Berufsverboten, die sie – ganz auf der Linie ihrer bisherigen Polemik – als „verfassungswidrig“ bezeichnete und mit „polizeistaatlichen Praktiken“ gleichsetzte. Ihre „vom Berufsverbot betroffenen Genossen“ stellte die DKP als Opfer der angeblich „zunehmend eingeschränkten Freiheitsrechte“ dar und versuchte in zahlreichen Stellungnahmen den Eindruck zu erwecken, daß sie, die „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“, als Hüterin demokratischer Freiheiten und Rechte mit „aller Konsequenz“ gegen die angebliche „Aushöhlung des Grundgesetzes und der Länderverfassungen“ kämpfe. Dabei fand sich die DKP in den zehn Jahren seit ihrer Gründung lediglich bereit, zu erklären, sie „wirke ... auf dem Boden des

Grundgesetzes". Sorgsam vermied sie hingegen ein eindeutiges Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

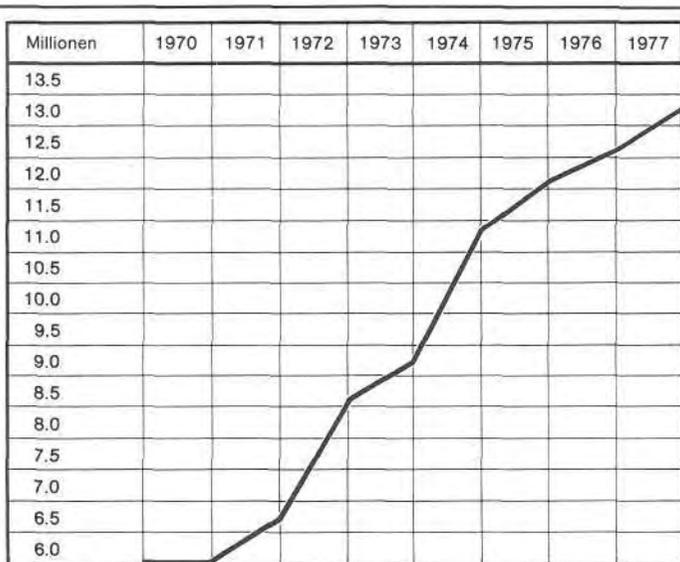
Das im Oktober 1978 auf dem 5. DKP-Parteitag in Mannheim verabschiedete neue Parteiprogramm, das die aus dem Jahre 1969 stammende Grundsatzerklärung abgelöst hat, hält an der verfassungsfeindlichen Zielsetzung der DKP unverändert fest. Danach versteht sich die DKP weiterhin als „revolutionäre Partei“, deren Ziel es ist, über die „Errichtung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse“ den Sozialismus einzuführen. Dies erfordere – so bekennt die Partei unverhohlen – zunächst die „grundlegende Umgestaltung“ und die „revolutionäre Überwindung der Macht- und Besitzverhältnisse“ in einem „harten Klassenkampf“. Die DKP räumt ein, daß sie zumindest solange auf Bündnispartner angewiesen sei, wie die angeblich notwendige „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ noch nicht zur „antimonopolistischen Demokratie“ geführt habe.

Diese Phase bezeichnet sie als die „Periode grundlegender Umgestaltungen“, in der sodann eine von ihr mitgetragene Koalitionsregierung gebildet werden könne. Diese Regierung hätte – so die DKP – den „Einfluß neonazistischer und militaristischer Kräfte“ in Armee, Polizei, Justiz und im Verwaltungsapparat sowie in den Massenmedien auszuschalten. Bezeichnenderweise vermeidet die Partei eine präzisere Umschreibung dessen, was sie unter „neonazistischen und militaristischen Kräften“ verstanden wissen will. Damit ist einer willkürlichen Auslegung nach dem naheliegenden Muster der „Länder des realen Sozialismus“ von vorneherein Raum gelassen worden. Daß die DKP nach Festigung ihres politischen Einflusses bei der Entmachtung ihrer Gegner jedenfalls nicht zögerlich zu verfahren gedächte, belegt etwa der Passus im Programm, wonach der Bundestag von „jeglicher großkapitalistischer Einflußnahme“ zu „befreien“ sei.

Die „feste Verbundenheit“ der DKP mit der Sowjetunion und der DDR ist weiterhin ungebrochen: „Entscheidender Prüfstein für jeden Kommunisten“ – so heißt es auch im neuen Programm – „ist die Haltung zur Sowjetunion.“ Mit dem Bekenntnis zur „Geschlossenheit der kommunistischen Weltbewegung“ kritisiert die Partei überdies auch sehr energisch die eurokommunistischen Bestrebungen in süd- und westeuropäischen kommunistischen Parteien. Dennoch mußte auch die DKP zur Kenntnis nehmen, daß in einigen ihrer Grundeinheiten die starre Bindung an die Sowjetunion mißbilligt wird. Auf dem Parteitag in Mannheim wurden immerhin vier von DKP-Grundeinheiten vorgelegte Anträge deshalb nicht berücksichtigt, weil sie – so ein Funktionär – geeignet waren, das „positive Verhältnis zur Sowjetunion abzuschwächen“.

Zur Finanzierung ihrer umfangreichen Parteiarbeit konnte die DKP auch im Jahre 1978 wieder auf erhebliche finanzielle Mittel zurückgreifen, deren Höhe mindestens den 1977 erzielten Einnahmen entsprach. Im Rechenschaftsbericht für das Jahr 1977 hatte die Partei zwar insgesamt lediglich 13 348 000 DM an Einnahmen nachgewiesen. Nach gesicherten Erkenntnissen mußte jedoch

*Einnahmeentwicklung der DKP (nach den im Bundesanzeiger veröffentlichten Rechenschaftsberichten 1970–1977). Die Einnahmen setzen sich zusammen aus: Mitgliedsbeiträgen; Beiträgen von „Fraktionsmitgliedern“; Einnahmen aus Vermögen, Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften u. a.; Spenden; Krediten; Erstattungsbeträgen nach dem vierten Abschnitt des Parteiengesetzes; sonstigen Einnahmen.*



schon 1977 und muß unverändert auch 1978 davon ausgegangen werden, daß die DKP und ihre Hilfs- und Tarnorganisationen mehr als 50 Millionen DM an Zuwendungen aus der DDR erhalten haben, ohne die der aufwendige Parteiapparat nicht hätte finanziert werden können.

#### **4.2 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)**

Die SDAJ wurde bereits im Mai 1968, also wenige Monate, ehe die DKP entstand, konstituiert. Auf dem Gründungskongreß in Essen waren zahlreiche spätere DKP-Mitglieder anwesend, darunter der heutige Parteivorsitzende Herbert Mies. Die schon damals deutlich sich abzeichnende enge Zusammenarbeit dieser „sozialistischen Jugendorganisation“ mit der DKP besteht unverändert. Zahlreiche SDAJ-Mitglieder gehören der Partei an, ihr Bundesvorsitzender ist bereits seit Jahren Mitglied des DKP-Parteivorstandes. Die „freundschaftliche Verbundenheit“ der DKP mit der SDAJ, aber auch mit der Hochschulgruppe MSB Spartakus und der Kinder-Organisation „Junge Pioniere“, wurde im neuen DKP-Parteiprogramm erneut bekräftigt. Wie die DKP erstrebt auch die SDAJ eine „sozialistische Bundesrepublik Deutschland“, wobei sie die Führung der „Partei der Arbeiterklasse“ in diesem Kampf vorbehaltlos anerkennt. Weltanschaulich bekennt sich die Jugendorganisation ebenfalls zu den Lehren von MARX, ENGELS und LENIN. Die eindeutig kommunistische Ausrichtung hindert die SDAJ freilich nicht daran, mit der Behauptung, ihre Tätigkeit bewege sich auf dem „Boden des Grundgesetzes“, in der Öffentlichkeit den Eindruck uneingeschränkter Verfassungstreue erwecken zu wollen.

Die Zahl der aktiven SDAJ-Mitglieder im Bundesgebiet dürfte sich entgegen den weit höher liegenden eigenen Angaben der Organisation auf etwa 14 000 belaufen. Trotz der auch 1978 betriebenen

#### **SDAJ-Junge Pioniere – orthodox-kommunistische Jugendarbeit.**



umfangreichen Propagandaarbeit und der massiven Unterstützung durch die DKP konnte die SDAJ ihren Mitgliederbestand in Baden-Württemberg nur unwesentlich auf etwa 1 100 Personen erhöhen (1977: 1000). Der Landesverband Baden-Württemberg umfaßt gegenwärtig etwa 56 örtliche Gruppen, darunter mehrere Stadtteilgruppen, die in 6 Kreisverbänden zusammengefaßt sind. Besondere Beachtung widmete die Jugendorganisation der Herausgabe von Zeitungen im örtlichen Rahmen, die jedoch häufig nur unregelmäßig erschienen sind. Als überregionales Organ verbreitet die SDAJ das Jugendmagazin „elan“, dessen moderne Gestaltung, insbesondere die bewußt unverfängliche Aufmachung der Titelseite, möglichst viele Jugendliche zum Kauf und zur Lektüre bewegen soll.

Die SDAJ setzte ihre Bemühungen um Aufnahme in weitere Stadt- und Kreisjugendringe in unserem Lande fort. Sie ist jetzt in 15 Stadtjugendringen, nämlich in Baden-Baden, Ettlingen, Geislingen, Heidelberg, Heidenheim, Heilbronn, Konstanz, Lahr, Mannheim, Pforzheim, Reutlingen,

Schwäbisch Hall, Stuttgart, Tuttlingen und Weinheim, und in den 3 Kreisjugendringen Heidenheim, Heilbronn und Konstanz vertreten. Der Versuch, in den Bundesjugendring aufgenommen zu werden, war letztmals im Jahre 1977 gescheitert. Schwerpunktmäßig konzentrierte sich die SDAJ unverändert auf die Agitation zum Thema „Arbeits- und Lebensverhältnisse der Jugend“. Bedingt durch den Rückgang der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen richtete sie ihr Hauptaugenmerk vermehrt auf Schulprobleme. Die bereits seit Jahren bestehenden engen Kontakte zu anderen kommunistischen Jugendorganisationen, insbesondere zum sowjetischen „Komsomol“ und zur „Freien Deutschen Jugend“ in der DDR, wurden verstärkt. Gleichzeitig war die SDAJ aber auch um eine Vertiefung der Kontakte zu demokratischen Jugendorganisationen bemüht, um dadurch ihren Einfluß auf Jugendliche – ganz im Einklang mit der von der DKP propagierten und verfolgten Bündnispolitik – verstärken zu können.

### **4.3 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)**

Die DKP verfolgt seit Jahren das Ziel, neben Jugendlichen und Studenten als künftige „Kaderreserve“ auch Kinder organisatorisch zu erfassen. Dies zu verwirklichen ist die Aufgabe der im Jahre 1974 gegründeten Kinderorganisation „Junge Pioniere“ (JP). Zur Notwendigkeit der Gründung dieser Vereinigung erklärte die DKP damals in ihrem theoretischen Organ „Marxistische Blätter“ Nr. 3/1974:

„Die Tradition sozialistischer Erziehung wird jetzt in der BRD fortgesetzt und frühere Ansätze werden aufgegriffen. Der bürgerlichen Klassenerziehung, der Kinderfeindlichkeit des Imperialismus wird eine sozialistische Organisation der Arbeiterkinder entgegengesetzt. Die Arbeiterkinder sind Kinder ihrer Klasse.“

Die Gründungskonferenz des Jahres 1974 hatte die noch heute gültige Satzung, ferner die „10 Grundsätze des Jungen Pioniers“ sowie eine Erklärung „Für die Rechte der Kinder“ beschlossen. Die Führung der DKP ist bestrebt, die Kinder an die SDAJ und – auf längere Sicht – auch an die DKP heranzuführen. Diesem Ziel dient mittelbar die Durchführung zunächst weitgehend „unpolitischer“ Spiel- und Singnachmittage, Gruppenabende und Kinderfeste. Erst allmählich, etwa durch die Teilnahme an Jugendlagern der SDAJ, werden die Kinder stärker mit dem „sozialistischen“ Zweck vertraut gemacht. Für die Zeit der jährlichen Schulferien organisieren DKP und SDAJ regelmäßig Ferientage in der DDR.

Als Auftakt zum „Internationalen Jahr des Kindes“ veranstalteten die JP am 9. Dezember 1978 in Essen eine Kinderkonferenz zum Thema „Kinder berichten – so leben, spielen und lernen wir“. An der Veranstaltung beteiligten sich etwa 200 Kinder und zahlreiche sogenannte Pionierleiter. Gäste waren unter anderem der DKP-

Vorsitzende Herbert MIES und der SDAJ-Bundesvorsitzende Wolfgang GEHRKE. Der JP-Vorsitzende Achim KROOSS, Mitglied der DKP und der SDAJ, bezeichnete in seiner Rede die „großen Bosse“ als „Kinderfeinde Nr. 1“ und kritisierte, daß die JP nicht in der von Bundesministerin Antje HUBER geleiteten Kommission zum Jahr des Kindes vertreten sind.

In Baden-Württemberg bestehen gegenwärtig 17 JP-Gruppen mit etwa 150 organisierten Kindern gegenüber 12 Gruppen mit etwa 100 Kindern im Jahre 1977, die von einer „Landesverantwortlichen“ in Stuttgart betreut werden. Zur Information und Werbung wird – neben einigen JP-Mitteilungsblättern – das von der JP-Bundesleitung herausgegebene Organ „Willibald“ verbreitet.

Die Tätigkeit dieser Gruppierungen erschöpft sich weitgehend in einer mehr oder weniger einseitigen Kommentierung und Interpretation von Plänen und Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen etwa auf dem Gebiet der Verteidigungs-, Bildungs-, Mittelstands- und Sicherheitspolitik. Stereotyp warnen sie ferner vor den angeblich ständig wachsenden „neonazistischen und antikommunistischen Tendenzen“ in der Bundesrepublik Deutschland und werden den demokratischen Parteien vor, diesen Erscheinungen gegenüber wissentlich untätig zu verharren. Diese Agitationsthemen werden in gleicher Weise und kontinuierlich auch von der DKP aufgegriffen. Kritische Äußerungen der Leitungsgremien dieser Vereinigungen über Vorgänge und Zustände in kommunistischen Ländern wurden dagegen kaum bekannt, ebensowenig abgrenzende oder distanzierende Erklärungen gegenüber der DKP.

#### **4.4 Von der DKP beeinflusste Organisationen**

Die DKP ist seit ihrer Gründung intensiv bemüht, ihren Einfluß über den eigenen Mitglieder- und Anhängerkreis und den ihrer Hilfsorganisationen hinaus auszudehnen. Dieses Ziel verfolgt sie mit der scheinbar unverfänglichen Forderung nach Herstellung eines „breiten Bündnisses der demokratischen Kräfte“.

Darunter versteht sie die Initiierung von und die aktive Mitarbeit in „demokratischen Bewegungen, Bürgerinitiativen und Bündnissen“, deren Zweck für die DKP häufig allein darin besteht, in aktuellen, in der Bevölkerung umstrittenen Fragen in der Öffentlichkeit agitieren zu können, ohne daß der steuernde Einfluß der DKP für Außenstehende und für die Mitglieder dieser Gruppierungen ohne weiteres erkennbar würde. Zu diesen „Bewegungen“ zählen insbesondere die zahlreichen, fast ausschließlich im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die sogenannten Berufsverbote aufgetretenen „Komitees“ und „Initiativen“.

Im Rahmen dieser „Bündnispolitik“ stützt sich die DKP auch auf von ihr – in unterschiedlichem Maße – beeinflusste und teilweise bereits seit Jahren bestehende Organisationen. Einige dieser Gruppen sind von Kommunisten gegründet, andere erst später von diesen unterwandert worden. In mehreren Vereinigungen sind wesentliche Beschlüsse gegen den Willen der DKP nicht

**Bündnispolitik –  
wichtiger Bestandteil  
kommunistischer Strategie.**

durchzusetzen, in anderen bleibt trotz des Einflusses der Partei noch Raum für politisches Eigenleben. Zu diesen von der DKP beeinflussten Organisationen zählen bei unterschiedlicher Intensität der Einflußnahme unter anderen:

- Die „Deutsche Friedensunion“ (DFU)
- Die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)
- Das „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)
- Die „Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

## 5. Zur Situation an den Hochschulen des Landes

Die zahlreichen linksextremen Studentengruppen haben ihre Agitation an den Hochschulen des Landes auch im Jahre 1978 fortgesetzt. Nach wie vor stehen sie untereinander in einem teilweise mit Schärfe geführten Wettbewerb um die Gunst der Studenten. Politische Gemeinsamkeiten sind allenfalls bei der von allen Organisationen gleichermaßen betriebenen Kampagne gegen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen. Die gemäßigten Hochschulgruppen stehen dabei im Mittelpunkt kommunistischer Angriffe. Folgende linksextreme Vereinigungen sind an den baden-württembergischen Hochschulen besonders aktiv:

### 5.1 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der MSB Spartakus ist der stärkste überregional tätige Studentenverband, der an fast allen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland mit eigenen Gruppen vertreten ist. Geführt wird die Vereinigung vom Bundesvorstand in Bonn. Sie war im Mai 1971 durch Zusammenschluß von etwa 40 bereits seit 1969 arbeitenden Gruppen der „Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus“ (AMS Spartakus) gegründet worden. Der MSB Spartakus ist zwar formal organisatorisch unabhängig, arbeitet jedoch seit seiner Konstituierung eng mit der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) zusammen. Er bekennt sich – wie die DKP – zum Marxismus-Leninismus und setzt sich offen für die „sozialistische Revolution“ ein. Die enge Verbundenheit mit der DKP wird auch dadurch dokumentiert, daß zahlreiche Mitglieder dieses orthodox-kommunistischen Studentenverbandes gleichzeitig der Partei angehören und in dieser teilweise auch herausgehobene Funktionen ausüben. So ist die Bundesvorsitzende des MSB Spartakus auch Mitglied des Parteivorstands der DKP.

### 5.2 „Sozialistischer Hochschulbund“ (SHB)

Der SHB ist einer der mitgliederstärksten Studentenverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Seine zahlreichen örtlichen

**Linksextreme Studentengruppen setzen ihre Agitation unvermindert fort.**

Gruppen sind in Landesverbänden zusammengeschlossen. Der Gesamtverband wird vom Bundesvorstand geleitet, der seinen Sitz in Bonn hat. Der SHB kämpft – so heißt es in seiner „Grundsatzklärung“ von 1972 – auf der „Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus um die sozialistische Umgestaltung der BRD“. Die „marxistische Theorie“ leiste hierbei einen Beitrag zum Sieg der „Arbeiterklasse“ über die „Klasse des Monopolkapitals“. Der Studentenverband unterstreicht in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von „Sozialisten und Kommunisten“, die er seit Jahren in den studentischen Gremien zahlreicher Hochschulen mit dem MSB Spartakus tatsächlich auch praktiziert.

### **5.3 „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG)**

Die bereits seit 1971/72 an einigen Universitäten Baden-Württembergs agierenden „Kommunistischen Hochschulgruppen“ (KHG) nahmen unmittelbar nach der Gründung des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland“ (KBW) im Juni 1973 ihre Arbeit als örtliche Studentenorganisation der Partei an nahezu allen Hochschulen des Landes auf. Seit 1976 sind mehrere lokale Gruppen des Studentenverbandes in „Bezirken“ zusammengefaßt, deren Bereiche sich mit denen der Bezirksverbände des KBW decken.

Die Mitglieder der KHG, die oft zugleich auch dem KBW angehören, agitieren an den Hochschulen „auf der Grundlage des Programms des KBW“, für dessen „Verankerung in den studentischen Massen“ sie sich vorbehaltlos einsetzen. Sie unterstützen damit unmittelbar die verfassungsfeindlichen Ziele des KBW wie „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“ und „Errichtung der Diktatur des Proletariats“ als Vorbedingung zur Durchsetzung der „sozialen Revolution“. Die KHG identifiziert sich außerdem mit der Absicht der Partei, die „politische Macht mit Waffengewalt“ zu erkämpfen.

### **5.4 „Kommunistischer Studentenverband“ (KSV)**

Der KSV wurde im Mai 1971 von der maoistischen KPD als deren Studentenverband gegründet. Die örtlichen Gruppen eines Landes sind über Regionalleitungen mit der „Zentralen Leitung“ des KSV in Köln verbunden. Die für Baden-Württemberg zuständige Regionalleitung hat ihren Sitz in Stuttgart. Nach seinem Statut verfolgt der KSV das Ziel, „möglichst große Teile der Studenten für das Bündnis mit der Arbeiterklasse zu gewinnen“. Zu diesem Zweck unterstellt sich der KSV der politischen Führung der KPD und propagiert wie diese die „Zerschlagung“ der verfassungsmäßigen Ordnung durch den bewaffneten Kampf, der zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats und letztlich der „klassenlosen Gesellschaft“ führen soll.

### **5.5 „Kommunistische Studentengruppen“ (KSG)**

Am 16./17. Juni 1973 haben sich die an mehreren Universitäten im Bundesgebiet bestehenden „Kommunistischen Studenten-



gruppen/Marxisten-Leninisten“ (KSG/ML) „bundesweit“ zusammengeschlossen und die „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG) als Studentenorganisation des „Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands“ (KABD) gebildet. Die KSG bekennen sich eindeutig zu den Grundsätzen der kommunistischen Ideologie maoistischer Prägung. Gemeinsam mit dem KABD setzen sie sich für die gewaltsame Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ ein.

### 5.6 „Kommunistischer Studentenbund/ Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML)

Nach der Gründung der KPD/ML am 31. Dezember 1968 nahm auch deren Studentenorganisation, der „Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten“ (KSB/ML) seine Arbeit auf. Er konnte jedoch in den zurückliegenden Jahren nur an wenigen Hochschulen organisatorisch Fuß fassen. Bis zum Beginn des Jahres 1978 trat der KSB/ML als „Sektion der Roten Garde“, der Jugendorganisation der KPD/ML, auf und bildete damit eine Unterorganisation des Jugendverbandes. Im Mai 1978 wurde beschlossen, die „Bezeichnung KSB/ML“ aufzugeben und die Mit-

glieder der Studentengruppe in die nunmehr direkt an den Hochschulen agierende „Rote Garde“ zu überführen. Die „Rote Garde“ unterstützt vorbehaltlos das Ziel der KPD/ML, die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland durch einen revolutionären Umsturz zu beseitigen.

### *Proteste gegen Universitätsgesetze*

Im Jahre 1978 war in Baden-Württemberg das am 1. Januar 1978 in Kraft getretene „Gesetz über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg“ (Universitätsgesetz) Gegenstand massiver Protestaktionen. Das Gesetz war im Anschluß an das vom Deutschen Bundestag beschlossene Hochschulrahmengesetz am 22. September 1977 vom Landtag von Baden-Württemberg verabschiedet worden. Die vor allem von linksextremen Hochschulgruppen ausgehende scharfe Kritik an diesem Gesetz entzündete sich in erster Linie an den Vorschriften über die Mitwirkung der Studenten.

Unbeschadet ihrer Kritik am Universitätsgesetz haben sich verschiedene linksextreme Hochschulgruppen gleichwohl an den Wahlen zum Großen Senat im Jahre 1978 beteiligt, allerdings – wie sich zeigte – in der Absicht, entweder die Arbeit des AstA durch Untätigkeit ihrer Funktionäre lahmzulegen oder zumindest zu verhindern, daß Angehörige gemäßigter Studentengruppen in diesen Gremien Funktionen übernehmen können. Die an den 9 Universitäten des Landes im Jahre 1978 durchgeführten Wahlen zum Großen Senat zeigen, daß der organisierte Linksextremismus seine Stellung und seinen Einfluß an den Hochschulen des Landes nicht verstärken konnte. Nach wie vor ist er – trotz Übereinstimmung in den langfristigen Zielen des Kampfes gegen unsere Staats- und Verfassungsordnung – in mehrere ideologisch verfeindete Gruppen gespalten, die sich eng an die ihnen jeweils verbundene Kommunistische Partei (DKP, KPD, KBW, KPD/ML) anlehnen. Den zahlreichen dogmatisch fixierten linksextremen Hochschulgruppen war zudem in den beiden vergangenen Jahren in den Zusammenschlüssen der sogenannten undogmatischen Neuen Linken eine ernsthafte Konkurrenz erwachsen mit der Folge, daß die kommunistischen Studentengruppen bei den Studentenparlamentswahlen des Jahres 1977 teilweise erhebliche Stimmenverluste hinnehmen mußten. Aber auch 1978 konnten sie ihren Stimmenanteil nicht erhöhen, obwohl die Mehrzahl der undogmatischen Gruppierungen inzwischen ihre Tätigkeit wieder eingestellt beziehungsweise sich aufgelöst und deshalb an den Wahlen zum Großen Senat, etwa an den Universitäten Freiburg und Heidelberg, nicht mehr teilgenommen hat.

Von allen linksextremen Hochschulgruppen vermochte sich weiterhin der MSB Spartakus, der an 8 von 9 Universitäten ausschließlich in Form von Listenverbindungen – zumeist vom SHB und „Unorganisierten“ mitgetragen – auftrat, am besten zu behaupten. Diese „Bündnislisten“ errangen 28 der insgesamt 116 zu vergebenden Mandate (9 Asten mit 116 Mitgliedern). Die in früheren Jahren überaus einflußreiche KBW-Studentenorganisa-

tion „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG) ist nur noch über die von ihr beeinflusste „Liste für den Aufbau von Fachschaften“ im AStA der Universität Heidelberg vertreten. Die bereits erwähnten maoistisch orientierten Studentenvereinigungen der KPD, der KPD/ML sowie des KABD sind gegenwärtig ohne Sitz in den Allgemeinen Studentenausschüssen. Aus Protest gegen das Universitätsgesetz wurden an den Hochschulorten Karlsruhe, Konstanz, Freiburg und Mannheim ungeachtet der neuen Rechtslage auch Wahlen, gleichsam auf privater Basis, zum nicht mehr vorgesehenen Studentenparlament und zum AStA (sogeannter Unabhängiger AStA = UStA) durchgeführt. An diesen Wahlen beteiligten sich sowohl linksextreme als auch gemäßigte Hochschulgruppen.

## II. Rechtsextremistische Bestrebungen

### 1. Allgemeiner Überblick

Im Jahre 1978 hat sich die bereits in den vergangenen Jahren erkennbar gewordene rückläufige Tendenz beim organisierten, „alten“ Rechtsextremismus – repräsentiert im wesentlichen durch die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) – weiter fortgesetzt.

Im Zuge dieser bundesweiten Entwicklung ging in Baden-Württemberg die Zahl der aktiven rechtsextremistischen Vereinigungen einschließlich der Buchdienste und Verlage von 40 (1977) auf 36 zurück. Zugleich verringerte sich ihre Gesamtmitgliederzahl weiter auf nunmehr etwa 2 100–2 300. Gegenwärtig verfügen nur noch die NPD sowie die unter der Bezeichnung „National-Freiheitliche Rechte“ auftretenden Kräfte um den Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, über eine größere Anhängerschaft. Im Bereich des übrigen Rechtsextremismus ist eine weiter fortschreitende Zersplitterung in Klein- und Kleinstgruppen mit entsprechend niedrigen Mitgliederzahlen kennzeichnend.

Gegenüber dem Vorjahr deutlich zugenommen haben die Aktivitäten **neonazistischer Zirkel**. Neben Schmier- und Klebeaktionen sowie der Verbreitung zahlreicher Propagandamaterialien lassen sich erste rechtsextremistische gewalttätige Handlungen nachweisen. Ein Vergleich mit der vornehmlich im norddeutschen Raum auftretenden Häufung neonazistischer Zusammenschlüsse und deren wachsender Militanz zeigt jedoch, daß Baden-Württemberg in den zurückliegenden Jahren kein Schwerpunkt dieser Entwicklung war. Vergleichbare Fälle neonazistischer Gewaltanwendung haben sich in unserem Land nicht ereignet. Gemeinsam – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – ist allen rechtsextremistischen Organisationen das Ziel der Bekämpfung und der – mitunter zügellosen – Diffamierung der freiheitlichen demokratischen Staats- und Verfassungsordnung. Ihre Agitation ist vielfach durch übersteigerte Betonung des „Volksganzen“ und der „Volksgemeinschaft“ auf Kosten der Rechte und Belange des einzelnen und durch die Verherrlichung des Dritten Reiches bei gleichzeitiger Verharmlosung oder Rechtfertigung nationalsozialistischen Unrechts geprägt. Bei den neonazistischen Gruppen kommt der offen erklärte Wille zur Beseitigung der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes und zur Errichtung eines dem nationalsozialistischen Führerstaat vergleichbaren Systems hinzu.

Alle neonazistischen Gruppen unterhalten teilweise enge Kontakte zu gleichgesinnten ausländischen, im wesentlichen nazisti-

**Rückläufige Tendenz bei der „alten“ Rechten – zunehmende Aktivitäten neonazistischer Zirkel.**

schen oder extrem nationalistischen Kadern und Gruppierungen, vor allem in Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Spanien, in der Schweiz und den USA.

Die „**Neue Rechte**“, die im Gegensatz zur „alten“ oder „konservativen Rechten“ von volkssozialistischen und nationalrevolutionären Zielvorstellungen ausgeht, ist in Baden-Württemberg zur völligen Bedeutungslosigkeit abgesunken. Aus Absplitterungen der NPD hervorgegangen, haben sich die ab 1972 zur „Neuen Rechten“ zählenden und in der Folgezeit als „Aktion Neue Rechte“ (ANR), „Deutsche Sozialistische Volks-Partei“ (DSVP), „Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten“ (RB), „Volksblock – Naturpolitische Volksbewegung“, zuletzt als „Naturpolitische Volkspartei“ (NPV), zeitweise aktiv gewordenen Organisationen inzwischen aufgelöst oder haben ihre politische Arbeit im wesentlichen eingestellt. Einige wenige noch tätige Restgruppen berufen sich neuerdings bei ihren politischen Forderungen unter anderem auf „die ewigen, ethnischen Naturgesetze“; darüber hinaus befassen sie sich mit Problemen des Umweltschutzes. In ihren programmatischen Aussagen sind rechtsextreme Tendenzen kaum mehr erkennbar.

Die Finanzierung aller rechtsextremistischen Organisationen erfolgt im wesentlichen durch – oftmals nur schleppend eingehende – Mitgliedsbeiträge, spärlicher fließende Spenden ihrer Mitglieder und Anhänger, vereinzelt auch durch Zuwendungen gleichgesinnter ausländischer Gruppen und Sympathisanten. Von den Vereinigungen um den Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Dr. FREY, abgesehen, befinden sich die Gruppierungen des organisierten Rechtsextremismus deshalb durchweg in einer mehr oder weniger prekären finanziellen Situation.

## 2. Neonazismus

### 2.1 Allgemeiner Überblick

Seit etwa 1973 ist in der Bundesrepublik Deutschland nicht nur eine allmählich ansteigende Verbreitung neonazistischer Gedankengüter zu beobachten; es fanden sich darüber hinaus auch in wachsendem Maße Personen und Gruppen bereit, in der Öffentlichkeit wieder für die Verwirklichung neonazistischer Ziele einzutreten. Inzwischen bestehen im Bundesgebiet etwa 25 neonazistische Gruppen und Kleinstzirkel mit rund 200 Aktivisten, zu denen noch annähernd 800 Sympathisanten hinzukommen.

Bei den meisten dieser Gruppen handelt es sich um lose Zusammenschlüsse ohne feste Organisationsstruktur; zwischen ihren Führern und Mitgliedern bestehen jedoch Kontakte. Die Mehrzahl der zur Zeit aktiven Neonazis gehört Geburtsjahrgängen an, die das Dritte Reich nicht mehr bewußt, sondern nur im Kindes- oder jugendlichen Alter erlebt haben oder die sogar erst nach Kriegsende geboren sind. Ältere Jahrgänge, insbesondere ehemalige NSDAP-Mitglieder, befinden sich inzwischen in der Minderzahl. Für die neonazistischen Gruppen steht die Wiedererrichtung eines dem NS-Staat vergleichbaren oder zumindest ähnlichen Systems im Vordergrund ihrer Tätigkeit. Sie bekennen sich deshalb offen zur „Idee des Nationalsozialismus“. Ihr Ideologieverständnis ist dabei allerdings weniger vom Programm der NSDAP geprägt, zu dem sich einige Gruppen – wenn auch in modifizierter Form – verbal bekennen, sondern gründet vor allem auf der vom NS-Regime verkörperten totalitären Staatsmacht. Konsequenterweise ist daher ihre Agitation durch die Verherrlichung von Institutionen und Personen der Hitlerdiktatur, die Verharmlosung und Leugnung begangener NS-Verbrechen sowie durch einen unverhohlenen Antisemitismus gekennzeichnet. Sie fordern offen die Abschaffung der Demokratie und streben einen „Machtwechsel“ an, der nach ihrer Vorstellung zweifelsfrei zu einer Wiedergeburt des Nationalsozialismus hinführen würde.

In den letzten Jahren ließ sich eine deutliche Zunahme rechtsextremistischer Ausschreitungen – zumeist Hakenkreuzschmierereien, Friedhofsschändungen und sonstige Sachbeschädigungen – feststellen. Hauptträger dieser Aktionen waren neben Einzelaktivisten und der von den USA aus agierenden „NSDAP – Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) vornehmlich der „Kampfbund Deutscher Soldaten“ (KDS), die „Deutsche Bürgerinitiative“ (DBI), die „Bürger- und Bauerninitiative“ (BBI) sowie eine Reihe sogenannter „NS-Gruppen“. Seit 1977 hat sich zudem – insbesondere im norddeutschen Bereich – die Tendenz neonazistischer Aktivisten und Kleinstzirkel verstärkt, zur Gewaltanwendung überzugehen. So werden ein Banküberfall, mehrere Raubüberfälle sowie Diebstähle von Waffen und Munition neonazistischen Täterkreisen zugerechnet.

Als erste rechtsextreme Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland, die bereits terroristische Züge tragen, sind die unter Führung von Michael KÜHNEN (Jahrgang 1955), Hamburg, und

**Offenes Bekenntnis zur „Idee des Nationalsozialismus“.**

# DEUTSCHLAND



# WIR KOMMEN!

Uwe ROHWER (Jahrgang 1937), Dörpstedt/Schleswig-Holstein, in Norddeutschland operierenden „NS-Gruppen“ anzusehen: Nachdem KÜHNEN, der 1972/73 wenige Wochen den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) angehört hatte, im Frühsommer 1977 die in Hamburg unter den verschiedensten Bezeichnungen auftretende NS-Gruppe übernommen hatte, gründete er im November

1977 die sehr rasch militant auftretende „**Aktionsfront Nationaler Sozialisten**“ (ANS). Die sich nach ihrer Satzung als „politische Stimme Großdeutschlands“ verstehende Organisation fordert in ihrem „Kampfprogramm“ den „Ersatz des abgewirtschafteten liberal-kapitalistischen Systems durch den ständisch organisierten starken Volksstaat“ sowie die „Aufhebung des NS-Verbotes“. KÜHNEN erklärte mehrfach offen seine Absicht, mit der ANS für die Erfüllung nationalsozialistischer Ziele kämpfen zu wollen.

*Publikationen neonazistischer Gruppierungen*



Kurze Zeit später, im Dezember 1977, bildete sich um ROHWER eine weitere, unter der Bezeichnung „**Wehrsportgruppe Schleswig-Holstein**“ bekannt gewordene NS-Gruppe, die enge Kontakte zu KÜHNEN unterhielt. ROHWER war 1966 der NPD beigetreten und 1968 Kreisvorsitzender dieser Partei in Schleswig geworden. Von 1972 bis 1978 war er Führer des Gaues Schleswig-Holstein und Bundeskassenprüfer der „Wiking-Jugend“ (WJ).

Beide NS-Gruppen sind verdächtig, vom November 1977 bis Februar 1978 mehrere schwere Straftaten begangen zu haben, um Waffen und Geld für die Durchsetzung ihrer neonazistischen Ziele zu erlangen. Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof hat gegen KÜHNEN, ROHWER und andere deshalb am 1. Dezember 1978 Anklage erhoben. Den Angeschuldigten wird versuchter und vollendeter bewaffneter Raub, bewaffneter Raubüberfall auf ein Munitionsdepot der Bundeswehr und auf ein Biwaklager niederländischer Soldaten vorgeworfen.

Daneben sieht sich die Öffentlichkeit seit einigen Jahren mit der teilweise überaus militant und provozierend vorgetragenen Agitation mehrerer neonazistischer Gruppen konfrontiert. Eine besondere Rolle unter den Wortführern und Initiatoren dieser neonazistischen Aktivitäten spielt Manfred ROEDER (Jahrgang 1929), Schwarzenborn/Hessen. Dieser seit Dezember 1976 mit einem vorläufigen Berufsverbot belegte Rechtsanwalt hat sich im Februar 1978 durch die Flucht ins Ausland der Vollstreckung einer in der Bundesrepublik Deutschland gegen ihn erkannten Freiheitsstrafe entzogen. ROEDER, in einer Reihe von Strafverfahren mehrfach mit Geldstrafen belegt, war am 27. Juni 1977 vom Landgericht Flensburg zu sechs Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen und wegen Verunglimpfung des Staates rechtskräftig verurteilt worden.

Mit der von ihm bereits 1971 gegründeten **„Deutschen Bürgerinitiative e. V.“ (DBI)**, die keine eigentliche Mitgliederorganisation, sondern eher ein Instrument zur Sammlung von Spenden für die Herausgabe rechtsextremistischer Pamphlete ist, agitierte ROEDER seit 1973 fanatisch für eine Rehabilitierung des NS-Regimes und den Fortbestand des „Deutschen Reiches“. In den monatlich herausgegebenen „Briefen“, die er seit seinem Abtauchen auch vom Ausland her verbreitet, wird sein immer distanzloseres und ungehemmteres Eintreten für die Ziele des Nazismus deutlich. In einem dieser Briefe bezeichnet er sein „offenes Bekenntnis zu Adolf Hitler als den Führer und das Vorbild unseres Volkes“ als eine für ihn „befreiende Tat“.

In seinem „Bekenntnis zum Reich“ vertritt ROEDER die Ansicht, durch die Verhaftung der letzten deutschen (Reichs-)Regierung sei das deutsche Volk seiner rechtmäßigen und gewählten Führung beraubt worden; danach sei das „schreckliche, das führerlose, das demokratische Zeitalter“ angebrochen, das – in der Diktion ROEDERS – durch „Lüge, Rechtlosigkeit und Terror“ gekennzeichnet ist. Als selbsternannter „Reichsverweser“ nach dem früheren Großadmiral DÖNITZ will ROEDER deshalb die Regierung des „Großdeutschen Reiches“ fortsetzen und damit die „Illegalität der Bundesrepublik Deutschland“ dokumentieren.

Der Agrarjournalist Thies CHRISTOPHERSEN (Jahrgang 1918), Mohrkirch/Schleswig-Holstein, der 1972 die neonazistische **„Bürger- und Bauerninitiative e. V.“ (BBI)** gegründet hatte, ist vor allem durch seinen Erlebnisbericht „Die Auschwitz-Lüge“, zu dem ROEDER ein Vorwort beigesteuert hat, überregional bekanntgeworden. CHRISTOPHERSEN, der von Januar bis Dezem-

ber 1944 im KZ Auschwitz als „Sonderführer für Pflanzenzucht“ tätig war, bestreitet in der Broschüre die Vergasung von Juden in Auschwitz. Bei Aktionen und Veranstaltungen, ferner in der in seinem „Kritik-Verlag“ erscheinenden Schriftenreihe „Kritik, die Stimme des Volkes“ sowie in der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift „Die Bauernschaft“ trat er mehrfach mit verharmlosenden Erklärungen zu den Judenvernichtungsaktionen der Nazis hervor.

Der ehemalige RAD-Führer SCHÖNBORN (Jahrgang 1914), zunächst Sprecher eines „Frankfurter Kreises Deutscher Soldaten“, wurde im April 1975 zum Vorsitzenden des „**Kampfbundes Deutscher Soldaten**“ (KDS) gewählt, in den der Frankfurter Kreis umgebildet worden war. Der KDS leugnet in seinen Veröffentlichungen die Massenvernichtung von Juden und tritt für die Been-



**Kampfbund Deutscher Soldaten**

**10.000.- DM**

**Belohnung**

**zahlen wir für jede einwandfrei  
nachgewiesene "VERGASUNG" in einer  
"GAS - KAMMER" eines deutschen KZ's.  
Wir akzeptieren keine KZ - Zeugen aus  
Polen, Israel oder den USA, die, wie  
in den NS - Prozessen, MEINEIDE  
geschworen haben, ohne dafür belangt  
werden zu können.**

**Wir benötigen:**

**NAME, VORNAME, WOHNORT, GEBURTSTAG, GEBURTSORT,  
WO VERHAFTET, IN WELCHES KZ EINGELIEFERT UND IN  
WELCHEM KZ "VERGAST".**

**Verantwortlich: ERWIN SCHÖNBORN  
(KDS) 1. Vorsitzender  
5600 Frankfurt 36**

digung der gegen mutmaßliche NS-Gewaltverbrecher anhängigen Verfahren ein. SCHÖNBORN organisierte wiederholt militante Demonstrationen, von denen zwei gegen die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg gerichtet waren.

Als „Wahlformation aller nationalen Gruppierungen der Bundesrepublik für die Europawahl“ gründete SCHÖNBORN 1977 die **„Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“ (ANE)**, die sich ursprünglich mit einer eigenen Liste an den Europawahlen beteiligen wollte. Als Kandidat war unter anderem Rudolf HESS vorgesehen. Sowohl Thies CHRISTOPHERSEN als auch Erwin SCHÖNBORN wurden bereits mehrfach wegen Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, Verunglimpfung des Staates und Beleidigung zu Freiheitsstrafen mit Bewährung sowie zu Geldstrafen verurteilt.

Der Fröhrentner Wilhelm WÜBBELS (Jahrgang 1924) bemüht sich seit Jahren, in der Bundesrepublik Deutschland eine „neue NSDAP“ aufzubauen. Zu diesem Zweck gründete er 1975 eine „NS-Gruppe“, in der er alle anderen im Bundesgebiet existenten NS-Gruppen zusammenführen wollte. Seine Bemühungen blieben jedoch bisher erfolglos.

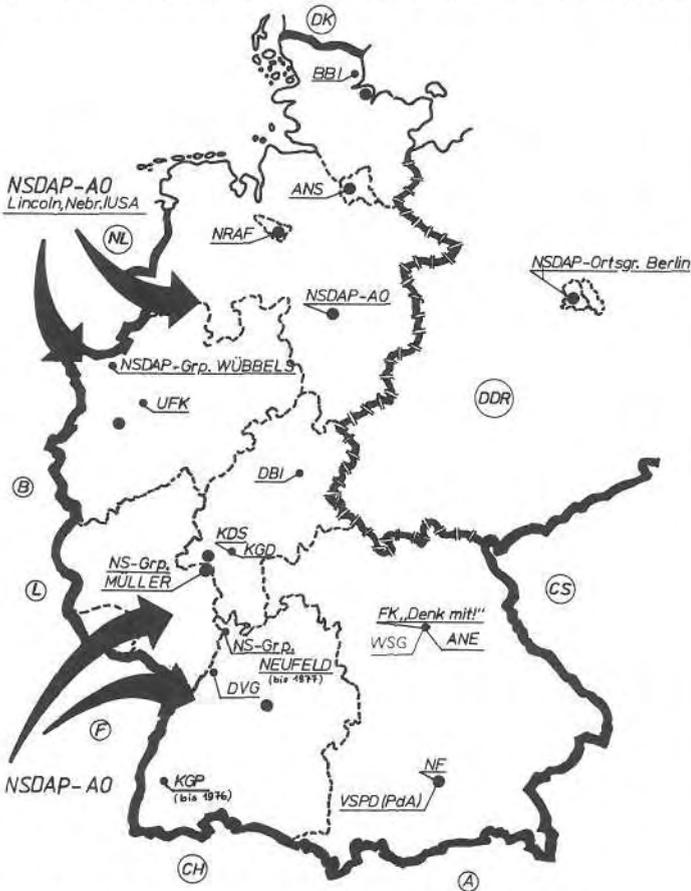
Der Werbegraphiker Karl-Heinz HOFFMANN (Jahrgang 1937), Heroldsberg/Mittelfranken, gründete 1974 die nach ihm benannte **„Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG)**. Die Gruppe ist – nach eigener Darstellung – ein „nach militärischen Gesichtspunkten organisierter, straff geführter Freiwilligen-Verband“ mit einer „dem regulären Militär entsprechenden hierarchischen Führerstruktur“. Die aktiven Anhänger der Gruppe kommen aus dem gesamten Bundesgebiet. In den vergangenen Jahren hat die WSG mehrfach – in den in- und ausländischen Medien stark beachtete – größere „Übungen im Gelände“ durchgeführt, in denen sie junge Männer in „Kampfausrüstung“ durch Gelände- und Nahkampfübungen („Wehrsportertüchtigung“) paramilitärisch ausbildet.

Die politischen Ziele der „Wehrsportgruppe“ sind in einem 19-Punkte-Programm und in einem „Manifest“ formuliert. Darin zeigt sich HOFFMANN „entschlossen“, eine „radikale Veränderung der Gesamtstruktur herbeizuführen“. Nur militante Kader als „kämpferische Speerspitze einer jungen Bewegung“ seien dazu in der Lage, wobei der „Chef der WSG“ vorgibt, an die „Möglichkeit (zu) glauben, dieses Ziel auch ohne den Einsatz der Waffen erreichen zu können“. Gegen HOFFMANN, der Verbindungen zu rechtsextremistischen und neonazistischen Gruppierungen unterhält, haben die Behörden in den vergangenen Jahren wiederholt Maßnahmen eingeleitet.

In Baden-Württemberg ist die WSG seit ihrem gemeinsamen Auftreten mit dem „Hochschulring Tübinger und Reutlinger Studenten e. V.“ am 4. Dezember 1976 in Tübingen, wobei es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern kam, nicht mehr aktiv geworden. Rechtsextremistische Einzelaktivisten sowie Angehörige verschiedener rechtsextremer Vereinigungen unterhalten jedoch weiterhin Kontakte zur WSG und nehmen auch verschiedentlich an den sogenannten „Wehrsportübungen“ teil.

Neben den Hetzschriften dieser deutschen neonazistischen Gruppen haben die seit Jahren illegal ins Bundesgebiet eingeführt und weitgehend konspirativ verteilten „NS-Kampfschriften“, Hakenkreuzaufkleber und -plakate der von den USA aus operierenden „**NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation**“ (**NSDAP-AO**) in nicht unerheblichem Maße zum Erstarken und zur Ermunterung neonazistischer Kräfte in der Bundesrepublik

Standorte der wichtigsten neonazistischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland



- BBI = Bürger- und Bauerninitiative, Mohrkirch/Schleswig-Holstein
- ANS = Aktionsfront Nationaler Sozialisten, Hamburg
- NRAF = National-Revolutionäre Arbeiter-Front, Bremen
- NSDAP-AO = NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation
- UFK = Unabhängige Freundeskreise, Bochum
- DBI = Deutsche Bürgerinitiative, Schwarzenborn/Hessen
- KDS = Kampfbund Deutscher Soldaten, Frankfurt/Main
- KGD = Kampfgruppe Großdeutschland, Frankfurt
- DVG = Deutsch-Völkische Gemeinschaft, Karlsruhe
- KGP = Kampfgruppe Priem, Freiburg
- FK „Denk mit“ = Freundeskreis „Denk mit!“, Nürnberg
- ANE = Aktionsgemeinschaft Nationales Europa, Nürnberg
- NF = Nationale Front, München
- VSPD (PdA) = Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (Partei der Arbeit), München
- WSG = Wehrsportgruppe HOFFMANN, Heroldsberg

**Baden-Württemberg  
kein Schwerpunktland  
neonazistischer Aktivi-  
täten.**

Deutschland beigetragen. Die NSDAP-AO wird von dem Deutsch-Amerikaner Gary Rex LAUCK (Jahrgang 1953) in Lincoln, Nebraska/USA, geleitet. Er zeichnet auch verantwortlich für die „Kampfschrift“ der Organisation, den „NS-Kampfruf“. Zugleich ist er Herausgeber des im April 1978 erstmals erschienenen „Völkischen Beobachters“.

Die Aktivität der NSDAP-AO ist im Bundesgebiet in jüngster Zeit aufgrund mehrerer exekutiver Zugriffe spürbar zurückgegangen. Ein großer Teil der ersten Auflage des „Völkischen Beobachters“ konnte sichergestellt werden. Gegen mehrere Aktivisten der NSDAP-AO im Bundesgebiet ermitteln die zuständigen Staatsanwaltschaften.

**2.2 Neonazistische Aktionen in Baden-Württemberg**

Obwohl die in Baden-Württemberg ansässigen neonazistischen Aktivisten bislang nicht die Militanz entwickelten, wie sie den in Norddeutschland tätigen NS-Zirkeln eigen ist, war auch in unserem Land im Jahre 1978 eine deutliche Zunahme neonazistischer Ausschreitungen festzustellen. Die Zahl der bekannt gewordenen Fälle stieg 1978 gegenüber dem Vorjahr von 24 auf 41 an:

Regierungsbezirk	Anzahl der Aktionen
Stuttgart	11
Karlsruhe	18
Freiburg	9
Tübingen	3
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>41</b>

Eine Aufschlüsselung der Aktionen ergibt folgendes Bild:

Regierungs- bezirk	Aktionsart		
	Schmier- und Klebeaktionen	Aktionen gegen jüdische Einrichtungen	sonstige Aktionen wie Versand von NS-Schriften u. a.
Stuttgart	3	7	1
Karlsruhe	7	6	5
Freiburg	7	—	2
Tübingen	1	1	1
<b>Baden- Württemberg</b>	<b>18</b>	<b>14</b>	<b>9</b>

Die erhebliche Zunahme neonazistischer Aktionen im Raum Karlsruhe ist auf die verstärkte Tätigkeit der im Berichtszeitraum einzigen in Baden-Württemberg aktiven NS-Gruppe, der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ (DVG) in Karlsruhe, zurückzuführen.

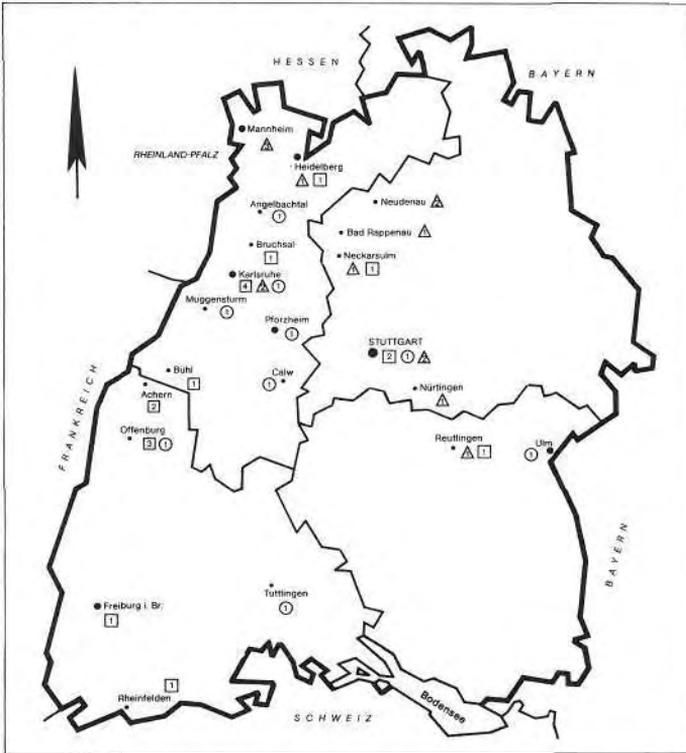
**Zeichenerklärung:**

□ Schmier- und Klebeaktionen

△ Antisemitische Aktionen gegen jüdische Einrichtungen (Friedhöfe)

○ Sonstige rechtsextremistische Aktionen (z. B. Versenden von NS-Propagandamaterial)

Die Zahl in den Symbolen gibt die Anzahl der jeweiligen Aktionen an.



*Rechtsextremistische  
Aktionen in Baden-  
Württemberg 1978*

### 2.2.1 „Deutsch-Völkische Gemeinschaft“ (DVG), Karlsruhe

Die DVG ist – wie nahezu alle neonazistischen Zirkel – keine Mitgliederorganisation. Sie rekrutiert sich vielmehr – neben einem kleinen Kern von Aktivisten – aus zahlreichen Anhängern im ganzen Bundesgebiet, die vor allem bei der Verbreitung von Publikationen tätig werden. Die DVG war bereits 1973 von dem Bamberger Fuhrunternehmer Joachim FLOTH gegründet worden. Nach dessen Tod im Jahre 1976 übernahm Werner BRAUN (Jahrgang 1951), zunächst in Stutensee-Büchig, Kreis Karlsruhe, jetzt in Rastatt wohnhaft, die Leitung der Gruppe. Seitdem hat die Militanz zumindest der Aktivisten deutlich zugenommen. Die Agitation in den Schriften der DVG wurde aggressiver. Als Mitteilungsblätter der DVG erschienen bis Mitte 1977 „Der Angriff“, „Antikommunist“ und „Die Wahrheit für Deutschland“. Danach wurde nur noch „Der Angriff“ in seiner ursprünglichen Form herausgegeben, während die übrigen Publikationen durch den „Deutsch-Völkischen Beobachter“ ersetzt wurden. Wegen des Inhalts der Massenaufgabe verbreiteten Schriften, die teilweise übelste neonazistische Hetzpropaganda enthalten, sind gegen BRAUN als dem Verantwortlichen außer in Baden-Württemberg auch in nahezu allen übrigen Bundesländern Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Neonazistische Schmierereien im Helmholtz-Gymnasium (Karlsruhe)



Im März und April 1978 führten drei Angehörige der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ mehrere Schmier- und Klebeaktionen in Karlsruhe durch, wobei allein am Helmholtz-Gymnasium ein Sachschaden von DM 75 000,- entstand. Anlässlich der bei den Tatverdächtigen daraufhin durchgeführten Hausdurchsuchungen konnten außer Propagandamaterial mehrere verrottete Handgranaten sowie Patronen für Handfeuerwaffen sichergestellt werden. Das Landgericht Karlsruhe verurteilte die DVG-Aktivisten am 7. Februar 1979 zu Jugendstrafen von einem Jahr bzw. von 10 Monaten. Die Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die

Verurteilten erhielten die Auflage, den am Helmholtz-Gymnasium entstandenen Sachschaden wiedergutzumachen.

Der Leiter der DVG, Werner BRAUN, wurde durch das Landgericht Karlsruhe bisher zweimal wegen Verwendens von Kennzeichen und Verbreitens von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§§ 86, 86a StGB) sowie einmal wegen Verunglimpfung des Staates (§ 90a StGB) und versuchten Vergehens gegen das Waffengesetz rechtskräftig verurteilt. Im letzteren Falle hatte BRAUN im August 1978 versucht, durch einen Mittelemann illegal vier Maschinenpistolen und 2 200 Schuß Munition zu erwerben.

Seit der Verurteilung BRAUNs ist die DVG weitgehend inaktiv. Die Herausgabe der DVG-Schriften wurde inzwischen von Christian WORCH, Hamburg, einem führenden Funktionär der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), übernommen. Für die ANS hatte BRAUN bereits anlässlich der letzten Bürgerchaftswahlen in Hamburg Plakate gedruckt. Ferner hatten er und drei seiner Anhänger am 22. Juli 1978 an einer verbotenen



**DVG GEGEN KAPITALISMUS  
ZIONISMUS  
KOMMUNISMUS**

**DVG FÜR VOLKSGEMEINSCHAFT  
ALLER  
DEUTSCHEN !**

**VOR ALLEM ANDEREN WOLLEN WIR ZUERST  
DEUTSCHE SEIN.**

**DEUTSCHLAND DEN DEUTSCHEN – BESATZER RAUS !**

„Adolf-Hitler-Gedenkfeier“ der ANS in Lentförden/Schleswig-Holstein teilgenommen, wobei es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen war. BRAUN und seine Begleiter waren dabei vorläufig festgenommen worden.

Außer der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ traten in den Jahren 1974 bis 1977 in Baden-Württemberg die „Kampfgruppe Priem e. V.“ in Freiburg und die „NS-Gruppe Neufeld“ in Mannheim durch neonazistische Aktionen in der Öffentlichkeit in Erscheinung.

### **2.2.2 „Kampfgruppe PRIEM e. V.“ (KGP), Freiburg i. Br.**

Im Juli 1974 gründete Arnulf Winfried PRIEM (Jahrgang 1948) in Freiburg i. Br. die nach ihm benannte „Kampfgruppe Priem e. V.“ (KGP). Sie zählte während ihrer aktivsten Zeit etwa 60–70 Mitglieder. Nach ihrem Programm wollte die Gruppe „Agitator und Vorkämpfer des nationalen Gedankens“ sein. So wandte sie sich in Flugblättern gegen die Durchführung weiterer „Kriegsverbrecherprozesse“ und forderte die Freilassung wegen NS-Verbrechen verurteilter Personen.

In den Jahren 1974 bis 1976 trat die „Kampfgruppe Priem“ mit mehreren spektakulären Aktionen an die Öffentlichkeit. So führte sie vom 1.–8. November 1975 zusammen mit dem neonazistischen „Kampfbund Deutscher Soldaten“ (KDS) in Stuttgart einen Hungerstreik für die Freilassung von Rudolf HESS durch. Am 9./10. November 1975 beklebten mehrere Mitglieder der Gruppe in Freiburg ein neu errichtetes Mahnmal zum Gedenken an die Opfer der nazistischen Gewaltherrschaft mit Hakenkreuzaufklebern der „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) und beschmierten Häuser in der Nähe des Mahnmals mit NS-Parolen.

PRIEM, der bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg am 4. April 1976 im Wahlkreis Freiburg II für die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) kandidierte, siedelte im August 1976 im Rahmen einer Berufsförderungsmaßnahme nach Berlin um und schloß sich dort einer „NSDAP-Ortsgruppe“ an. Nach seinem Weggang aus Freiburg ging die Aktivität der „Kampfgruppe Priem e. V.“ spürbar zurück. Seit 1977 trat sie nicht mehr in Erscheinung.

### **2.2.3 „NS-Gruppe Neufeld“, Mannheim**

Die „NS-Gruppe Neufeld“, benannt nach ihrem Initiator Hans-Ulrich NEUFELD (Jahrgang 1944), Mannheim, bildete sich Ende 1974 als loser Zusammenschluß von etwa 15 rechtsextremistischen Aktivisten. Öffentlich trat die Gruppe kaum in Erscheinung. Lediglich im Jahre 1975 wurden einige ihrer Angehörigen dabei betroffen, als sie in Mannheim und Ludwigshafen Plakate sowie Aufkleber der „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) an Häuserwänden anbrachten und an mehreren Brücken der Bundesautobahn Mannheim-Frankfurt NS-Parolen und Hakenkreuze schmierten. Verdeckt unterhielt die Gruppe jedoch enge Verbindungen zu anderen neonazistischen Zirkeln. So

haben NEUFELD und seine Anhänger wiederholt an Veranstaltungen der rechtsextremistischen „Deutschen Bürgerinitiative e. V.“ (DBI) und des „Kampfbundes Deutscher Soldaten“ (KDS) teilgenommen.

Eine allmähliche Loslösung NEUFELDS von seiner Gruppe sowie die gegen ihn und mehrere seiner Anhänger wegen der genannten Schmier- und Klebeaktionen durchgeführten Strafverfolgungsmaßnahmen bewirkten bereits 1976/1977 ein erkennbares Nachlassen der Aktivität der „NS-Gruppe“ und schließlich ihre völlige Passivität.

Die anderen in Baden-Württemberg festgestellten rechtsextremistischen Ausschreitungen, bei denen zum großen Teil Propagandamaterial der NSDAP-AO Verwendung fand, dürften im wesentlichen von konspirativ arbeitenden Einzeltätern oder von organisatorisch kaum verfestigten Zirkeln ausgeführt worden sein.

### 3. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) wurde am 28. November 1964 in Hannover gegründet. Sie war das Ergebnis eines von der rechtsextremistischen „Deutschen Reichspartei“ (DRP) nur zum Teil verwirklichten Versuchs, alle „nationalen“ Splittergruppen in einer neuen Partei zu sammeln. Deshalb bildeten auch über einige Jahre hin die alten DRP-Kader das organisatorische Rückgrat der NPD.

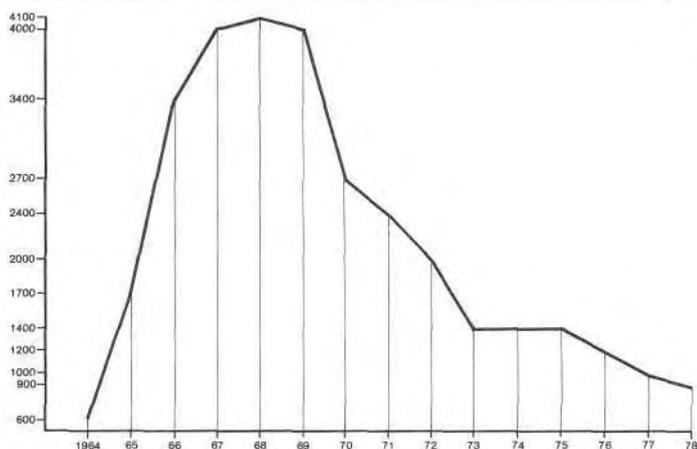
Ihren größten, äußerlich meßbaren Erfolg errang die NPD bei den Landtagswahlen 1968 in Baden-Württemberg. Es gelang ihr, 9,8% der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich zu vereinigen und dementsprechend mit einer 12köpfigen Fraktion in den Landtag von Baden-Württemberg einzuziehen.

Bereits nach der Bundestagswahl 1969, bei der die NPD die 5%-Hürde nicht zu überspringen vermochte und sich mit einem Wahlergebnis von 4,3% begnügen mußte, wurden erste Anzeichen eines noch andauernden Zerfallsprozesses der Partei sichtbar. Die Mitgliederzahl sank seitdem kontinuierlich von etwa 28 000 im Jahre 1969 auf nunmehr 8500. Selbst führende Funktionäre beurteilen heute die Lage der NPD wegen der „anhaltenden Führungskrisen“ und der „Querelen innerhalb der Partei“ sowie aufgrund „fehlender politischer Arbeit an der Basis“ mit äußerster Skepsis; sie sei zu einer „Partei der Großväter und Enkel“ geworden, in der die aktive mittlere Generation fehle. Aus diesen Gründen und wegen der schlechten Ergebnisse bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen 1978 in Bayern, Hessen, Niedersachsen und Hamburg fordern führende Funktionäre immer offener die Umwandlung der NPD von einer Wähler- in eine kleine aber schlagkräftige Kaderpartei.

Angesichts dieser sich weiter zuspitzenden Lage der NPD richteten sich die Bemühungen der Parteiführung im vergangenen Jahr

**Kontinuierlich sinkende Mitgliederzahl – Forderung nach Umwandlung in eine Kaderpartei.**

NPD-Mitgliederbewegung  
im Landesverband Baden-Württemberg



vor allem auf die Überwindung der durch anhaltenden Mitgliederschwund, durch Verknappung der finanziellen Mittel und durch zunehmende Resignation der verbliebenen Mitglieder gekennzeichneten Krise der Partei.

Obgleich die NPD in ihrer Satzung vorgibt, „auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unseres politischen, geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens“ zu stehen und sie im Gegensatz zu früheren Jahren ihre gegen die demokratische Staatsverfassung gerichteten Angriffe in der Öffentlichkeit mit mehr taktisch bedingter Zurückhaltung vorträgt, dokumentiert die Partei unverändert ihre antidemokratische Einstellung durch einen der nationalsozialistischen Ideologie entlehnten völkischen Kollektivismus und durch die Diffamierung demokratischer Institutionen und Politiker. Darüber hinaus wird in Verlautbarungen der NPD immer wieder versucht, die von den NS-Machthabern begangenen Verbrechen zu verharmlosen oder zu beschönigen. Zudem zielt die pauschale Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ letztlich auf eine totale Unterordnung des Einzelnen unter die bezeichnenderweise nicht näher definierten Gemeinschaftsinteressen; eine derartige Position dürfte mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten schwerlich vereinbar sein. Das Bundesverfassungsgericht hat es in seinem Beschluß vom 29. Oktober 1975 denn auch für erlaubt gehalten, wenn die NPD als eine Partei mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung und Betätigung, als rechts-extrem und als Gefahr für die freiheitliche Grundordnung bezeichnet wird.

Auf seiner Sitzung am 4./5. März 1978 hatte der Parteivorstand zwar beschlossen, den Mitgliedern der NPD und den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) eine Mitgliedschaft in und jede Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppen oder Einzelaktivisten zu untersagen. Für den Fall des Verstoßes hiergegen war jedem Mitglied die Einleitung seines Schiedsgerichtsverfahrens mit dem Ziel des Ausschlusses aus der NPD oder JN angedroht worden.

**Dreißig Jahre Bonner Politik haben die Teilung Deutschlands nicht überwunden, sondern festgeschrieben. Sie haben die Zukunft nicht sicherer gemacht, sondern ließen uns zu einem sterbenden Volk werden. Sterbende aber haben keine Zukunft!**

## **Daher Protest**

**gegen das  
Bonner Parteienkartell  
der Schuldenmacher,  
der Sprüchemacher,  
der Ausverkäufer  
deutscher Interessen.**

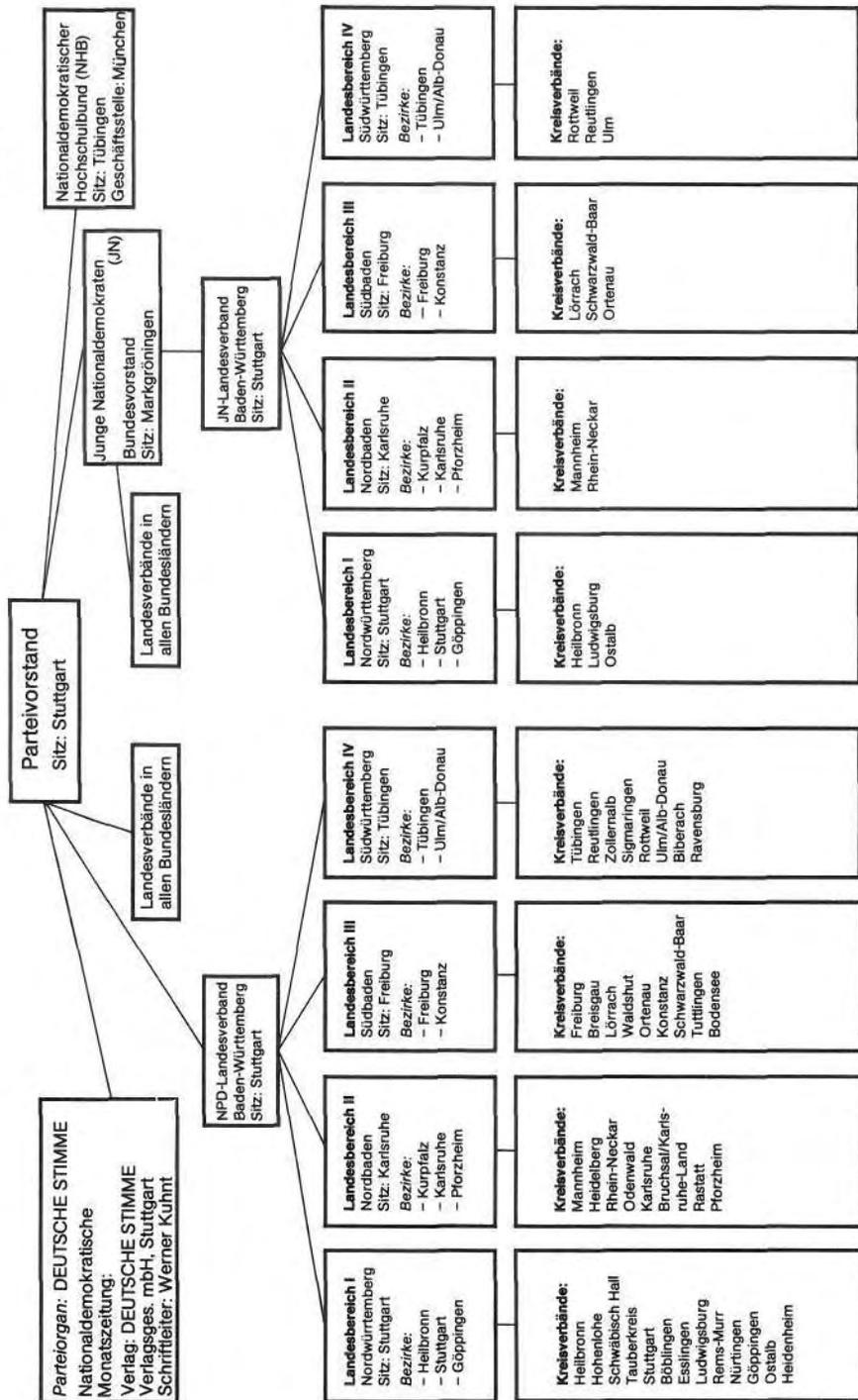
**Deshalb:**

*Deine Antwort...*



Indessen blieb dieser Abgrenzungsbeschluß, der sowohl bei Funktionären und Mitgliedern der NPD als auch bei den „Jungen Nationaldemokraten“ auf heftige Kritik gestoßen ist, auf den verschiedenen Organisationsebenen bislang wirkungslos. Vor allem Teile der JN sympathisieren aktiv mit neonazistischen Ideen und deren Wortführern. Seit 1971 wird die Partei von dem Rechtsanwalt Martin MUSSGNUG, Tuttlingen, geführt. Seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden folgte Mitte 1972 die Verlegung der Bundesgeschäftsstelle von Hannover nach Stuttgart, wo sie sich seither zusammen mit der Geschäftsstelle des Landesverbandes Baden-Württemberg der NPD befindet.

Wie bereits in den Vorjahren, mußte die NPD auch 1978 weitere Mitgliedereinbußen hinnehmen. Während, wie bereits erwähnt, die Zahl der Mitglieder im Bundesgebiet auf 8500 (1977 = 9000) zurückging, zählt der NPD-Landesverband Baden-Württemberg noch etwa 950 gegenüber 1000 Mitgliedern im Jahre 1977. Von den in Baden-Württemberg bestehenden 37 Kreisverbänden der NPD, die in 10 Bezirksverbänden zusammengefaßt sind, war allerdings nur noch etwa ein Drittel aktiv. Diese Parteigliederungen



traten im wesentlichen durch teilweise öffentliche Mitgliederversammlungen, Informationsstände, Aktionen aus regionalen Anlässen sowie durch Veranstaltungen zum Thema „Wiedereinführung der Todesstrafe“ in der Öffentlichkeit in Erscheinung.

Überörtliche Bedeutung erlangten insbesondere die beiden Parteitage des NPD-Landesverbandes Baden-Württemberg: Der 13. ordentliche Parteitag am 15. April 1978 in Heidenheim/Brenz, auf dem Jürgen SCHÜTZINGER aus Villingen-Schwenningen zum Nachfolger des auf eine erneute Kandidatur verzichtenden bisherigen Landesvorsitzenden Werner KUHNT, Biberach, gewählt wurde, mußte wegen Kündigung des Veranstaltungsraumes vorzeitig abgebrochen werden. Der daraufhin am 17. September 1978 in Mannheim durchgeführte außerordentliche Parteitag stieß auf heftigen und weitverbreiteten Unwillen. Bei Demonstrationen und Protestkundgebungen politisch Andersdenkender kam es zu massiven Auseinandersetzungen zwischen den Einsatzkräften der Polizei und extremistischen Gruppen.

Auf dem Parteitag nahm der Landesvorsitzende zu „grundsätzlichen Fragen nationaldemokratischer Politik“ Stellung und übte dabei deutliche Kritik am Verhalten der Mitglieder. Viele hätten – so SCHÜTZINGER – Angst, als „Nazi“ verschrien zu werden und versteckten sich deswegen vor der Öffentlichkeit. Außerdem nehme die Neigung zu, sich wegen „Nebensächlichkeiten“ parteiintern zu zerstreiten.

Die Pressearbeit des NPD-Landesverbandes und seiner Untergliederungen beschränkte sich 1978 weitgehend auf Beiträge in dem vom Parteivorstand monatlich in einer Auflage von 100 000 Exemplaren herausgegebenen Parteiorgan „Deutsche Stimme“, auf Leserzuschriften in Lokalzeitungen sowie auf die Verbreitung parteiinterner Rundschreiben. Versuche einzelner Kreisverbände, auf örtlicher Ebene mit eigenen Publikationen an die Öffentlichkeit zu treten, blieben wegen mangelnder Resonanz erfolglos.

## Jugendorganisation der NPD mit wachsender Militanz.

Publikationen der NPD und der Jungen Nationaldemokraten

### 3.1 „Junge Nationaldemokraten“ (JN)

Die im Jahre 1969 gegründeten „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sind nach ihrem Statut „eine Gemeinschaft junger Deutscher, die – entsprechend dem Programm der NPD – eine staatliche Ordnung nach nationaldemokratischen Grundsätzen anstreben“. Sie bilden damit die Jugendorganisation der NPD. Die Mitgliedschaft in den JN ist nach Vollendung des 14. Lebensjahres möglich; nach Erreichung des 21. Lebensjahres ist zusätzlich der Eintritt in die NPD vorgesehen. Mit dem 27. Lebensjahr



endet die Zugehörigkeit zu den JN. Die JN, die einen „aggressiven Antikommunismus“ propagieren, verfolgen zwar im Grundsatz die politische Linie der NPD, halten aber deren gegenwärtigen politischen Kurs für zu wenig „kämpferisch“. Das Selbstbewusstsein der „Jungen Nationaldemokraten“ ist in den letzten Jahren durch ihre zunehmende Bedeutung innerhalb der NPD und die „erfolgreich bestandene Konfrontation“ mit Linksextremisten beträchtlich gestiegen. Sie glauben, eine Disziplinierung durch die Parteiführung nicht mehr ohne weiteres hinnehmen zu müssen, da sie angeblich den „aktiven Kern der Partei“ verkörpern, auf den die

NPD angewiesen und ohne den keine nennenswerte Parteiarbeit mehr möglich sei. So sind bisher auch alle Versuche der Parteiführung gescheitert, militante Strömungen innerhalb der Jugendorganisation zurückzudrängen.

In Teilbereichen der JN sind zudem in wachsendem Maße neonazistische Tendenzen erkennbar. So haben JN-Angehörige wiederholt an Aktionen neonazistischer Gruppen mitgewirkt oder waren an sonstigen rechtsextremistischen Ausschreitungen beteiligt. Auslandskontakte unterhalten die JN vor allem zu dem ihnen ideologisch nahestehenden belgischen „Vlaamse Militante Orde“ und zu der rechtsextremistischen spanischen Jugendorganisation „Fuerza Nueva“.

Im Bundesgebiet zählen die JN noch rund 1500 Mitglieder, in Baden-Württemberg etwa 250. In unserem Lande haben die Aktivitäten der JN mit zumeist lokalem Charakter wie die Errichtung von Informationsständen, Fackelzüge, Auto-Rallies und

## **MILLIONEN FORDERN:**

# **ROTFRONT**



Kein Luxus-Gefängnis

für

Buback- u. Ponto-Mörder!

# **VERRECKE!**

Volksläufe zwar leicht zugenommen, beschränkten sich aber auf nur wenige aktive Kreise, insbesondere auf den Rhein-Neckar-Kreis, den Kreis Heilbronn, den Ostalbkreis, den Kreis Ulm und den Schwarzwald-Baar-Kreis.

Im Vergleich zu den JN-Gruppen in Norddeutschland sind die in Baden-Württemberg aktiven JN-Kreisverbände bislang weniger militant aufgetreten. Anlässlich des NPD-Deutschlandtreffens am 17. Juni 1978 in Frankfurt/Main sind allerdings auch JN-Mitglieder aus Baden-Württemberg durch ihre Bereitschaft zur tätlichen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auffällig geworden.

Seit der Wahl von Rudolf ENSSLEN zum Bundesgeschäftsführer befindet sich die Bundesgeschäftsstelle der JN in Markgröningen. Auf dem JN-Landeskongreß am 19./20. August 1978 in Weinheim wurde ENSSLEN mit großer Mehrheit in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt und auf dem JN-Bundeskongreß am 28./29. Oktober 1978 in Nürnberg-Buchenhain zum 1. stellvertretenden JN-Bundesvorsitzenden gewählt.

**Rechtsextremistische  
Gruppierungen um den  
Herausgeber der  
„Deutsche(n) National-Zeitung“ Dr. Gerhard Frey.**

#### **4. „National-Freiheitliche Rechte“**

Die „National-Freiheitliche Rechte“ umfaßt all jene rechtsextremistischen Gruppierungen, die dem Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), Dr. Gerhard FREY, München, politisch eng verbunden sind. Innerhalb dieses losen Zusammenschlusses schuf sich Dr. FREY mit der von ihm 1971 gegründeten „Deutschen Volksunion“ (DVU) eine organisatorische Basis für eine breite publizistische Tätigkeit. Als Koordinierungsinstrument für seine rechtsextremistische Agitation gründete er im Jahre 1972 zusätzlich den „Freiheitlichen Rat“, dem außer ihm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der DVU Repräsentanten folgender politisch weitgehend unbedeutender Organisationen angehören: „Aktion Oder Neiße“ (AKON), „Deutscher Block“ (DB), „Jugendbund Adler“ (JBA), „Wiking-Jugend“ (WJ) und „Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“ (GOG).

Lediglich die „Wiking-Jugend“ hat in jüngster Zeit aufgrund der Nähe einiger ehemaliger Mitglieder zu neonazistischen Zirkeln wieder eine begrenzte Bedeutung gewonnen. Die Zahl der Mitglieder der der „National-Freiheitlichen Rechten“ zuzurechnenden Organisationen dürfte im Bundesgebiet bei etwa 5000, in Baden-Württemberg bei rund 450 liegen, wobei die DVU den größten Anteil stellt.



Der „National-Freiheitlichen Rechten“, insbesondere der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und dem Kreis um die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), fehlt es weitgehend an einer eindeutigen ideologischen Ausrichtung. Ihre Agitation konzentriert sich vorrangig auf tagespolitische Themen, hat aber nicht selten auch verunglimpfende Angriffe gegen Institutionen und Repräsentanten unseres demokratischen Staates zum Gegenstand. Die Publikationen der „National-Freiheitlichen Rechten“ verherrlichen das NS-Gewaltregime und offenbaren einen aggressiven Antisemitismus. Gleichsam geschäftsführend für die „National-Freiheitliche Rechte“ führte die DVU in früheren Jahren eine Reihe von – publizistisch in der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) vorbereiteten – spektakulären Großveranstaltungen durch. Im Jahre 1978 fanden in Baden-Württemberg jedoch nur einige kleinere Vortragsabende statt, auf denen unter anderen auch der ehemalige Pressereferent des NS-Reichspropagandaministers Dr. GOEB-

BELS und heute in Argentinien lebende Wilfried von OVEN sprach. Geplante größere Veranstaltungen mußten an Ersatzorten außerhalb Baden-Württembergs abgehalten werden, da entsprechende Räumlichkeiten nicht zur Verfügung gestellt wurden. Organ der DVU ist der „Deutsche Anzeiger“ (DA), der wie die „Deutsche Nationalzeitung“ (DNZ) von Dr. FREY in der „DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“, München, herausgegeben wird. Die Wochenaufgabe des DA beträgt etwa 10000, die der DNZ rund 90000 Exemplare.

## 5. Rechtsextremistische Jugendorganisationen

Von den parteipolitisch ungebundenen rechtsextremistischen Jugendorganisationen traten nur der „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und die „Wiking Jugend“ (WJ) zuweilen öffentlich in Erscheinung. Beide zählen zu den ältesten, seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland existierenden einschlägigen Vereinigungen.

### 5.1 Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)

Zunächst regional selbständige Bünde schlossen sich 1958 zum „Bund Heimattreuer Jugend“ (BJH) zusammen, der sich nach einer Spaltung (1961) schließlich im Jahre 1962 unter Leitung eines ehemaligen Funktionärs der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) neu konstituierte. In seinen Grundsätzen bekennt sich der BHJ „zum Reich aller Deutschen“ und strebt eine gesellschaftliche Ordnung an, „in der die Stellung des Einzelnen einzig von seiner Leistung für die Gemeinschaft bestimmt wird“. Er lehnt die demokratische Staatsverfassung ab und hält eine radikale Änderung für dringend notwendig. Er bekennt sich zum Führerprinzip. Da der BHJ in erster Linie politisch und nicht jugendpflegerisch tätig ist, hat der Bundesminister des Innern mit Verfügung vom 26. Februar 1962 den Mitgliedern des Bundes das Tragen gleichartiger Kleidungsstücke verboten.

### 5.2 Wiking Jugend (WJ)

Die „Wiking Jugend“ (WJ) entstand als „nationalbündische Jugendbewegung“ 1952 durch Zusammenschluß mehrerer gleichgesinnter Jugendorganisationen, zu denen unter anderen auch die „Deutsche Reichsjugend“, die Jugendorganisation der noch im gleichen Jahr verbotenen „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) gehörte. Die WJ ist nationalistisch-neutralistisch und antidemokratisch eingestellt. Sie will den „Volkstums- und Reichsgedanken“ rechtsextremer Prägung fördern und bekennt sich zum „Sozialismus auf völkischer Grundlage“. Der WJ wurde – durch Verfügung des Bundesministers des Innern vom 29. Oktober 1962 – ebenfalls das Tragen gleichartiger Kleidungsstücke untersagt.

Beide Jugendorganisationen schulen und beeinflussen ihre Mitglieder auf Fahrten, in Lagern, Heimabenden und Feierstunden unter anderem auch im Sinne ihrer politischen Vorstellungen. In Baden-Württemberg veranstaltete der BHJ in Alpirsbach, in Wörth und bei Biberach mehrtägige Lager, während die WJ in Genkingen/Kreis Reutlingen eine Sonnwendfeier und in Bad Herrenalb ein Sommerlager abhielt. Verschiedentlich haben Vertreter ausländischer rechtsextremistischer Jugendgruppen an Veranstaltungen beider Organisationen teilgenommen. Bei der WJ sind in jüngerer Zeit auch neonazistische Anklänge erkennbar. Einige Aktivisten neonazistischer Zirkel entstammen im übrigen

**Meine Kameraden und Kameradinnen!**

Nun sind bereits 25 Jahre verflossen, seit wir uns in Wilhelmshaven, dem Kriegshafen der Nordsee zusammenfanden, um im Rahmen einer imponierenden Kundgebung die Wiking – Jugend zu gründen. Wir, die neuen Wikinger, kannten uns in der Mehrzahl bereits sehr gut, da wir zusammen aus einer anderen nationalen Jugendorganisation, die den stolzen Namen "Reichs – jugend" trug, hervorgegangen waren, –

1952 lag der große Krieg erst 7 Jahre hinter uns, und vielleicht pulste daher in jener Zeit noch der gehegte Glaube an den Sieg unserer Fahnen in den Herzen der Deutschen. Letzthin war dies der Glaube an die Lebenskraft der europäischen Völker. Das Epos des gemeinsamen Kampfes gegen die Horden der Steppe hatte uns ein stolzes europäisches Bewußtsein geschenkt, –

Inzwischen haben wir die Segnungen der gepriesenen Liberaldemokratie kennengelernt. Sie ist gekennzeichnet durch die feige Aufgabe aller überseeischen Besitzungen unseres Kontinents, die Domestizierung der kämpferisch veranlagten weißen Rasse und den sittlichen Verfall auf allen Lebensgebieten. Es nimmt nicht wunder, daß unsere gesunde und entschiedene Lebensart in dieser herabgewürdigten Umwelt schockieren muß. Schockieren wir weiter. Die Wikinger des Jahres 1000 wußten mit diesem Stil Reiche zu gründen. Es ist Rußland, das in der Sprachableitung (Etymologie) Reich der Wikinger bedeutet. Und es waren die Soldaten des Panzerkorps Wiking, welches aus Angehörigen aller europäischen Nationen gebildet war, das in diesem Geiste im 2. Weltkrieg an die Rückeroberung dieses Reiches ging.

Das ist Europa und das ist Wikingergeist. Die Welt gehört dem Starken – bleiben wir stark!

Heil Wiking

Walter Mathaei

Altbundesführer der WJ

der „Wiking-Jugend“. Der BHI, der sich laut Satzung in Gaue, Leitstellen und Stützpunkte gliedert, hat im Bundesgebiet etwa 250, in Baden-Württemberg rund 40–50 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder der WJ, deren Organisationsstruktur allein Gaue und Horste kennt, ist für das Bundesgebiet mit rund 350 und für Baden-Württemberg mit etwa 40 zu veranschlagen.

## 6. Rechtsextremistische Publizistik

Ein wesentlicher Faktor als Multiplikator rechtsextremen Gedankengutes ist seit jeher die rechtsextremistische Publizistik. Ihre teilweise erheblich schwankende Auflagenhöhe verlief nicht selten konträr zur Mitgliederentwicklung des organisierten Rechtsextremismus. Die bekanntesten überregionalen Druckerzeugnisse sind die schon erwähnte „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) des Dr. FREY, München, das Parteiorgan der NPD, die „Deutsche Stimme“ und die „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ). Die DWZ hält zwar zur NPD äußerliche Distanz, die Verantwortlichen dieses Organs zählen aber zu den Gründungsmit-

gliedern der NPD. Die DWZ erscheint in der „Deutschen Verlagsgesellschaft mbH“ in Rosenheim in einer Auflage von 25000 Exemplaren.

Als Monatszeitschriften haben „**MUT**“ (Auflage 8000), herausgegeben von Bernhard C. WINTZEK, Asendorf, und „**Nation Europa**“ (Auflage 9500), verantwortlich Peter DEHOUST, Cöburg, eine über den organisierten Rechtsextremismus hinausreichende Bedeutung erlangt. Eine Vielzahl von organisationsgebundenen wie auch von parteipolitisch unabhängigen Publikationen erscheint in Kleinstauflagen und wird deshalb in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Hierzu zählen die meisten von neonazistischen Gruppen und Einzelaktivisten verbreiteten, zum Teil im Ausland hergestellten Pamphlete. Sie werden überwiegend nur einem bestimmten Empfängerkreis zugestellt. Eine Ausnahme bildeten die Druckschriften der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft (DVG) in Karlsruhe und die „Unabhängigen Nachrichten“ in Bochum. Ihre oft hohen Auflagen zielten bewußt auf Breitenwirkung in der Öffentlichkeit ab.

# III. Aktivitäten politisch extremer Ausländer

## 1. Allgemeiner Überblick

Von den in Baden-Württemberg Ende des Jahres 1978 lebenden 828300 Ausländern achtete die übergroße Mehrzahl Recht und Gesetz des Gastlandes. Der Anteil der Mitglieder ausländischer Extremistengruppen ist – gemessen an der Gesamtzahl der Ausländer – weiterhin gering, selbst wenn gegenüber dem Vorjahr sowohl im Bundesgebiet als auch in unserem Land ein Anstieg der Gesamtmitgliederzahlen bei gleichzeitiger Verengung des Kreises der politisch extremen Ausländergruppen zu verzeichnen ist.

### Organisationsstand und Stärke ausländischer Extremistengruppen

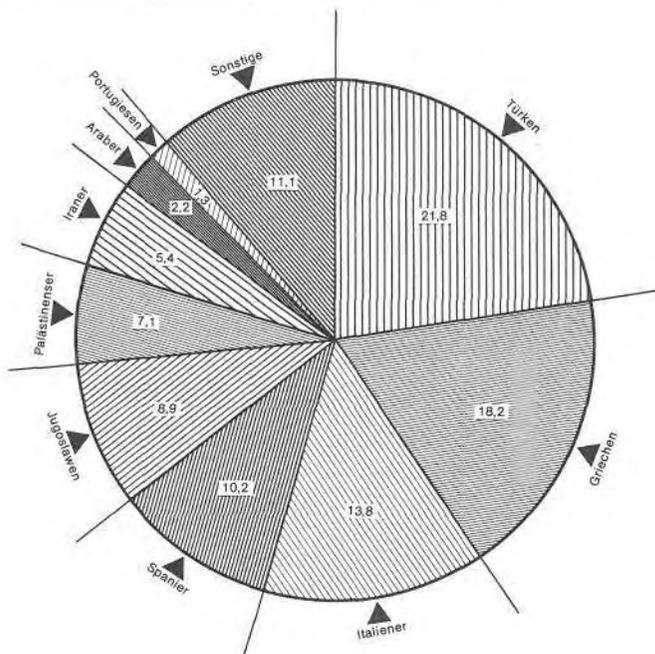
Bundesrepublik Deutschland			
Organisationen		Mitglieder	
1977	1978	1977	1978
187	146	57800	81500
Baden-Württemberg			
1977	1978	1977	1978
130	92	12000	13500

Der Rückgang der Organisationszahlen gegenüber dem Vorjahr beruht auf strukturellen Veränderungen, denen der ausländische Extremismus ständig unterworfen ist. Während ein Teil der Vereinigungen wegen Aufgabe seiner politisch extremen Zielsetzung nicht mehr der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden unterliegt, haben andere sich aufgelöst oder zusammengeslossen. Die dennoch zu verzeichnende Zunahme der Gesamtmitgliederzahl ist vor allem auf den organisatorischen Ausbau aller ausländischen orthodox- und nationalkommunistischen Gruppierungen sowie insbesondere der türkischen rechtsextremistischen Vereinigungen und die damit verbundene intensiviertere Mitgliederwerbung zurückzuführen.

Die politische Aktivität extremistischer Ausländergruppen, vornehmlich derjenigen, die zur Gewalttätigkeit neigen, richtete sich

**Anteil der Mitglieder ausländischer Extremistengruppen ist – gemessen an der Gesamtzahl der Ausländer – weiterhin gering. Zunehmende Militanz in der Auseinandersetzung um innerpolitische Probleme der Heimatländer.**

Prozentuale Aufgliederung der extremistischen Ausländervereinigungen in Baden-Württemberg



vermehrt gegen die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in den jeweiligen Heimatländern. Die Machtkämpfe im Iran, die Unruhen in der Türkei sowie die Lage im Nahen Osten, insbesondere die Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel, boten den maoistischen und sozialrevolutionären iranischen, den rechts- und linksextremistischen türkischen Vereinigungen sowie den arabisch-palästinensischen Gruppen hinreichende Ansatzpunkte für eine militante Agitation. Dabei gingen sicherheitsgefährdende Bestrebungen überwiegend von maoistisch und sozialrevolutionär orientierten Ausländern – in der Mehrzahl von Studenten – aus.

Die immer wieder propagierte und praktizierte Solidarität mit gleichgesinnten deutschen Extremisten führte nicht nur zu gegenseitigen Unterstützungsaktionen in der Form gemeinsamer Veranstaltungen oder Protestaktionen, sondern auch zu gewalttätigen Ausschreitungen gegen Ordnungskräfte.

Die **orthodox- und national-kommunistischen Parteien** Griechenlands, Italiens, Spaniens und der Türkei sowie die von ihnen beeinflussten mitgliederstarken Betreuungsorganisationen nutzten vor allem die durch die unverändert angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt und durch Integrationsprobleme bedingten Schwierigkeiten ihrer Landsleute in der Bundesrepublik Deutschland propagandistisch aus.

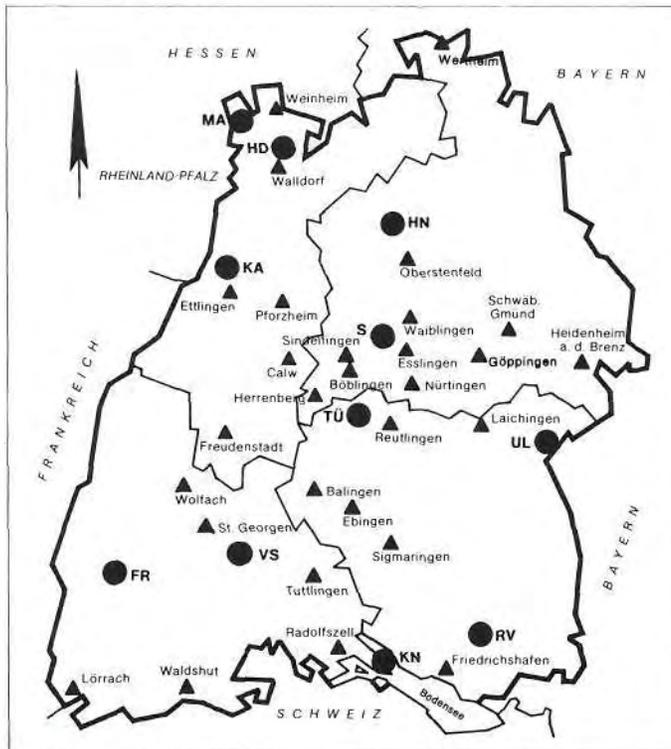
Die organisatorische und politische Tätigkeit ausländischer **rechtsextremistischer Vereinigungen** zeigte eine unterschiedliche Entwicklung. An Bedeutung weiter zugenommen haben vor allem die Organisationen der türkischen Rechtsextremisten. Dies

betrifft sowohl den Auf- und Ausbau ihrer Vereinigungen als auch den weiteren Mitgliederzuwachs. Ihr Erstarren hat die gegen sie gerichtete Kampagne, die hauptsächlich von türkischen Linksextremisten getragen wird, neu entfacht.

Innerhalb der jugoslawischen Emigration sind es unverändert vor allem die kroatischen Extremisten, die ihren „Kampf gegen Jugoslawien“ und für die Errichtung eines selbständigen und unabhängigen Staates Kroatien mit großem Fanatismus und gleichbleibender Militanz führen. Im Bundesgebiet sind jedoch 1978 keine zweifelsfrei politisch motivierten Gewaltaktionen kroatischer Emigranten bekanntgeworden. Die sonstigen, aus anderen Gründen in Opposition zum heutigen Jugoslawien stehenden Emigrantenorganisationen treten demgegenüber deutlich zurück.

● Ballungszentren extremistischer Ausländervereinigungen

▲ Orte mit extremistischen Ausländervereinigungen



Extremistische Ausländervereinigungen in Baden-Württemberg

## 2. Araber

Die bestimmenden Ereignisse für die Aktivitäten der palästinensisch-arabischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Baden-Württemberg waren die Friedensverhandlungen zwischen Ägypten und Israel sowie der Bürgerkrieg im Libanon.



Die einhellige Ablehnung des 1978 in den Bereich des Möglichen gerückten direkten Friedensschlusses zwischen Ägypten und Israel unter weitgehender Ausschaltung der Palästinenser bewirkte zumindest unter diesem Aspekt eine gewisse Annäherung zwischen den ansonsten zerstrittenen Angehörigen der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) und den Kräften der maotistisch-terroristischen „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP).

Im Gegensatz zur PFLP, die als Mitglied der „Ablehnungsfront“ stets kompromißlos den „bewaffneten Kampf“ gegen Israel gefordert hatte, hatten die Vertreter der PLO schon früher in der Frage eines Friedens im Nahen Osten eher eine gemäßigte Haltung eingenommen. Um so mehr war nunmehr der Repräsentant der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) beim Bonner Büro der „Liga der arabischen Staaten“, Dr. AL FRANGI, bemüht, seine Landsleute, die einer Vielzahl von Widerstandsgruppen und sonstigen Vereinigungen mit wechselnden politi-

schen Perspektiven angehören, nicht nur organisatorisch straffer zu erfassen, sondern auch politisch auf die Parole „Ablehnung jeglicher Friedensverhandlungen mit Israel“ festzulegen.

Als Sprachrohr der ideologischen Linie der PLO trat zunehmend der bereits im Mai 1977 gegründete **„Palästinensische Studentenverband“ (PSV)** hervor, der inzwischen in den Universitätsstädten Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Freiburg und Konstanz organisatorisch Fuß fassen konnte und öffentlich vor allem durch Flugblattaktionen und das Verteilen von Publikationen auf sich aufmerksam machte. Der PSV Heidelberg löste sich freilich schon im Mai 1978 wieder auf, da es den Funktionären nicht gelungen war, die palästinensischen Studenten im Raum Heidelberg politisch zu aktivieren.

Mit dem „Palästinensischen Studentenverband“ (PSV) arbeiten **„General-Union Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (GUAS)** sowie die ihr angehörenden **„Arabischen Studentenvereine“ (ASV)** an den Universitäten in Heidelberg, Stuttgart und Freiburg eng zusammen.

Die politische Aktivität der Hilfsorganisationen des „Palästinensischen Widerstandes“ gewann durch die stärkere Zusammenarbeit mit den vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) und von der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) getragenen „Nahost“- „Nahost-Mittelost“- und „Palästina-Komitees“ an Bedeutung. Die an den Universitäten Karlsruhe, Heidelberg, Stuttgart und Freiburg bestehenden Komitees intensivierten ihre Versuche, deutsche Studenten, Arbeiter und Praktikanten sowie andere Gruppen zu beeinflussen und für die „Palästinensische Sache“ zu gewinnen. Im Rahmen bundesweiter Aktionen traten sie mehrfach mit sogenannten „Solidaritätsveranstaltungen“ an die Öffentlichkeit.

So führte am 11. Februar 1978 das „Nahost-Komitee“ Heidelberg mit dem „Palästinensischen Studentenverband“ eine Solidaritätsveranstaltung unter dem Motto „13 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes“ in Heidelberg durch. Als Vertreter der PLO sprach Dr. AL FRANGI, der betonte, daß die Parole für die Befreiung Palästinas „Kampf“ heiße.

Dasselbe Komitee veranstaltete zusammen mit anderen ausländischen und deutschen linksextremen Vereinigungen am 24. Mai 1978 in Mannheim eine öffentliche Veranstaltung, an der etwa 600 Personen teilnahmen. Im Aufruf zu dieser Veranstaltung wurde die Bundesregierung zur sofortigen Anerkennung der PLO und zur Einstellung der Unterstützung Israels aufgefordert.

Wie bereits seit einigen Jahren bei den palästinensischen Studenten, so versuchen Dr. AL FRANGI und andere PLO- und FATAH-Funktionäre nunmehr auch bei den palästinensischen Arbeitern in der Bundesrepublik Deutschland mehr Einfluß zu gewinnen. Sie fordern zu konstruktiver Arbeit im Sinne des „Palästinensischen Widerstands“ und zur Gründung weiterer „Palästinensischer Arbeitervereine“ auf. Diese sollen die politischen Interessen der 1972 durch den Bundesminister des Innern verbotenen „Gene-

ral-Union Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) vertreten. Indessen blieben diese Bemühungen – zumindest in Baden-Württemberg – bislang ohne größere Resonanz. Versuche, die Vereine in Stuttgart und Mannheim zu aktivieren, sind – unter anderem wegen interner Streitigkeiten – mehrfach gescheitert.

Inwieweit die die „palästinensische Sache“ unterstützenden Aktivitäten der im Bundesgebiet tätigen arabischen Organisationen sich mit der operativen Tätigkeit konspirativ arbeitender Zellen des „Palästinensischen Widerstands“ überlappen, kann gegenwärtig nicht auf der Grundlage ausreichend gesicherter Erkenntnisse beantwortet werden. Obgleich die Bundesrepublik Deutschland 1978 von Terroranschlägen palästinensischer Kommandos verschont blieb, können auch in Zukunft – nicht zuletzt angesichts der internationalen Verflechtungen des Terrorismus – palästinensische oder von Palästinensern unterstützte Kommandounternehmen gegen deutsche Institutionen, Personen oder Interessen nicht ausgeschlossen werden.

### 3. Türken

Unter den Ausländern in Baden-Württemberg stellen die Türken seit einigen Jahren den größten Anteil. Ihrer zahlenmäßigen Stärke entspricht auch ihre organisatorische Vielfalt im kulturellen, aber auch im politischen Bereich. Zu dieser Entwicklung tragen nicht zuletzt die latenten innenpolitischen Krisenerscheinungen in der Türkei bei, die sich im Verhalten eines Teils der in unserem Land lebenden Türken widerspiegeln.

Da es nach dem türkischen Parteiengesetz verboten ist, Auslandsorganisationen zu unterhalten, betreuen türkische links- und rechtsextremistische Parteien ihre Mitglieder und Sympathisanten in der Bundesrepublik Deutschland durch zahlreiche Hilfs- und Tarnorganisationen und versuchen gleichzeitig, auf diese Weise für sich neue Mitglieder unter ihren Landsleuten zu werben. So wurde im Februar 1978 die maoistische „**Föderation Türkischer Volksgemeinschaften in Europa**“ (HBF) mit Hauptsitz in Frankfurt/M. gegründet. Diese Föderation ist als die europäische Auslandsorganisation der linksextremistischen „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ (TIKP) anzusehen, der Nachfolgeorganisation der in der Türkei verbotenen „Revolutionären Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei“ (TIKP). In Baden-Württemberg ist der Föderation bisher ein türkischer Arbeitnehmerverein in Radolfzell als Mitgliedsorganisation beigetreten.

Zu den aktivsten Organisationen der türkischen „Neuen Linken“ im Bundesgebiet haben sich zwischenzeitlich die von der illegalen maoistischen „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) beeinflusste „**Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V.**“ (ATIF) mit Mitgliedsorganisationen in Heilbronn und Stuttgart sowie die „**Studentenföderation der Türkei in Deutschland e.V.**“ (ATÖF) mit Mitgliedsorganisationen in Stuttgart und Konstanz entwickelt. Der 1977 in Düsseldorf gegründeten orthodox-kommunistisch

Publikationen ausländischer, insbesondere türkischer extremistischer Gruppen



beeinflussten „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF) gehören in Baden-Württemberg gegenwärtig 15 Mitgliedsorganisationen an. Die rechtsextremistische türkische „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP), die aufgrund eines Beschlusses des türkischen Verfassungsgerichts vom Juni 1976 ihre Auslandsorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland auflösen mußte, hat ihre daraufhin zunächst geübte Zurückhaltung zwischenzeitlich aufgegeben. Als angebliches Gegengewicht zu den maolistischen und orthodox-kommunistischen türkischen Gruppierungen gründete sie im Juni 1978 in Frankfurt/M. als Dachverband für die von ihr beeinflussten türkischen Organisationen die „Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“ (ADÜTDF). Dem Vorstand der Föderation gehören derzeit 4 türkische Staatsangehörige an, die ihren Wohnsitz in Baden-Württemberg haben. Inzwischen sind 25 „Türkische nationale Kulturvereine“, „Türkische Gemeinschaften“ und Türkische Arbeitnehmer-Vereine“ in Baden-Württemberg von der

MHP/ADÜTDF unterwandert oder werden sogar bereits von ihr gesteuert. Dabei bildeten sich Schwerpunkte vor allem in den Städten Mannheim, Heilbronn, Waiblingen, Stuttgart, Böblingen, Reutlingen und Ulm. Zu einer politischen Kundgebung der rechtsextremistischen MHP steigerte sich die vom **„Beistandsverein türkischer Arbeiter in Ulm/Neu-Ulm“** als Folkloreveranstaltung getarnte Versammlung am 4. Mai 1978 in der „Donauhalle“ in Ulm, auf der der Vorsitzende der MHP in der Türkei, Alparslan TÜRKES, vor über 4000 Türken aus dem gesamten Bundesgebiet und dem Ausland sprach.

Seit Gründung der ADÜTDF konnte die MHP ihren politischen Einfluß auf türkische Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland wieder beträchtlich erweitern. Dies trug offenbar dazu bei, daß der schon seit mehreren Jahren gegen Mitglieder der MHP gerichtete Vorwurf der Terrorisierung politisch andersdenkender Landsleute verstärkt erhoben wurde.

#### 4. Iraner

Die innenpolitischen Verhältnisse im Iran motivierten und prägten nicht nur die vorgeblich politische Arbeit der im Bundesgebiet agierenden linksextremen iranischen Vereinigungen, sondern führten auch zu heftigen internen Kontroversen über die taktischen Möglichkeiten einer Revolution im Iran, deren primäres Ziel der Sturz des „Schah-Regimes“ war.

Dabei kam es wegen der politischen und wirtschaftlichen Verbindungen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Iran auch zu massiven Angriffen gegen die politische Führung in Bund und Ländern. Die schon seit längerer Zeit andauernden ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der iranischen Studentenverbände im Bundesgebiet führten 1978 zur faktischen Spaltung der linksextremistischen Dachorganisation „Conföderation Iranischer Studenten – National Union“ (CISNU) in mehrere sozialrevolutionäre, maoistisch-prochinesische und proalbanische Gruppen. Dabei erstrebte der sozialrevolutionäre Flügel von Anfang an den direkten Sturz der Monarchie im Iran durch Guerillatätigkeit und unterstützte deshalb die im Iran kämpfenden Untergrundgruppen, während die maoistisch und proalbanischen Gruppen die „iranischen Massen“ erst ideologisch für die Revolution vorbereiten und sodann den Umsturz im Iran durch einen allgemeinen Aufstand herbeiführen wollten.

An den zahlreichen, von linksextremistischen iranischen Gruppierungen in der Bundesrepublik Deutschland veranstalteten Protest- und Flugblattaktionen beteiligten sich vor allem die maoistische „Conföderation Iranischer Studenten“ (CIS) sowie ihr Mitgliedsverband, die „Föderation Iranischer Studenten“ (FIS). In Baden-Württemberg waren dies in erster Linie die der FIS angeschlossenen „Iranischen Studentenvereine“ (ISV) an den Universitäten in Heidelberg, Karlsruhe, Tübingen, Freiburg und Konstanz. Bei ihren Aktionen wurden sie von deutschen Gruppen der „Neuen Linken“ mehrfach unterstützt.

Die gegen Ende des vergangenen Jahres zunehmende Verschärfung der politischen Lage im Iran bewirkte auch eine deutliche Eskalation der Aktionen iranischer linksextremistischer Vereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland:

Im November und Dezember 1978 demonstrierten in vielen Städten iranische Extremisten gegen das „Schah-Regime“ und die zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Militärregierung im Iran. An den Demonstrationen beteiligten sich auch türkische sowie deutsche Extremisten. Dabei kam es insbesondere bei der von Angehörigen der sozialrevolutionären und maoistischen Gruppierungen der „Conföderation Iranischer Studenten – National Union“ (CISNU), von der maoistischen „Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATÖF) und von dogmatischen sowie undogmatischen Gruppen der deutschen „Neuen Linken“ getragenen „zentralen Demonstration“ am 25. November 1978 in Frankfurt zu schweren Ausschreitungen. Als Polizeibeamte das Vordringen der Demonstranten zum US-Generalkonsulat zu verhindern suchten, kam es zu einer Straßenschlacht, in deren Verlauf etwa 140 Polizeibeamte und eine unbekannte Zahl von Demonstranten verletzt wurden.

Im Dezember verbreitete die CISNU in verschiedenen Städten, darunter in Heidelberg, Freiburg und Konstanz, eine Erklärung zur Frankfurter Demonstration vom 25. November 1978 mit dem Untertitel „„Die Perser‘ einsammeln, verhaften, abschieben!““. Darin macht die CISNU die staatlichen Stellen für den gewalttätigen Ausgang der Demonstration verantwortlich, da nach ihrer Ansicht „der Brauch, mit Pogromstimmung politische Geschäfte abzuwickeln, in Deutschland ungebrochen geblieben ist“. Außerdem sei die Bundesregierung „an stabilen Verhältnissen im Iran interessiert – das heißt an der Erhaltung des gegenwärtigen faschistischen Regimes“. Der Polizei wurde vorgeworfen, sie habe sich bei CISNU-Demonstrationen „stets als Amtshelfer für den persischen Geheimdienst“ ausgezeichnet.

## 5. Griechen

Von den beiden „Kommunistischen Parteien Griechenlands“ (KKE) ist die prosovjetsche KKE-Ausland, die auch den „Bund griechischer Gemeinden“ in der Bundesrepublik Deutschland politisch beeinflusst, die aktivste und mitgliederstärkste Vereinigung griechischer Extremisten. Die national-kommunistische KKE-Inland hat dagegen politisch weiter an Bedeutung verloren und ist nahezu inaktiv.

Die KKE-Ausland ist der orthodox-kommunistische Flügel der seit 1968 gespaltenen KKE, die sich im September 1974 – nach 27jährigem Verbot – als legale Partei in Griechenland neu konstituiert hatte. Der Erfolg bei den griechischen Parlamentswahlen im November 1977 ließ die Mitgliederzahl der KKE-Ausland im Bundesgebiet auf etwa 3000 ansteigen. Die nahezu 700 Mitglieder in Baden-Württemberg sind in 20 Basisgruppen organisatorisch erfaßt. Leiter der KKE-Ausland in der Bundesrepublik Deutschland ist Diogenis LAMBRIANIDIS, Sindelfingen.

Auf dem X. Parteitag der KKE-Ausland im Mai 1978 in Athen verabschiedete das Zentralkomitee mehrere Thesen, in denen die Partei ihre künftige Strategie festlegte. Darin wurde unter anderem zur Arbeit der Parteiorganisation im Ausland Stellung genommen und eine weitere Intensivierung der Agitation unter den außerhalb Griechenlands lebenden Landsleuten gefordert. Besonderes Gewicht soll dabei auf die Qualität der politischen Schulung und die „Popularisierung der Parteilinie“ gelegt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch eine engere Kooperation mit der „deutschen Bruderpartei“, der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) befürwortet.

Schwerpunkte der Tätigkeit der KKE-Ausland waren 1978 die Straffung der Parteiarbeit, die Eingliederung und Schulung der neugewonnenen Mitglieder und die Heranbildung weiterer Führungskader. Weiter war man um den Ausbau der Jugendorganisation **„Kommunistische Jugend Griechenlands“ (KNE)** sowie um eine verstärkte Einflußnahme auf die örtlichen Gliederungen des **„Bundes Griechischer Gemeinden“ (OEK)** bemüht.

Von der **„Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Griechenlands“ (ML-KKE)** und der **„Kommunistischen Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten“ (KKE-ML)**, die beide aus der „Organisation griechischer Marxisten-Leninisten“ (OEML) hervorgingen, sind 1978 nur noch wenige Aktionen mit Öffentlichkeitswirkung bekannt geworden. Von den in Baden-Württemberg bestehenden fünf örtlichen Gruppen der ML-KKE hat lediglich die Gruppe Tübingen noch eine gewisse Aktivität entfaltet.

Seit der Wiedererrichtung der Demokratie in Griechenland haben griechische Rechtsextremisten, die unverändert eine dem ehemaligen Militär-Regime ähnliche Regierungsform anstreben, weiter an Einfluß bei ihren Landsleuten verloren. Auf der Generalversammlung der einzigen in Baden-Württemberg noch bestehenden, jedoch durch Auflösungstendenzen geschwächten **„Fortschrittlichen Vereinigung der Griechen in Baden-Württemberg e. V.“ (PEE)** im Juni 1978 in Stuttgart traten die etwa 100 Teilnehmer zwar für den Fortbestand der Vereinigung ein; mögliche Wege zu einem neuen politischen Aufschwung wurden indessen nicht sichtbar.

## 6. Italiener

Die bereits 1977 vollzogene Neugliederung der „Kommunistischen Partei Italiens“ (PCI) in der Bundesrepublik Deutschland in drei Gebietskomitees, wobei Baden-Württemberg und Bayern das „Gebietskomitee Süd“ bilden, brachte der Partei lediglich eine nach außen kaum erkennbare Straffung der Organisation, nicht aber den erhofften Aufschwung.

Mit etwa 4200 Mitgliedern blieb die zahlenmäßige Stärke der PCI im Bundesgebiet nahezu unverändert. Von dem Gebietskomitee Süd der PCI, das seinen Sitz in Stuttgart hat und von Mario CIALLINI geleitet wird, werden etwa 1800 Mitglieder erfaßt. In Ba-

den-Württemberg ist die PCI in 17 Städten organisatorisch vertreten. Die größte von der PCI gesteuerte Massenorganisation, der **„Italienische Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien“ (FILEF)**, konnte trotz Angleichung ihrer Organisationsstruktur an diejenige der PCI ihre „Basisarbeit“ im Bundesgebiet nicht wie erhofft ausweiten.

## 7. Jugoslawen

Baden-Württemberg zählt weiterhin zu den regionalen Schwerpunktgebieten der kroatischen Emigration im Bundesgebiet. Soweit dies offen erkennbar ist, konzentriert sich deren Tätigkeit auf die Ballungszentren Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe, auf den Raum Freiburg, Lörrach, Kehl und Offenburg sowie auf den Bodenseeraum.

Aktivitäten kroatischer Extremisten sind im vergangenen Jahr fast ausschließlich von dem 1974 in Toronto/Kanada als Dachorganisation kroatischer Emigrantenvereinigungen gegründeten **„Kroatischen Nationalrat“** (HNV) mit Sitz in New York/USA ausgegangen. In der Bundesrepublik Deutschland verfügt der HNV inzwischen über 40 Ortsausschüsse, davon allein 11 in Baden-Württemberg, mit insgesamt etwa 1100 Mitgliedern, von denen rund 50 Prozent gleichzeitig den folgenden HNV-Mitgliedsorganisationen angehören:

- „Kroatische Republikanische Partei“ (HRS)
- „Kroatisches National-Komitee“ (HNO)
- „Vereinigte Kroaten Europas“ (UHE) und
- „Vereinigte Kroaten in Deutschland“ (UHNJ).

Eine rege Tätigkeit entfaltete der HNV im Jahre 1978, als Jugoslawien im Anschluß an das Ersuchen der Bundesregierung um Auslieferung von vier in Zagreb festgenommenen deutschen mutmaßlichen Terroristen die Auslieferung von acht im Bundesgebiet lebenden Exilkroaten forderte. Als erste Reaktion darauf gründeten führende Vertreter des „Kroatischen Nationalrats“ einen „Koordinationsausschuß“ der HNV-Ortsverbände in der Bundesrepublik Deutschland. Dieser Ausschuß organisierte in der Folgezeit in mehreren Großstädten des Bundesgebiets Demonstrationen, bei denen zahlreiche Exilkroaten gegen das Auslieferungsbegehren Jugoslawiens protestierten. In der Öffentlichkeit erregte das Verhalten der Kroaten besonderes Aufsehen, als in Karlsruhe anläßlich einer solchen Demonstration ein Transparent mit der Aufschrift: „Ein Kroat – zwei deutsche Polizisten“ gezeigt wurde. Dieses bewußt provozierende Vorgehen einiger besonders fanatischer Exilkroaten stieß freilich selbst innerhalb der kroatischen Emigration auf wenig Verständnis. Dennoch zeichnen sich zahlreiche Publikationen kroatischer Emigrantenorganisationen noch immer durch besondere Militanz aus. So wurden auf sogenannten Festveranstaltungen des HNV, die im April 1978 aus Anlaß des Jahrestages der Gründung des unabhängigen Staates Kroatien in Stuttgart stattfanden, Broschüren mit dem Titel „Anleitungen für den Befreiungskampf“ verteilt. In der Schrift,



die „den für den Staat Kroatien gefallenen Kämpfern“ gewidmet ist, heißt es im Vorwort:

„... Das Hauptquartier der kroatischen Befreiungskräfte hat beschlossen, sich zu erheben und systematisch revolutionäre Unternehmen auszuführen mit dem Ziel der Befreiung des kroatischen Volkes und der Errichtung eines selbständigen Staates Kroatien...“

Als Herausgeber war ein fiktives „Hauptquartier der kroatischen Befreiungskräfte“, als Erscheinungsort und -jahr „Zagreb 1977“ genannt.

Innerhalb des „Kroatischen Nationalrates“, insbesondere unter den Funktionären, machen sich zunehmend Spannungen bemerkbar, die teils auf persönlichen Rivalitäten, teils auf unterschiedlichen politischen Auffassungen beruhen. Während die Vorstellungen der sogenannten „Altemigranten“ von einem „unabhängigen Staat Kroatien“ auf eine völlige „Ausmerzungen“ des Kommunismus hinzielen, befürworten die Anhänger des „kroati-

schen Frühlings", einer innerjugoslawischen oppositionellen Strömung der Jahre 1971/72, ein selbständiges Kroatien sozialistischer Prägung. Da die Gegensätze zwischen beiden Gruppierungen, wie es scheint, unüberbrückbar sind, ist ein Zerfall des „Kroatischen Nationalrates“ (HNV) nicht mehr auszuschließen. Die häufig mit äußerster Brutalität und unter Beachtung konspirativer Regeln geführten Auseinandersetzungen zwischen Exilkroaten und der jugoslawischen Regierung loyal gegenüberstehenden Personen dauern an. Dieser Bereich entzieht sich aber einerseits häufig einer exakten Aufhellung durch die Sicherheitsbehörden. Zum anderen sind anfallende Erkenntnisse aus der insoweit notwendigerweise betriebenen Aufklärungstätigkeit einer Offenlegung in der Regel nicht zugänglich.

# IV. Zur Situation auf dem Gebiet der Spionagebekämpfung

## Unverminderte geheimdienstliche Operationen gegen die Bundesrepublik Deutschland und die NATO.

### 1. Allgemeiner Überblick

Die Nachrichtendienste der kommunistischen Staaten setzen ihre geheimdienstlichen Operationen gegen die Bundesrepublik Deutschland und die NATO unvermindert fort. Die Anstrengungen dieser Nachrichtendienste kennzeichnen die Bedeutung, die die Staaten des Warschauer Paktes der militärischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Ausspähung nicht-kommunistischer Länder beimessen.

Gegenüber 1977, als nach dem kräftigen Anstieg der beim Landesamt für Verfassungsschutz in den Jahren 1975 und 1976 eingegangenen Verdachtshinweise ein leichter Rückgang festzustellen war, stieg die Zahl der Hinweise im Jahr 1978 wieder an und erreichte eine Höhe, die über dem langjährigen Durchschnitt liegt. Rund 60% der dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Kenntnis gelangten Meldungen stammen von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. In ungefähr 25% der Fälle machten Polizeidienststellen auf mögliche nachrichtendienstliche Hintergründe aufmerksam. Die übrigen Hinweise kamen von der Industrie, von Verwaltungsbehörden und Privatpersonen.

### 2. Umfang des gegnerischen Agenteneinsatzes, Werbungsmethoden und Werbungsmittel

Seit Jahren gehen rund 70–75% der gesamten nachrichtendienstlichen Aktivitäten der Warschauer-Pakt-Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland von den Nachrichtendiensten der DDR aus. Diese nutzen dabei die besonderen politischen, gesellschaftlichen und geographischen Verhältnisse im geteilten Deutschland aus, die ihnen vergleichsweise günstige Voraussetzungen für die Rekrutierung, die verhältnismäßig gefahrlose Führung und eine zentrale Steuerung ihrer Agenten bieten. Der umfangreiche und auf westlicher Seite völlig freizügige Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem gesamten Ostblock ermöglicht es aber auch den Nachrichtendiensten der anderen kommunistischen Staaten, Agententreffen im eigenen Land oder im Ausland abzuwickeln und dadurch das Risiko einer Enttarnung zu verringern.

Die Methoden dieser Nachrichtendienste sind weitgehend unverändert geblieben. Die meisten Personen werden bei Verwandtenbesuchen, Messe- und Urlaubsreisen oder bei beruflichen Aufenthalten im Ostblock zur Mitarbeit aufgefordert. Den Besu-

chern aus dem Bundesgebiet werden dabei neben finanziellen Angeboten nicht selten zusätzliche persönliche Vergünstigungen, etwa weitere künftige Einreisebewilligungen, zugesagt. Auch Straffreiheit bei angeblichen – gelegentlich provozierten – Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen wird zugesichert.

### **3. Führungs- und Verbindungswesen**

Im Führungs- und Verbindungswesen waren 1978 keine wesentlichen Änderungen festzustellen. Der persönliche Treff – vorzugsweise in Ostberlin – steht noch immer an erster Stelle. Daneben werden Kuriere, Deckadressen, Geheimschriften und der Agentenfunk verwendet. Nach der Ausweitung der Fernsprechverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR wird insbesondere der Selbstwählverkehr zunehmend für nachrichtendienstliche Zwecke genutzt. Genießt der Agent das Vertrauen der Führungsstelle und gilt es, ihn besonders zu schützen, etwa weil er Geheimnisträger ist oder sich durch häufigere Berlin-Reisen verdächtig machen würde, werden Treffs gelegentlich auch außerhalb des kommunistischen Machtbereiches durchgeführt. Im Regelfall werden solche Agenten von speziell dafür eingesetzten Instruktoren aufgesucht, die mit gefälschten Ausweisen in die Bundesrepublik Deutschland einreisen.

### **4. Briefansprachen**

In den vergangenen Jahren war eine Zunahme der Fälle festzustellen, in denen die DDR-Nachrichtendienste Bundesbürgern, die sich mit Zeitungsinseratenum neue Arbeitsplätze bemühten, Scheinangebote machten. Zugenommen hat aber auch die Zahl der Briefansprachen, denen kein Stelleninserat zugrunde lag. Ein Teil der so Angesprochenen erklärte das Interesse der DDR-Nachrichtendienste an ihrer Person damit, daß sie möglicherweise bei Reisen in die DDR bekanntgeworden seien. Bei anderen, die noch nie in der DDR oder in einem sonstigen Ostblockland waren und auch keinerlei Beziehungen dorthin unterhalten, ist jedoch im allgemeinen nicht zu erkennen, was die DDR-Nachrichtendienste zu dem Anbahnungsversuch veranlaßte. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sie von Informanten aus ihrem Bekanntenkreis „getippt“, d. h. als zur Anwerbung möglicherweise geeignete Person dem östlichen Nachrichtendienst namhaft gemacht worden sind.

### **5. Aussiedler als Ziel nachrichtendienstlicher Werbung**

Von jeher nützen die Nachrichtendienste der Ostblockstaaten auch Aussiedlungsbemühungen für die Anwerbung und Einschleusung von Agenten in die Bundesrepublik Deutschland. Dies gilt besonders für die polnischen, rumänischen, tschechoslowakischen und ungarischen Nachrichtendienste.

Viele Aussiedler wollen ihre Beziehungen zur früheren Heimat aufrechterhalten; diese Absicht bietet nicht selten Ansatzpunkte für den Versuch, sie als Agenten zu gewinnen und zu führen. Werbungsmitel sind dabei die Zusage der Beschleunigung der Ausreiseformalitäten, die Genehmigung der Mitnahme von Vermögenswerten oder späterer Besuchsreisen, aber auch die Androhung von Repressalien gegenüber zurückbleibenden Familienangehörigen im Falle der Verweigerung der Mitarbeit. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte von Helsinki veranlaßte viele Menschen in den Ostblockstaaten, die Bemühungen um ihre Aussiedlung zu verstärken. Damit hat sich naturgemäß auch die Zahl der Personen erhöht, die vor der sehnlichst erhofften Aussiedlung von den kommunistischen Nachrichtendiensten zur Mitarbeit aufgefordert werden.

## **6. Legale Residenturen**

Die Benutzung amtlicher und halbamtlicher Vertretungen im Ausland als nachrichtendienstliche Stützpunkte, sogenannte „legale Residenturen“, gehört auch weiterhin zu den klassischen Methoden der kommunistischen Geheimdienste. In der Arbeitsweise hat sich in den letzten Jahren allerdings einiges geändert: Die Einhaltung konspirativer Regeln wird nicht mehr besonders beachtet. Die veränderte Einstellung der Bevölkerung zu Angehörigen dieser Vertretungen, begleitet von einer größeren Bereitschaft zu offenen Gesprächen mit diesem Personenkreis, hat auch Umfang und Methodik der Nachrichtenbeschaffung beeinflußt. Die legalen Residenturen in der Bundesrepublik Deutschland haben deshalb den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit darauf gelegt, alle sich bietenden Möglichkeiten zu nützen, um das verwertbare Wissen ihrer Gesprächspartner zu erschließen („abzuschöpfen“), ohne daß diesen der nachrichtendienstliche Hintergrund des Interesses erkennbar wird.

## **7. Die Ziele der Spionage**

Das sachliche Schwergewicht der nachrichtendienstlichen Aktivitäten der kommunistischen Geheimdienste lag auch 1978 bei der politischen und militärischen Ausspähung sowie bei der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage, außerdem bei Aufträgen vorbereitender Art. Bei der Wirtschaftsspionage standen wie in den vergangenen Jahren die Elektroindustrie und die elektronische Datenverarbeitung im Vordergrund. Weitere vorrangige Ausspähungsobjekte waren die Rüstungsindustrie, chemische Betriebe, Anwendungsbereiche der Nuklearphysik, das Kernforschungszentrum Karlsruhe sowie Betriebe des Fahrzeug-, Luftfahrzeug- und Schiffbaus.

# Gruppen- und Organisationsregister

	Seite
<b>A</b>	
Aktion Neue Rechte (ANR)	63
Aktion Oder-Neiße (AKON)	83
Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)	66, 74 f.
Aktionsgemeinschaft Nationales Europa (ANE)	69
Antirepressionsgruppe Stuttgart	22
Arabische Studentenvereine (ASV)	92
Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB)	45
Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP)	93
Assoziation Marxistischer Studenten – Spartakus (AMS Spartakus)	57
<b>B</b>	
Beistandsverein türkischer Arbeiter in Ulm/Neu-Ulm	95
Bewegung 2. Juni	17
Bürger- und Bauerninitiative e. V. (BBI)	64, 67 f.
Bund griechischer Gemeinden (OEK)	96
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	85
Bund Kommunistischer Arbeiter (BKA)	28
Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)	47
<b>C</b>	
Conföderation Iranischer Studenten (CIS)	95
Conföderation Iranischer Studenten-National-Union (CISNU)	95 f.
<b>D</b>	
Deutsch-Völkische Gemeinschaft (DVG)	71 ff., 84
Deutsche Bürgerinitiative e. V. (DBI)	64, 67, 76
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK)	57
Deutsche Friedensunion (DFU)	57
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	16, 40, 47 ff., 53 f., 55 ff., 57, 60, 97

	Seite
Deutsche Reichspartei (DRP)	76, 85
Deutsche Sozialistische Volkspartei (DSVP)	63
Deutsche Volksunion (DVU)	83
Deutscher Block (DB)	83
 <b>F</b>	
Fantasia-Solidaritätskomitee	22
Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa (ADÜTDF)	94
Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF)	93
Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepu- blik Deutschland e.V. (FIDEF)	94
Föderation Iranischer Studenten (FIS)	95
Föderation Türkischer Volksgemeinschaften in Europa (HBF)	93
Fortschrittliche Vereinigung der Griechen in Baden-Württem- berg e.V. (PEE)	97
Forum Neue Erziehung	42
Freiheitlicher Rat	83
Fuerza Nueva	82
 <b>G</b>	
Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter (GOG)	83
General-Union Arabischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin (GUAS)	92
General-Union Palästinensischer Arbeiter (GUPA)	93
Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV)	34
Griechische Kommunistische Partei (KKE)	96
Griechische Kommunistische Partei (KKE-Ausland)	96
Griechische Kommunistische Partei (KKE-Inland)	96
Gruppe Internationale Marxisten (GIM)	17, 46
 <b>H</b>	
Hochschulring Tübinger und Reutlinger Studenten e.V.	69

	Seite
<b>I</b>	
Iranische Studentenvereine (ISV)	95
Italienischer Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien (FILEF)	98
<b>J</b>	
Jugendbund Adler (JBA)	83
Junge Nationaldemokraten (JN)	65, 77 f., 81 f.
Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP)	53, 55 f.
<b>K</b>	
Kampfbund Deutscher Soldaten (KDS)	64, 68 f., 75
Kampfgruppe Priem e.V. (KGP)	75
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	57
Komitee gegen (die) Folter an politischen Gefangenen in der BRD	21
Komitee gegen den § 218	34
Kommunistische Gruppe/Neues Rotes Forum (KG/NRF)	28
Kommunistische Hochschulgruppe (KHG)	34, 58, 61
Kommunistische Jugend Griechenlands (KNE)	97
Kommunistische Liga (KL)	17, 47
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	17, 40 ff., 58, 60 f., 92
KPD-Aufbauorganisation (KPD/AO)	40
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)	16 f., 35 ff., 59 f.
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (Revolutionärer Weg) KPD/ML (RW)	43
Kommunistische Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten (KKE-ML)	97
Kommunistische Partei Italiens (PCI)	97
Kommunistische Studentengruppen (KSG)	43, 58 f.
Kommunistische Studentengruppen/Marxisten-Leninisten (KSG/ML)	59
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	17, 43 ff., 59, 61

	Seite
Kommunistischer Arbeiterbund/Marxisten-Leninisten (KAB/ML)	43
Kommunistischer Bund (KGB)	17, 45
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	16f., 28ff., 36, 58, 60f., 92
Kommunistischer Jugendbund (KJB)	34
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)	42
Kommunistischer Studentenbund/Marxisten-Leninisten (KSB/ML)	38, 59f.
Kommunistischer Studentenverband (KSV)	42, 58
Kroatische Republikanische Partei (HRS)	98
Kroatischer Nationalrat (HNV)	98ff.
Kroatisches National-Komitee (HNO)	98
<b>L</b>	
Liga gegen den Imperialismus	42
Liste für den Aufbau von Fachschaften	61
<b>M</b>	
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Griechen- lands (ML-KKE)	97
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	53, 57, 60
<b>N</b>	
Nahostkomitee	92
Nahost-Mittelostkomitee	92
National-Freiheitliche Rechte	62, 83f.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	34, 62f., 66, 75, 76ff., 86f.
Naturpolitische Volkspartei (NPV)	63
NS-Gruppen	64ff.
NS-Gruppe Neufeld	75f.
NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)	64
<b>O</b>	
Organisation griechischer Marxisten-Leninisten (OEML)	97

**P**

Palästina-Komitee	92
Palästinensische Befreiungsfront (PLO)	91 f.
Palästinensischer Studentenverband (PSV)	92
Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) – türkische –	94 f.

**R**

Rechtsblock für Arbeiter, Bauern und Soldaten (RB)	63
Revolutionäre Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei (TIKP)	93
Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)	38
Revolutionäre Landvolkbewegung (RLB)	38 f.
Revolutionäre Zellen (RZ)	14 ff., 24 ff.
Revolutionärer Jugendverband Deutschlands (RJVD)	43 f.
Rote Armee Fraktion (RAF)	13 f., 17 ff.
Rote Garde	38, 59 f.
Rote Hilfe (autonome)	21
Rote Hilfe e. V. (RH)	42
Rote Hilfe Deutschlands (RHD)	38 f.
RUSSELL-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland	46

**S**

Soldaten- und Reservistenkomitee (SRK)	34
Sozialistische Arbeitergruppe (SAG)	47
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	53 ff.
Sozialistischer Hochschulbund (SHB)	57 f., 60
Sozialistischer Jugendbund (SJB)	47
Spartacusbund	46 f.
Studentenföderation der Türkei in Deutschland e. V. (ATÖF)	93, 96

**T**

Türkische Gemeinschaften	94
--------------------------	----

	Seite
Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	93
Türkischer Arbeitnehmer-Verein	94
Türkische Nationale Kulturvereine	94
 <b>V</b>	
Vereinigte Kroaten Europas (UHE)	98
Vereinigte Kroaten in Deutschland (UHNJ)	98
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	57
Vereinigung Kultur und Volk (VKV)	42 f.
Vlaamse Militante Orde	82
Volksblock – Naturpolitische Volksbewegung	63
Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP)	91
 <b>W</b>	
Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)	69
Wehrsportgruppe Schleswig-Holstein	66 f.
Wiking-Jugend (WJ)	66, 83, 85 f.

# Impressum

**Herausgeber und  
verantwortlich  
für den Inhalt:**

Innenministerium  
Baden-Württemberg  
Dorotheenstraße 6  
7000 Stuttgart 1

**Layout und Produktion:-**

Klaus Grundgeiger,  
Andreas Karl  
Heusteigstraße 86A  
7000 Stuttgart 1

**Fotos:**

Joachim Bertsch  
Heusteigstraße 86A  
7000 Stuttgart 1

**Druck:**

Druckerei Maisch + Queck  
7016 Gerlingen

Nachdruck nur  
mit Genehmigung  
des Herausgebers

